

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis halbjährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Werte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Konten: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 29. März 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Schande Europas.

Das Weltkriegen vor der Barenregierung, das seit der Potsdamer Zusammenkunft wie eine Seuche in Deutschland grassiert, nimmt immer abstoßendere und gefährlichere Formen an. Stellt einerseits die ehrenrührige Verfolgung unserer Genossen Viebknecht die Quittung der deutschen Regierung für die Beihilfe der zarischen Diplomatie dar, so zeigt andererseits der Beifall, den die bürgerliche Presse dem neuesten Schritte der deutschen Diplomatie zollt, daß der Rufenskurs der Regierung, die Intimität mit dem Blutzaren, bei dem Bürgertum auf keinen Widerspruch stößt. Während das Junkertum in Deutschland wie in Rußland bereits von einer neuen heiligen Allianz, von einer „antirevolutionären Koalition“ zwischen Rußland, Oesterreich und dem Deutschen Reich träumt, ist das Bürgertum um der geringsten imperialistischen Erfolge willen bereit, sich mit dem ärgsten Barbarenstaate zu verbünden, ohne auch nur einen Augenblick zu überlegen, daß es dadurch der Reaktion im Inneren Vorschub leistet und letzten Endes auf eine Verschärfung der weltpolitischen Lage hinarbeitet. Es ist bereits in der Presse angedeutet worden, daß gewisse Scharfmacherkreise die Regierung drängen, eine Kriegsbegeisterung zu machen, und noch jüngst hat der fromme „Reichsbote“, das Blatt der Kaiserin, empfohlen, es mit dem „Appell an die nationale Ehre“ als den letzten „Ausweg“ zu versuchen. Mit herzzerreißender Offenheit hat das halbamtliche Organ der russischen Regierung, „Nowoje Wremja“, denselben Gedanken geäußert. „Die deutsche Regierung“, so schrieb das Blatt, „ist durch das Anwachsen des revolutionären Sozialismus im Lande sehr beunruhigt und hat beschlossen, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen einen ersten Kampf gegen ihn zu führen. Um ihr Ziel zu erreichen und als Siegerin aus dem Kampfe hervorzugehen, muß sie durch den Hinweis auf die äußere Gefahr die chauvinistischen Gefühle der Wähler erwärmen. Das ist — so schließt das Blatt in belehrendem Tone — die gewöhnliche Methode der Regierungen zu allen Zeiten und bei allen Völkern, wenn sie die revolutionären Elemente im Lande schwächen wollen.“ Der letzte Satz stimmt zwar nicht ganz — das hätte das russische Regierungsblatt nach den Erfahrungen des russisch-japanischen Krieges und der nachfolgenden Revolution am besten wissen müssen — er scheint aber doch die geheimen Absichten der befreundeten Regierungen wiederzugeben, die beide mit geheimem Grauen in die Zukunft blicken. Jedenfalls verdient die freundschaftliche Aneiferung der deutschen Reichsregierung durch das russische Regierungsblatt die vollste Aufmerksamkeit, als ein Zeichen der fortgeschrittenen Intimität der deutschen und russischen Reaktion.

Von dieser Intimität legt auch das Votum der Geschäftsordnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses Zeugnis ab, die bekanntlich den Antrag auf Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Viebknecht während der parlamentarischen Verhandlungen ablehnte. Wenn irgend etwas instande ist, dem deutschen Volke den inneren Kern des längst inaugurierten Rufenskurzes vor Augen zu führen, so ist es dieser Beschluß der Mehrheitsparteien der preussischen Duma, die vor dem Bruch eines bisher eingehaltenen Prinzips nicht zurückschrecken und einen Präzedenzfall schaffen, um sich Väterchen gegenüber gefällig zu zeigen.

Auch sonst zeigt sich in letzter Zeit in der Haltung der deutschen bürgerlichen Welt der russischen Regierungsbarbarei gegenüber eine bemerkenswerte Toleranz. Noch während des jüngsten Zarenbesuches fand die „Frankfurter Zeitung“ — übrigens als das einzige liberale Organ Deutschlands — den Mut, zu erklären, es sei „einer westeuropäischen Nation unwürdig, einem Träger des russischen Regierungssystems die Honneurs der Kultur des zwanzigsten Jahrhunderts zu erweisen“. Und über Nikolaus II. schrieb sie: „Für uns Zeitgenossen ist sein Name eine blutige Flamme, die wir auf weiten Reichsfeldern leuchten sehen!“ Aber seitdem ist die bürgerliche Presse über die Schreckensherrschaft im Reiche des Zaren merkwürdig schweigsam geworden. Nach der Potsdamer Zusammenkunft schaut sie noch gleichgültiger als früher auf die „weiten Reichsfelder“ Rußlands und sorgt eifrig dafür, daß das Ansehen des „mächtigen Freundes“ des deutschen Kaisers durch die sozialdemokratische Kritik nicht „herabgewürdigt“ werde.

Für uns kann das natürlich nur als Ansvorn dienen, diese Kritik fortzusetzen und die Schwächen des russischen Regierungssystems vor aller Welt aufzudecken. Das verlangen nicht nur die unmittelbaren Interessen der deutschen Arbeiterklasse, die Interessen der Kultur und Menschlichkeit, die von der bürgerlichen Welt so schmählich im Stich gelassen werden. Das verlangen auch die Interessen unserer russischen Brüder, die, von ihren Bedrückern in eine verzweifelte Kampfposition gedrängt, aus der Erstarrung der letzten Jahre zu erwecken beginnen und sich zu neuen Kämpfen gegen das fluchwürdige Regime des Zaren aufraffen.

Endlos sind die Leiden, die sie in diesen Jahren erdulden mußten und noch heute erdulden. Vergehoch haben sich die Verbrecher der herrschenden Terroristen angehäuft. Immer wieder, in ihrer zitternden Angst vor der neuen Revolution rufen sie nach neuer Gewaltmaßregeln, nach neuen

Exekutionen. Sie verwandelten das ganze Reich in einen Friedhof, wo die Stolypins und Asews uneingeschränkt herrschen; endlos, zahllos starrt uns die Reihe der Gräber der gefallenen Freiheitskämpfer entgegen. Aber nicht nur diese Gräber sind es, die sie schufen. Von einem Ende des Reiches bis zum anderen, von Warschau bis Wladiwostok, von Archangelsk bis Astrachan zieht sich die Reihe der lebenden Gräber, der „Totenhäuser“ hin, in denen die Barenregierung ihre politischen Gegner eingeschlossen hält. Und wie die jüngsten Anzeichen der revolutionären Belebung in Rußland, die Demonstration anlässlich des Todes Tolstois und des Selbstmordes Sjasonows in Serentui, ihren Ausgang nahmen aus den „großen Gräbern“, so sind es vor allem die lebenden Gräber, die Leiden der lebendig begrabenen Kriegsgefangenen des Zaren, die zur Empörung aufreizen und den Abscheu der gesamten Kulturwelt gegen das Rußland Nikolaus II. wachrufen.

Wir brachten bereits vor einigen Tagen Auszüge aus der Rede unseres österreichischen Genossen Dr. Ellenbogen, der in der österreichischen Delegation die Schrecknisse der sibirischen Gefängnisse aufdeckte und auf die Opfer der barbarischen „Justiz“ der russischen Regierung hinwies. Heute ergänzen wir dieses Bild, indem wir aus den uns vorliegenden Briefen, den stenographischen Duma-Berichten und verschiedenen offiziellen Dokumenten die charakteristischsten Fälle herausgreifen, um die russische Regierungsbarbarei zu brandmarken.

Niemand anders als das Regierungsblatt „Nowoje Wremja“ schrieb im vorigen Jahre aus Anlaß der Zustände im Gefängnis zu Pjatigorsk im Kaukasus folgendes:

„Mörder und Räuber können keinen Anspruch auf Komfort erheben. . . . Aber man darf es nicht dulden, daß die Gefangenen, mit Wissen der Administration, einander mit Syphilis und Tuberkulose anstecken; man darf sie nicht zwingen, auf Strohhäuden zu schlafen, die mit Rot angefüllt sind; man darf auch Verbrecher nicht in Lebensbedingungen bringen, in denen ein halbwegs anständiger Landwirt sein Vieh nicht halten wird.“

Diese Brandmarkung, die sich dem Regierungsblatt, nach seinem eigenen Geständnis, infolge der Angst um die Gesundheit der Einwohner und Kurgäste von Pjatigorsk entrang, ist charakteristisch für die grauenhaften Zustände, die in den Gefängnissen des Zaren herrschen. In solchen Bedingungen lebt jetzt eine Gefangenensarmee von 215—220 000 Personen. Trotz der schon seit 3 Jahren offiziell angekündigten „Beruhigung“ ist die Zahl der Gefangenen in stetem Steigen begriffen. Vor 10 Jahren betrug die tägliche Durchschnittszahl der Gefangenen 84 632, Ende 1910 belief sie sich auf 175 000! Hierzu kommen noch zierla 40 000 Gefangene, die sich auf dem Transport befinden und die Inassen der Korrektilionsanstalten für „jugendliche Verbrecher“, deren Zahl sich 1910 auf 3000 bis 3500 belief. Nach den Angaben des Berichterstatters der Duma-Kommission, Bojeikow, wird auch in diesem Jahre die Durchschnittszahl der Gefangenen mit 170 000 berechnet. Diese Zahl dürfte aber noch überschritten werden, da die Regierung durch die jüngsten Manifestationen und Studentenunruhen in einen wahren Paroxysmus der Wut geraten ist und die Gefängnisse und Arrestsolale täglich mit neuen „Verbrechern“ anfüllt. Am fürchterlichsten sind natürlich die Zustände in den sogenannten „Katorga-Gefängnissen“, die zu einem großen Teil mit politischen Gefangenen bevölkert sind. Die Zahl der Katorgagefangenen hat jetzt nach amtlichen Angaben die unerhörte Höhe von 30 000 erreicht. (Die entsprechenden Zahlen betragen 1905: 10 000—12 000, 1909: 22 000. Die diesjährige Zahl charakterisiert die zunehmende Verschärfung der Repressionen.) Diese Gefangenensategorie ist den Genferknoten des Zaren mit Haut und Haaren ausgeliefert und erduldet schon seit Jahren solche Mißhandlungen und Leiden, daß buchstäblich das Blut in den Adern gerinnt, wenn man die Einzelheiten dieses Martyriums erfährt.

Die „Katorga“ oder „Zwangsarbeit“ ist das höchste Strafmaß, das seit vielen Jahren von den russischen Gerichten gemeinen Verbrechern gegenüber angewendet wird. Diese Strafe macht den Betroffenen aller Zivil- und Standesrechte (Würgerrechte) verlustig, löst seine Ehe, nimmt ihm sein Privateigentum und unterwirft ihn einer besonders strengen Gefängnisordnung, deren Hauptbestandteile Zwangsarbeit und das Tragen schwerer Ketten sind. Selbst für kleine Vergehen gestattet das Gesetz Körperliche Züchtigung bis 100 Rutenstreich. Seit es in Rußland politische Prozesse gibt, werden auch politische Vergehen mit Zwangsarbeit bestraft. Wer dem Galgen entschüpft, verfällt der Katorga. Politische Katorgagefangene werden in mancher Beziehung strenger behandelt, als es die Vorschriften verlangen und gestatten, sie wurden aber bis in die letzte Zeit hinein nicht geächtet. Der vor 20 Jahren im Katorgagefängnis von Kara unternommene Versuch, politische Gefangene zu züchtigen, wo die Gefangene Sigida der Prügelstrafe unterzogen wurde, rief massenhafte Selbstmorde der Gefangenen hervor. Seit dieser Zeit wurden solche Versuche bis zum Jahre 1907 nicht mehr wiederholt.

In den Revolutionsjahren füllten sich die Katorgagefängnisse Sibiriens: Alexandrowsk, Tobolsk, Algatysk,

Katut Serentui, Kutamasa und Kalgew mit politischen Gefangenen, deren Zahl heute 10 000 erreicht. Eine Anzahl Gefangene im europäischen Rußland wurden in provisorische Katorgagefängnisse umgewandelt, so Smolensk, Drel, Wladimir, Nikolajew u. a. Der Zustrom von politischen Gefangenen und die noch ungeklärten politischen Zustände brachten es mit sich, daß die Lage der politischen Katorgagefangenen, ihre Behandlung durch die Gefängnisverwaltungen usw. eine Zeitlang unregelmäßig blieben. Mit dem Ueberhandnehmen der Gegenrevolution begann man in den Katorgagefängnissen „Ordnung“ zu schaffen. Ende 1906 und im Laufe der Jahre 1907 und 1908 wurde von der obersten Gefängnisverwaltung eine Reihe von Verordnungen erlassen, die die schärfsten Maßregeln gegen politische Sträflinge vorschrieben. Außer diesen öffentlichen Verordnungen wurden auch geheime Erlasse herausgegeben, aus denen die Gefängnisleiter ersehen konnten, daß sie selbst für die brutalste Drangsalierung der politischen Gefangenen keine Strafe zu fürchten, vielmehr eine rasche Beförderung zu gewärtigen hatten. Die „Bankelmütigen“ wurden aufgefordert, freiwillig von ihren Posten als Gefängnisleiter zurückzutreten. (Zirkular vom Dezember 1906.) Mit dem Zirkular vom Juni 1907 wurde die Prügelstrafe in Erinnerung gebracht.

Die Gouverneure wurden angewiesen, auf Verlangen der Gefängnisleiter Militär zu entsenden, das auf Kommando die Häftlinge niederschließen darf. Mit der Herausgabe dieser neuen Vorschriften, also mit Anfang 1907, begannen in den Katorgagefängnissen die wildesten Verfolgungen und blutige Kämpfe, die bis auf den heutigen Tag andauern. Das normale Leben in der Katorga wurde so zu einer höllischen Pein und Qual. Ungenügende Kost (Schwarzbrot, Grühpuppe, die sogenannte „Balanda“, und etwa 0,1 Pfd. Fleisch), die furchtbare Ueberfüllung der Zellen, Luftmangel, Einschränkung oder Entziehung der Spaziergänge, Mangel an ärztlicher Hilfe, ständige Leibesvisitationen, brutale Behandlung durch die Behörden und Aufseher, das Tragen der schweren Ketten bei Tag und Nacht, die sich in den Körper einpressen und schmerzliche Wunden verursachen, das Zusammenleben mit halbverwilderten und entarteten Kriminalverbrechern, für das kleinste Vergehen wochenlange Karzerhaft (Dunkelkammer, wo den Gefangenen nur Brot und Wasser verabreicht wird) und das Hineinstellen von vollen Uratfäßeln, der sogenannte „Parascha“, für einige Wochen in die Zelle der Gefangenen — dies alles erschöpft noch nicht das Maß der täglichen Qualen. Jedes Katorgagefängnis hat überdies seine eigene Geschichte, die mit dem Blut der Gefangenen geschrieben ist.

## Die freisinnige Theorie von der Vermeidung falscher Stichwahlen.

Die Herren Freisinnigen, gleichviel ob von der schärferen oder zäheren Richtung, sind unverbesserliche Illusionisten. Mehrfach haben der „Vorwärts“ und andere Blätter unserer Partei die schöne freisinnige Theorie von der Vermeidung sogenannter falscher Stichwahlen zurückgewiesen und erklärt, daß für uns diese Theorie nicht existiert; dennoch scheinen im Stillen die freisinnigen Wahlstrategen noch immer gehofft zu haben, daß die sozialdemokratische Partei sich zu ihrer seltsamen politischen Weisheit belehren könnte. Denn wenn diese Hoffnung nicht geübt wurde, dann ist völlig verständlich, weshalb das „Berl. Tageblatt“ nebst „Voss. Zig.“ sich über die Rede Bebels in Hamburg aufregten und sich gegen den in dieser Rede enthaltenen Satz: „Bier Millionen Stimmen und fünfzig Mandate sind mir lieber, als drei Millionen Stimmen und hundert Mandate“ besondere Leitartikel leisteten.

Was besagt die von den fortschrittlichen Blättern an die Sozialdemokratie gerichtete Forderung, falsche Stichwahlen zu vermeiden? In ihrer Konsequenz läuft sie auf nichts anderes hinaus, als daß unsere Partei überall dort, wo sie an Stelle eines Liberalen mit einem reaktionären Kandidaten in die Stichwahl kommen könnte, auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten und von vorn herein für den Liberalen stimmen soll. Die Sozialdemokratie soll also die Wahlkreise, in denen sie Aussicht hat, den reaktionären Gegner in der Stichwahl zu werfen, den Liberalen überlassen, und lediglich dort in die Wahl-schlacht ziehen, wo sie so stark ist, aus eigener Kraft zu siegen, oder wo sie so schwach ist, daß sie nicht damit rechnen kann, in die Stichwahl zu gelangen. Und weshalb soll die sozialdemokratische Partei sich in dieser Weise selbst kastrieren und auf die Gewinnung neuer Mandate verzichten? Damit die Fortschrittler und National-liberalen nicht, falls ein Sozialdemokrat mit einem Konservativen, Zentrumsparteiler oder Antisemiten in die Stichwahl kommt, vor die Entscheidung gestellt werden, zwischen dem sozialdemokratischen und reaktionären Kandidaten des blauschwarzen Blocks zu wählen; denn, so sagen die freisinnigen Wahlkalkulatoren, selbst wenn die liberale Parteileitung ihre Aufhängerschaft auffordere, für den sozialdemokratischen Kandidaten bei der Stichwahl zu stimmen, würde doch vorwiegend meist ein Teil der liberalen Wählerschaft dieser Parole nicht folgen, so daß das Endresultat die Wahl des reaktionären Kandidaten sein würde.

Damit also die liberalen Wähler nicht gezwungen werden, Farbe zu bekennen — damit sie nicht in Verlegenheit geraten und nicht ihrem liberalen Dämmerungszustand entrissen werden, deshalb soll die Sozialdemokratie auf einen großen Teil des Kampffeldes

\*) Die amtlichen Zahlen für die letzten Jahre sind: 1905: 85 184, 1906: 111 403, 1907: 138 500, 1908: 171 219, 1909: 178 047, 1910: 175 000.

Vergleichen und ihn kampflös und selbstlos den Liberalen überlassen, und zwar nicht nur den Fortschrittlichen, sondern auch den Nationalliberalen; denn in vielen Gegenden zieht der Fortschritt vereint mit dem Nationalliberalismus in den Wahlkampf.

Eine recht bescheidene Zumutung. Die sozialdemokratische Partei soll sich selbstkürzieren, nur damit den Liberalen Wählern erspart wird, Einsicht und Mut zu beweisen. Darauf läuft nämlich die ganze Argumentation der Freisinnigen hinaus. Wäre die liberale Führerschaft sich ihrer Gefolgschaft sicher, hätte sie nicht verkümmert, diese zur politischen Einsicht und zur Disziplin zu erziehen, dann wäre diese ganze Theorie von den falschen Stichwahlen völlig gegenstandslos. Dann könnten einfach bei den Stichwahlen die sozialdemokratischen Wähler die fortschrittlichen Kandidaten herausheben. Aber die freisinnigen Führer sind sich ihrer Gefolgschaft nicht sicher — und daraus ziehen sie in sonderbarem Logik nicht die Folgerung, daß sie die politische Pflicht haben, ihre Wähler zu erziehen und diesen Disziplin beizubringen, sondern daß die sozialdemokratische Partei ihren ganzen Wahlkampf dieser Disziplinlosigkeit anzupassen hat.

So meint die „Vossische Zeitung“:  
„Als dieser unerschrockene Helfer der Reaktion bewährt sich Herr Bebel auch jetzt. Er denkt nicht daran, der schwarzen Mehrheit „unter allen Umständen den Garaus zu machen“. Es fällt ihm nicht ein, die Aufstellung sozialdemokratischer Kandidaturen, wo sie völlig aussichtslos sind, deshalb zu widerrufen, weil statt des Ueberagrariers ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei gewählt werden könnte. Was kommt es überhaupt darauf an, wie die Mehrheit aussieht? „Vier Millionen Stimmen und fünfzig Mandate als drei Millionen Stimmen und hundert Mandate bei den nächsten Reichstagswahlen!“ Das ist die Parole, die er am Sonntag in Hamburg öffentlich ausgab. Das ist seiner politischen Weisheit letzter Schluss. Die Sozialdemokratie sei eine Partei nicht der Mandate, sondern der Stimmen.

Wenn man sich erinnert, wie die Partei früher über die Beteiligung am parlamentarischen Leben überhaupt dachte, hat man vielleicht die Empfindung, der Genosse Bebel erlebe einen Rückfall in Anschauungen, von denen sich die Sozialdemokratie seit geraumer Zeit mehr und mehr entfernt hat. Wie ja auch alte Leute hier und da noch von Märsen besessen werden. Die Gleichgültigkeit gegen die Mandatziffer mag revolutionär sein, mag dem Dresdener Dogma entsprechen; wer eine durchgreifende Besserung auf gesetzlichem Wege zu erreichen nicht glaubt, nicht glauben will, der mag nicht die Abgeordneten als die Offiziere, sondern die Wähler als die Soldaten zählen. Und wenn er gezögert hat, hat er sich gründlich geirrt. Denn wer für einen „Genossen“ stimmt, ist darum noch nicht für die „große Entscheidung“ zu haben.

Das ist ein Trost für die um Herdbrand und um Erzberger. Viel wichtiger als die Sammlungsparole des Reichstags ist für sie die Parole des greisen Führers der Sozialdemokratie. Unter diesem Zeichen kann die Reaktion zu triumphieren hoffen und jedenfalls viel weniger Rückschläge zu erwarten, als ihr sicher wären, wenn die Sozialdemokratie nicht in ihrem Doktrinarismus als entscheidend ansetze, wie viel Stimmen, sondern wieviel Mandate ihr und anderen Parteien zufallen, die den schwarzblauen Block nachdrücklich bekämpfen.“  
Schlau, wie immer, zeigt sich dabei das „Verl. Tageblatt“. Es nimmt in seiner politischen Naivität an, die Sozialdemokratie ginge nur deshalb auf seine Forderung nicht ein, um nicht auf die Aufstellung von Kandidaten verzichten zu müssen. Es empfiehlt deshalb, die Sozialdemokratie möchte doch, damit sie nur ja nicht anstatt eines Liberalen mit einem Reaktionär in die Stichwahl komme, gleich zwei oder drei Kandidaten in einem und demselben Wahlkreis aufstellen:

„Aber man könnte das eine tun und brauchte das andere nicht zu lassen. Auch hierfür haben die sehr schlauen Zentrumsleute schon bei früheren Gelegenheiten Rat zu schaffen gewußt. Wenn sie nicht gut vermeiden konnten, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, und doch nicht in die Stichwahl kommen wollten, dann machten sie es einfach so, daß sie nicht einen Kandidaten aufstellten, sondern gleich zwei. Sie haben in einem Wahlkreis sogar drei Zentrumskandidaten aufgestellt, um dem Liberalismus ein Bein zu stellen. Denn sie erreichen damit natürlich, daß zwar die Zentrumsstimmen gezählt werden, daß aber keiner der Zentrumskandidaten in die Stichwahl kommt. Wenn Bebel diese taktischen Manöver des Zentrums sich etwas genauer ansieht, dann dürfte er finden, daß dabei auch die Sozialdemokratie auf ihre Rechnung kommen könnte, ohne doch der Verstärkung der Linken künstliche Hindernisse zu bereiten. Ist es nach Lage der Dinge ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie selbst einen Wahlkreis erobert, will sie aber ihre Stimmen zählen, dann ist es ja ganz gleich, ob sie einen oder zwei Kandidaten nominieren.“

Im Ernst diesen Vorschlag zu erörtern, wird man uns nicht zumuten. Solche Albernheiten kritisiert man nicht. Es wird schon dem Freisinn, will er den blauschwarzen Block aufstellen, nichts anderes übrig bleiben, als sich an die politische Erziehungsarbeit zu machen.

## Zweckverband Groß-Berlin.

Die Zweckverbandskommission trat am Dienstag in die Beratung des § 5, der bestimmt, daß der Verband mittels Beschlusses der Verbandversammlung Bebauungspläne für Teile des Verbandgebietes entwerfen kann, insofern ihm dies für die Zwecke von Bahnunternehmungen, für die Schaffung oder Ausgestaltung von Durchgangs- einseitig den Anschlußstrassen oder für die Ausgestaltung der Umgebung von Freiflächen, die der Verband erworben hat, erforderlich erscheint. Solange und insofern Bebauungspläne durch den Verband nicht endgültig festgesetzt sind, bleibt das Straßen- und Bauflächenwesen Sache der Einzelgemeinden nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen mit der Maßgabe, daß neue oder abgeänderte Bauflächenpläne der Einzelgemeinden dem Verbandsausschuss zur Begutachtung vorzulegen sind. Der Vorlegung bedarf es nicht, wenn die Pläne nur die Aufstellung einzelner Baublöcke oder die Verbreiterung bestehender Straßen betreffen.

Ein nationalliberaler Antrag verlangte, daß die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes festgestellten Bebauungspläne am 1. Oktober 1914 ohne weiteres außer Kraft treten sollen, wenn sie nicht bis dahin durch Beschluß des Verbandsausschusses bestätigt sind. Im Gegensatz hierzu wollte ein freikonservativer Antrag dem Verbandsausschuss nur die Möglichkeit geben, solche Bebauungspläne nach dem 1. Oktober 1914 außer Kraft zu setzen. Die Konservativen beantragten einmal, an die Stelle des Wortes „Bebauungspläne“ zu setzen „Straßen- oder Bauflächenlinienpläne“, und zweitens beantragten sie, die Regierungsvorlage dahin abzuändern, daß dem Verband das Recht der Aufstellung von Bebauungsplänen auch dann zustehe solle, wenn es sich um die Schaffung von Freiflächen handelt, die der Verband noch nicht erworben hat.

Die Regierung bezeichnete den nationalliberalen Antrag aus technischen Gründen als unannehmbar. Ebenso wandte sie sich gegen einen weiteren nationalliberalen Antrag, nach dem Bebauungspläne vom Verbandsrat abzuheben werden können zur Bestimmung der Lage und Grenzen der Freiflächen sowie zur Ausgestaltung ihrer Umgebung. Der Minister des Innern erklärte, wenn man sich zu weit gehenden Eingriffen in private Rechte, erklärte

sich jedoch einverstanden mit einem anderen nationalliberalen Antrag, neue oder abgeänderte Bauflächenpläne der Einzelgemeinden von der Genehmigung statt von der Begutachtung des Verbandsausschusses abhängig zu machen. Freilich sei es wünschenswert, dazu den freikonservativen Antrag anzunehmen, nach welchem es der Genehmigung nicht bedürfen solle, wenn die Pläne nur die Aufstellung einzelner Baublöcke oder die Verbreiterung bestehender Straßen betreffen. Den zweiten konservativen Antrag bezeichnete er als annehmbar, die übrigen Anträge hat er abzulehnen. Zur Begründung des nationalliberalen Antrages wies einer der Antragsteller auf die ungünstigen Wohnungsverhältnisse hin. Dagegen belämpfte ein freisinniger Redner alle Anträge, die die Befugnisse des Verbandes erweitern sollen. Schon die Regierungsvorlage bedeute weitgehende Eingriffe in die Selbstverwaltung und was darüber hinaus noch gefordert werde, sei mit dem Begriff Selbstverwaltung unvereinbar. Es sei ganz falsch, es so hinzustellen, als ob die Wohnungsverhältnisse in Groß-Berlin so ungünstig seien, daß man zu einer Besserung die Verbandversammlung brauche. Die Gemeinden Groß-Berlins hätten sich bemüht, für die Gesundheit der Bevölkerung in weitgehendstem Maße zu sorgen, und tatsächlich seien die Zustände in den Groß-Berliner Arbeiterhäusern weit besser als in den von einer radikalen Stadtverwaltung Londons errichteten, angeblich musterartigen Arbeiterwohnungen. Gegen den nationalliberalen Antrag wandte sich auch ein Zentrumsredner; dadurch, daß man dem Verbandsrat weitgehende Rechte über die Lage und Grenzen der Freiflächen der Einzelgemeinden gebe, werde die Autonomie der Gemeinden vollständig ausgeschaltet. Es werde so kommen, daß der Zweckverband zu bestimmen und die Gemeinden nur noch zu zahlen hätten.

Nachdem noch einige weitere Abänderungsanträge eingegangen und einige wieder zurückgezogen waren, wurde der konservativere Antrag, statt „Bebauungspläne“ zu setzen „Straßen- und Bauflächenpläne oder Bebauungspläne“, angenommen, ebenso der Antrag, hinter „Freiflächen“ zu setzen: „die als solche sicher gestellt sind“. Der letzte einschränkende Satz des § 5, daß es der Vorlegung neuer oder abgeänderter Bauflächenlinien der Einzelgemeinden nicht bedarf, wenn die Pläne nur die Aufstellung einzelner Baublöcke oder die Verbreiterung bestehender Straßen betreffen, wurde gestrichen, ein freikonservativer Antrag, der dem Verbandsausschuss das Recht der Bestimmung ihm vorgelegter Bauflächenpläne gibt, gelangte zur Annahme. Mit diesen Änderungen wurde der ganze § 5 angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung wurde der dritte Absatz des § 6, über die Behandlung von Einwendungen gegen die Bebauungspläne, nach kurzer Debatte mit unwesentlichen redaktionellen Änderungen angenommen. Dagegen, trotz des Widerspruchs des Ministers des Innern, der letzte Absatz, wonach es zur Festsetzung der Bebauungspläne königlicher Genehmigung bedürfe, einstimmig abgelehnt. Zu § 8, wonach vor Erlass neuer oder Abänderung bestehender Bauflächenpläne die zuständige Behörde den Verbandsausschuss unter Bestimmung einer der Lage des Einzelfalles entsprechenden Frist gutachtlich zu hören hat, wurde beschlossen, daß zum Erlass neuer oder zur Abänderung bestehender Bauflächenpläne für das Verbandgebiet oder für Teile desselben der Oberpräsident mit Zustimmung des Verbandsausschusses zuständig ist. Endlich wurde noch die Bestimmung des § 9 gestrichen, daß der Beschlußfassung der Verbandversammlung überlassen bleibt, von dem Verband erworbene Freiflächen einzelnen Verbandsgliedern zur Unterhaltung gegen angemessene Entschädigung im Verbandswege zu übertragen.

Nächste Sitzung: Freitag.

## Ein linker Flügel der Arbeiterpartei.

London, 24. März. (Fig. Ver.)

Die Disziplinlosigkeit in der Arbeiterpartei, die vor kurzem bei der Abstimmung über die Resolution Murray MacDonald in solch erschreckender Weise zum Ausdruck kam, hat die energiegelicheren sozialistischen Parlamentsmitglieder zur Abwehr ausgerüttelt. Einige dieser Parlamentarier, von denen besonders Lansbury, Thorne und O'Grady zu nennen sind, sind im Begriff, sich zu einem linken Flügel der Arbeiterpartei zusammenzuschließen, der die Aufgabe haben soll, die Partei vorwärts zu treiben. Was sie zu diesem Schritt bewegt, erhellt am besten aus einer Rede, die der Genosse Lansbury vor kurzem in Stockport hielt. Er führte dort aus, daß viele Mitglieder der Arbeiterpartei gegen ihren Willen von den Mitgliedern der Gewerkschaften in die Partei getrieben worden und in Wirklichkeit Liberale seien. Das Resultat sei, daß die Partei keine Kampfstärke besitze. Die große Masse der Arbeitervertreter im Parlament glaube, daß es ihre unbedingte Pflicht sei, die Regierung unter allen Umständen am Ruder zu erhalten, bis die Parlamentsbill angenommen sei. Aber es bestehe die Gefahr, daß die Regierung, die sehe, daß ihr die 42 Stimmen der Arbeiterpartei sicher seien, die Arbeiterpartei eher zum Teufel schiden würde, als daß sie etwas für die Arbeitslosen, Armen und Frauen täte. Die irische Partei habe das Versprechen einer Home-Rule-Vorlage, die Kaiser das Versprechen einer Bill zur Trennung der Kirche vom Staat, die Schotten das Versprechen einer Landvorlage erhalten; aber der Himmel allein wisse, was England und die Arbeiterpartei bekommen werde. Die Arbeiterpartei marschierte immer zur Verteidigung der Regierung auf. Nur sehr wenige von ihnen stimmten nicht oder paarten nicht ab. Handele es sich aber um Anträge der Arbeiterpartei, wie die über die Arbeitslosigkeit und die Untersuchung über die Polizeimethoden in Südwales, so stimmten nur 30 Arbeiterparteilerner oder im letzten Falle gar nur 17 für diese Anträge. Die Mitglieder der Partei müßten ihre Stimme erheben; es nütze nichts, die Parlamentarier auszuschimpfen, man müsse in würdiger Weise einen starken Protest einlegen. Er sei zur Ueberzeugung gekommen, daß die Arbeiterpartei einen rechten und einen linken Flügel besitzen müsse. Die Zeit sei längst vorüber, um eine Trennung von der Arbeiterpartei vorzunehmen. Es müsse sich ein Flügel bilden, dem die Aufgabe zuzufallen, die Partei so schnell als möglich vorwärts zu treiben. Diejenigen, die der Ansicht seien, daß die Partei entschlossener vorgehen und einen mehr sozialistischen Charakter tragen müsse, sollten auf unbedingte Bewegungsfreiheit innerhalb und außerhalb des Parlaments bestehen. Sie dürften sich von den schwächeren Gewerkschaften nicht aufhalten, noch dürften sie sich von der Mehrheit der Partei binden lassen. Er fühle sich immer weniger geneigt, die Mitglieder durch den Beschluß der Mehrheit streng zu verpflichten. In der Arbeiterpartei wisse eine große Zahl der 42 Mitglieder überhaupt nichts vom Sozialismus. Diese hätten stets die Politik vom liberalen Standpunkt aus betrachtet. Wenn die J. A. B. sage, ihre Anhänger seien durch den Beschluß einer Mehrheit dieser Personen gebunden, dann würden die bewußten Sozialisten das Parlament zu verlassen haben. Es würde eine unerträgliche Lage geschaffen, die er nicht 48 Stunden lang aushalten könne. Sozialisten sollten als Sozialisten handeln und ihre Stimmen für einen bestimmten Zweck benützen. Nichts sei dem Mitglied der Arbeiterpartei gefehlt, der gegen das Recht auf Arbeit gestimmt habe. Werde den Mitgliedern die Bewegungsfreiheit

nicht zugestanden, so würde sich die Partei nicht zum Sozialismus entwickeln, sondern zum Liberalismus zurückentwickeln, und da mache er nicht mit.

Genosse Lansbury ist derselbe, dessen Kandidatur den Londoner Liberalen bei der letzten Wahl von Lloyd George empfohlen wurde. Er äußerte sich während der Wahl über das Wertzuwachs-gesetz in der Weise, daß er nicht die Konfiskation eines kleinen Teiles des Wertzuwachses, sondern die des ganzen Wertzuwachses empfahl, und erhielt dafür von den Konservativen den Spitznamen Mr. Tako-the-lot (Herr Rimm-das-Ganze). Seine Forderung, den sozialistischen Mitgliedern der Arbeiterpartei volle Bewegungsfreiheit zugestehen, klingt etwas sonderbar, wenn man bedenkt, daß die Disziplinlosigkeit innerhalb der Arbeiterpartei sowieso schon groß genug ist. Sie wird aber verständlich, wenn man erwägt, daß die liberal denkenden Arbeiterparteilerner auch ihren eigenen Weg gehen und häufig — wie bei der letzten Abstimmung über die Rüstungseinschränkung — in einer Weise handeln, die das Ansehen ihrer Parteigenossen schwer schädigt.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. März 1911.

### Sozialismus schlimmer als Diebstahl.

Aus dem Reichstag, 28. März. Wenn der Etat der elsass-lothringischen Reichseisenbahnen zur Verhandlung steht, haben die elsass-lothringischen Abgeordneten alle diejenigen Beschlüsse vorzubringen, die sonst in den Einzelparlamenten zu den Landesangelegenheiten gehören, da ja der Reichstag heute noch eine Art höheres Landesparlament für die Reichslande ist. So wurde auch heute eingehend Kritik an der Reichseisenbahnverwaltung geübt. Genosse Böhle vertrat in erster Reihe die Sache der Eisenbahnarbeiter, deren Koalitionsrecht in Elsass-Lothringen völlig auf dem Papier steht, so daß sie der Fuchtel der Verwaltung wehrlos unterworfen sind. Als z. B. die Verwaltung einen Ulas erlassen hatte, daß jeder Arbeiter, der beim Lesen einer sozialdemokratischen Zeitung ertappt würde, sofort zu entlassen sei, erklärte sich ein Beamter bei Verlesung dieses Schriftstückes hinzuzusetzen, in solchem Fall sei die Entlassung unausbleiblich; habe sich ein Arbeiter eines Diebstahls schuldig gemacht, so könne immerhin unter gewissen Umständen von einer Entlassung Abstand genommen werden. Danach ist das Lesen eines sozialdemokratischen Blattes in den Augen dieses Menschenfreundes ein unühnbareres Verbrechen als ein Diebstahl.

Der Minister v. Breitenbach suchte von diesem Beamten abzurücken, indem er erwiderte, er mißbillige, daß die beiden Fälle in einen Kausalnexu (sächlichen Zusammenhang) gebracht worden seien. Wohl-gemerkt, er mißbilligte nur die Nebeneinanderstellung, er mißbilligte aber nicht, daß bei Diebstahl eine Wiederanstellung zwar möglich sei, beim Lesen einer sozialdemokratischen Zeitung aber nicht. Mit der verschiedenartigen Behandlung solcher Sünder ist er also einverstanden. Auch ihm erscheint es als ein Kapitalverbrechen, wenn ein Arbeiter eine sozialdemokratische Zeitung liest. Nur die Fälle in einen Kausalnexu zu bringen, hätte jener unvorsichtige Beamte vermeiden müssen.

Und einen Mann wie Herrn v. Breitenbach, der auch bei dieser Gelegenheit sich als ein englischer bureaukratischer Sozialistenfeind erwies, priesen nachher die freisinnigen Abgeordneten Carstens und Hermann als einen Minister „von sozialem Empfinden!“

Genosse Emmele rügte das mit Recht in kräftigen Worten und brachte neues Material für die sozialpolitische Rückständigkeit der Verwaltung bei. So bekämpfte er, daß die Verwaltung die Vereine und Versammlungen der Eisenbahnarbeiter durch höhere Beamte „bespielen“ lasse, was Herr v. Breitenbach wiederum als eine notwendige und von den Arbeitern gewünschte Teilnahme der höheren Beamten an den Arbeiterbestrebungen verteidigte.

Zum Schluß der wiederum auf 7 $\frac{1}{2}$  Stunden ausgedehnten Sitzung gab es einen amüsanten Zusammenstoß zwischen Herrn Spahn junior und seinem Fraktionskollegen Birkenmayer. Der junge Spahn legte sich nämlich für die wirtschaftliche Förderung seines Wohnortes Strassburg ins Zeug. In seinem neu-elässigen Lokalpatriotismus über-spannte er aber den Bogen gewaltig, indem er verlangte, es möge durch die Verwaltung darauf hingewirkt werden, daß Strassburg die handelspolitische Stelle von Mannheim einnehmen könne. Das brachte den oberbadiischen Bürgermeister Birkenmayer, der dem kampfsüchtigen Holzgenossen entstammt, arg in Hamisch. Er zog für sein gutes Vöndle Baden gegen den neugeborenen Elässer vom Leder und wurde dabei von dem freisinnigen Gothein unterstützt. Herr Spahn verteidigte sich so gut es ging, zog aber doch entschieden in dieser badisch-elsässischen Fehde den kürzeren.

Schließlich gab es noch eine kurze Auseinandersetzung über Arbeiterpetitionen, die die Sozialdemokraten zur Berücksichtigung, die Zentrumsleute nur zur Er-wägung dem Reichstagsrat überweisen haben wollten. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt und dann der Zentrumsantrag angenommen.

### Eine Beschwichtigungs-erklärung.

In der Finanzkommission des Herrenhauses gab der Minister für Landwirtschaft, Freier v. Schorlemer, dieser eine Erklärung über den Stand der Enteignungsfrage ab, in der es heißt, die Staatsregierung sei fest entschlossen, die durch das Gesetz vom 26. April 1898 eingeleitete Ansiedlungs-politik zum Schutze des Deutschlands in den Provinzen Posen und Westpreußen fortzuführen. Sie werde deshalb auch nicht darauf verzichten, von der ihr durch § 13 des Gesetzes vom 20. März 1908 gegebenen Befugnis zur Enteignung in geeigneten Fällen und mit der Vermehrung jeder unmittigen Härte Gebrauch zu machen, sobald die gesetzlich bestimmten Voraussetzungen der Enteignung als vorliegend zu erachten seien. Die Staatsregierung allein habe die Verantwortung für die Prüfung dieser Voraussetzungen und die daraufhin zu treffende Entscheidung zu tragen. Sie könne sich deshalb in ihren Entscheidungen auch nicht durch die in der Presse und von Vereinen und Versammlungen geäußerten Wünsche, sondern lediglich durch eine sachliche und gewissenhafte Beurteilung der vorliegenden Verhältnisse bestimmen lassen.

Es lasse sich noch nicht übersehen, wie weit der Landbedarf der Ansiedlungskommission für das Jahr 1912 aus freihändigen Ankäufen gedeckt werden könne, für das laufende Jahr sei aber kein Rückgang der Ansiedlungstätigkeit zu befürchten.

### Ein Prachtexemplar.

Welche feltamen Gegenstände und Widersprüche in den Reihen des Sozialismus herrschen, dafür liefert folgende aus

Saarbrücker Mitteldeutsche Geschichte ein niedliches Beispiel: Herr Dr. Alexander Tille, der sich bekanntlich vom Sozialaristokratismus zur Lehre vom Herrenmenschenum der — Schlotjunfer befehrt hat, ist zugleich Generalsekretär der südwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und Geschäftsführer der Bezirksgruppe Saarbrücker des Hansabundes. In dieser Eigenschaft hat er die Interessen beider Verbände wahrzunehmen. Wie er das macht, zeigt in recht amüsanten Weise ein Schreiben, das er vor kurzem an die wirtschaftlichen Vereine im Saargebiet gerichtet hat. Es heißt darin:

Neben dem Wahlfonds der deutschen Industrie, welcher auf Veranlassung des Zentralverbandes deutscher Industrieller angeammelt worden ist und weiter angeammelt wird, hat auch der Hansabund begonnen, einen Wahlfonds zu schaffen und die an ihm beteiligten Kreise aufgefordert, Beiträge zu demselben zu leisten. Die Vorstände der wirtschaftlichen Vereine der Saarindustrie haben die Angelegenheit in einer ihrer letzten Vorstandssitzungen behandelt und sind der Meinung, daß die Gefahr nahe liegt, daß in manchen Fällen die Mittel beider Wahlfonds gegeneinander verwendet und sich so gegenseitig aufheben könnten. Sie möchten daher den Mitgliedern des Vereins den Gedanken nahelegen, sich ausschließlich an dem Wahlfonds der deutschen Industrie zu beteiligen, dagegen von einer Beteiligung an dem Wahlfonds des Hansabundes abzusehen.

Als Geschäftsführer des Hansabundes ist also Herr Dr. Tille bestrebt, dem Wahlfonds des Hansabundes die Subsidien der rheinischen Großindustriellen abzugewinnen. Ein nettes Verfahren. Dennoch glauben wir kaum, daß diese Praxis ihn seine Geschäftsführerstellung kosten wird, denn in der großen Maschinenfabrik zur Vertretung rohkapitalistischer Interessen, als welcher sich der Hansabund darstellt, haben alle Blah, die hohe Beiträge zahlen: zollwichtige Eisenmagazine und freihändlerische Exporteure, arbeiterfeindliche Scharfmacher und verschrobene linksliberale Ideologen, Schiffreedere und gegangene Landräte usw. Die Hauptsache ist nur, daß der Profitinstinkt möglichst ausgeprägt ist.

### Zur hessischen Landtagswahlreform.

Bereits schien es, als stehe die hessische Landtagswahlreform endlich, nachdem sie zehn Jahren lang Volk, Landtag und Regierung beschäftigt hat, vor ihrem Abschluß. Doch der Schein trügt; wieder haben sich allerlei Hindernisse eingestellt, die das „große Reformwerk“ zum Scheitern zu bringen drohen. Die Erste Kammer hatte die Vorlage in einigen Punkten — natürlich in reaktionärem Sinne — geändert; sie mußte infolgedessen noch einmal an die Zweite Kammer zurückgehen. Bei der jetzigen Zusammensetzung der „Volkskammer“ nahm man allgemein an, daß sie die kleinen Herzogswünsche der blaublättrigen Standesherrn gern und willig erfüllen werde. Nun aber verlautet, daß gerade die reaktionärsten Elemente der Zweiten Kammer, die bändlerischen Antisemiten, die Vorlage scheitern lassen wollen. Ihre Beweggründe sind recht interessant: Der Ausfall der letzten Reichstagswahlen in Hessen, in Friedberg-Wädlingen und Gießen-Nidda, die eine starke Zunahme der sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen auch auf dem Lande ergaben, erweckt bei den Wählern für die kommenden Landtagswahlen im Herbst dieses Jahres schwerste Befürchtungen. Die Einführung des direkten Wahlrechts an Stelle des veralteten Wahlmännerstems, das sozialdemokratischen Wahlerfolgen auf dem Lande wegen der Schwierigkeit, dort Wahlmänner zu finden, große Hindernisse entgegenstellte, erscheint den Wählern besonders gefährlich. Als Gegenmaßnahme haben sie zwar Erhöhung der Staatsangehörigkeitsfrist, Verschärfung der Steuerrückstandsklausel und das Zweistimmrecht für Wähler über 50 Jahre durchgesetzt; aber alle diese standhaften Verhinderungen des Wahlrechts befreiten die hessischen Reaktionäre nicht vor der Furcht vor einer schweren Niederlage bei den nächsten Landtagswahlen. Auch die Rationalisierern und das Zentrum fühlen bedrohliche Ängste. Die Antisemiten scheinen bereit, für sie die Kaskaden aus dem Feuer zu holen. Ihre Absentierung genügt, die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit in der Zweiten Kammer zu verhindern. So werden sie einige unerfüllbare Forderungen in der Frage der Wahlkreis-einteilung aufstellen und darauf bei der selbstverständlichen Ablehnung ihre Zustimmung zur Wahlreform verweigern. Für den hessischen Schwarzblauen Bloß würde das eine schändliche Blamage bedeuten, aber er wird sie in Kauf nehmen, um der drohenden Abrechnung bei den Wahlen zu entgehen. Ob das gelingen wird, ist freilich eine andere Frage. Es ist fast undenkbar, daß sich die große Mehrheit der hessischen Wähler eine solche standalöse Wirtschast mit Geduld gefallen läßt.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat am Dienstag einstimmig beschlossen, die Wahl des freisinnigen Abg. Dr. Ehlers in Wesel IV für ungültig zu erklären. Diese Wahl wird in einem Protest der Zentrumspartei deshalb angefochten, weil nicht Ehlers, auf den auch die sozialdemokratischen Stimmen in der Stichwahl gefallen waren, sondern der konservativste Vogel die absolute Mehrheit erlangt habe und ferner deshalb, weil bei den Ersatzwahlen der Wahlmänner Geschäftskleute von sozialdemokratischer Seite mit Vorkauf bedroht worden seien. Es wurden auch Verstöße gegen das Wahlreglement geübt.

### Oesterreich.

#### Auflösung des Reichsrats.

Wien, 28. März. (Privattelegramm.) Für heute wird die Auflösung des Reichsrats erwartet. Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion veröffentlicht über die Lage eine Darlegung, in der er das Verhalten der Regierung Wienertz auf das schärfste verurteilt, die unter dem pharisäischen Vorwande, den Buchstaben der Verfassung hochzuhalten, den offenen Verfassungsbrech eines § 14-Regimes herbeiführt. Die Befestigung dieser Regierung sei das wichtigste Erfordernis. Der Vorstand, fährt die Kundgebung fort, hält es für undenkbar, daß eine Regierung, die nur mit Hilfe des offenen Verfassungsbrechens regieren kann, es noch einmal wagen sollte, vor das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes, sei es nun dieses oder ein neu gewähltes Parlament, zu treten. Als Mitschuldige der Regierung betrachtet der Verband die Mehrheitsparteien, die die volksfeindliche Regierung unbedingt und in allen Fällen unterstützt haben, so lange, bis ihr Regime den Staat vor die unmittelbar drohende Gefahr des § 14 stellt.

Nicht minder scharf verurteilt der Vorstand aber auch das Verhalten der obstruierenden slavischen Parteien. Die Obstruktion allein hat der Regierung Wienertz die Möglichkeit gegeben, sich immer wieder durch die Vertagung des Hauses oder die Schließung der Session über alle Verlegenheiten hinwegzusetzen.

Die bewußte oder unbewußte Kooperation der Regierung mit den Obstruktionsparteien gefährdet nicht nur die parlamentarische Arbeit überhaupt, sie bringt insbesondere jene Arbeit in Gefahr, deren Vollenbung die Arbeiterklasse fordert. Wenn der Vertagung des Reichsrats die Auflösung folgen

sollte, dann würde die Arbeiterklasse der nächsten jahrelangen parlamentarischer Arbeit, besonders der Vollenbung der Sozialber-sicherung, beraubt.

Sollte also die Regierung wirklich zur Auflösung schreiten, so hofft der Vorstand, daß die Regierung und die mitschuldigen Parteien von den Wählern die gebührende Antwort erhalten werden.

### Frankreich.

#### Eine ungünstige Stichwahl.

Paris, 27. März. (Fig. Ver.) Der Bezirk von Saint-Claude im Jura hatte gestern einen Nachfolger für den verstorbenen Deputierten Genossen Turbourieu zu wählen, der in den allgemeinen Wahlen von 1910 im ersten Wahlgange 4096 Stimmen erhalten hatte — gegen 4072 und 1798 radikalrepublikanische — und im zweiten mit 6731 gegen 5181 Stimmen durchgegangen war. Diesmal bekam ein „unabhängiger“ Sozialist 3655, ein Linksrepublikaner 3577 und der sozialistische Kandidat Genosse Baronne, dessen Sieg die „Humanité“ als sicher hingestellt hatte, nur 2873 Stimmen. Das Mandat ist somit als verloren anzusehen. Dieser Verlust von über 2000 Stimmen, zwei Fünfteln der Gesamtzahl, ist sicher auffallend, besonders da Baronne, bekanntlich einer der am weitesten rechtsstehenden Parteimitglieder, auch als Kandidat der Proporzanhänger gelten konnte. Der „Temps“ erklärt die Niederlage einfach damit, daß die Reaktionäre diesmal nicht, wie in den Hauptwahlen, für die geeinigten Sozialisten gestimmt hätten. Wäre dem so, wäre der Verlust des industriereichen Wahlkreises weniger empfindlich, als er es in der Tat ist. Jedenfalls beweist diese Wahl, wie wenig sich die Partei auf die Wiederkehr der Umstände, die sich im Mai zu ihren Gunsten vereinigt haben, verlassen darf.

#### Eine neue Auslieferungssaffäre.

Paris, 27. März. (Fig. Ver.) Vor zwölf Tagen wurde hier ein junger Russe namens Georg Baboki verhaftet. Die russische Regierung fordert seine Auslieferung wegen angeblicher Teilnahme an der Tötung des Polizeipräsidenten Schurawel von Jekaterinoslaw im Jahre 1907. Die russische sozialrevolutionäre Partei erklärt nun offiziell folgendes: Baboki war 1907 Mitglied der Partei. Nach der Ermordung Schurawels wurde er in Russland verhaftet, ohne daß die Regierung ihn in die Affäre verwickelte. 1908 entfloß er aus Sibirien und lebte dann unter seinem Namen ruhig im Ausland, ohne beunruhigt zu werden. — Es scheint da eine neue Intrige vorzuliegen. Denn Baboki ist sozusagen auf französischen Boden gelockt worden, indem man ihm in Lüttich, wo er zuletzt lebte, hinterbrachte, seine Freiheit sei dort gefährdet. In Paris wurde er sofort festgenommen. Die Auslieferung ist wohl moralisch und juristisch unmöglich, aber es scheint, als ob der neuen Regierung Verlegenheiten geschaffen werden sollten. Jedenfalls ist aber die Ausdehnung der Haft unverständlich.

#### Die Wingerbewegung.

Paris, 28. März. Der Unterpräfekt von Bar-sur-Aube verlangte vergeblich die Entfernung der am Bürgermeisterrat angebrachten aufrührerischen Inschriften und roten Fahnen. Statt dessen wurden nachts noch weitere aufrührerische Inschriften angebracht.

#### Die Gegenagitation in der Champagne.

Epernay, 28. März. Der Ausschuß der Wingervereini-gung der Champagne hat einen Aufruf erlassen, in dem gegen die Ansprüche der Winger des Aube departements scharf protestiert und erklärt wird, die Winger der Champagne würden selbst vor gewalttätigen Maßnahmen nicht zurückweichen, um eine Aenderung der Abgrenzung der Champagne zu verhindern.

### Italien.

#### Befriedigung über den Rücktritt Bissolatis.

Rom, 28. März. „Giornale d'Italia“ berichtet, daß die Radikalen Sacchi und Credaro sich ebenfalls weigern, in das Kabinett einzutreten. Andererseits wird berichtet, daß die Radikalen am Ruder bleiben und daß Giolitti sich die Mitwirkung des früheren Republikaners Pantano gesichert hat, welcher bereits dem Kabinett Sonnino als Mitglied angehörte. In parlamentarischen Kreisen versichert man, daß die Weigerung des Sozialistenführers Bissolati, in das Kabinett einzutreten, auf die Haltung Giolittis zurückzuführen ist, der versicherte, er wolle keine antiklerikale und antimilitaristische Politik betreiben.

Als die Einwohner des proletarischen Stadtviertels Transtevere erfuhr, daß Bissolati es abgelehnt habe, in das neue Kabinett einzutreten, veranstalteten sie eine Freudenkundgebung. Sie durchzogen die festlich beleuchteten Straßen dieses Viertels unter Abingung der sozialistischen Hymne. Dem Zuge voran wurden Banner und Fahnen getragen. Das sozialistische Organ „Avanti“ veröffentlicht einen Artikel, worin es Bissolati zu seinem Entschluß beglückwünscht. Das Blatt sagt, das Zeremoniell des Hofes annehmen, wäre für Bissolati eine Erniedrigung gewesen.

### Spanien.

#### Die Ferrer-Debatte.

Madrid, 27. März. Deputiertenkammer. Der Republikaner Soriano wies darauf hin, daß das Kriegsgericht das 1200 Seiten umfassende Urteil über Ferrer in vier Stunden durchgeprüft habe und daß der Verteidiger Ferrer für das Studium der Akten nicht mehr Zeit gehabt habe als das Gericht. Dieses habe zudem die Zulassung zahlreicher Einlassungszeugen abgelehnt. Redner sprach seine feste Ueberzeugung von der Unschuld Ferrers aus und erklärte, in jedem Fall habe Ferrer nur als Anführer einer Auflehnung gegen die Militärbehörde von Rataro verurteilt werden können, ein Delikt, das nur mit Zuchthaus zu bestrafen sei. Statt dessen sei Ferrer für ein Verbrechen abgeurteilt worden, woraus die Todesstrafe folge. Dies sei auf das aus politischen Motiven erfolgte Eingreifen der Exekutivgewalt zurückzuführen, für das die ganze konservative Partei die Verantwortung trage. Der Gouverneur von Barcelona habe zur Zeit des Ausbruchs der Unruhen kein Beweismaterial erbeutet, welches zu der Annahme berechtigt hätte, daß Ferrer der Führer des Aufstandes gewesen sei. Soriano bemühte sich schließlich zu zeigen, daß Ferrer nicht den geringsten Anteil an den Ereignissen in Barcelona genommen habe und daß die gegen ihn vorgebrachten Zeugenaussagen unbestimmt und wertlos gewesen seien.

### England.

#### Eine Nachwahl.

London, 28. März. Bei der Ersatzwahl im Wahlkreise Bootle (Liverpool) wurde Bonar Law, einer der Hauptkämpfer der englischen Schutzollbewegung, mit 9976 Stimmen gegen den liberalen Kandidaten gewählt, der 7783 Stimmen erhielt.

### Rußland.

#### Der Staatsstreik Stolypins.

Petersburg, 28. März. In der heutigen Sitzung der Reichsduma teilte Vizepräsident Fürst Wolkonski mit, daß der Präsident der Duma, Gutschkow, sein Amt niedergelegt hat. Sodann berichtete Fürst Wolkonski über Anträge betr. Abänderung der Tagesordnung. Der Kadett Schingarew erklärte, die Unterbrechung der Tagung der Reichsduma, eine ungeschickliche Handlung der Regierung, habe eine Reihe von Fraktionen gezwungen, Interpellationen einzubringen. Die Erledigung der laufenden Geschäfte sei unmöglich, bevor die Duma nicht über die gegenwärtige Lage beraten habe. Aarep (Oktoberist) führte aus, die Duma müsse vor allem ausdrücklich betonen, daß sie die Unterbrechung ihrer Arbeit bedauere und für eine grundsätzliche Beleidigung halte. Die Duma sei aber verpflichtet, zunächst die Beratung des Kriegsbudgets zu beenden und dann erst zu den von vier Fraktionen eingebrachten Interpellationen überzugehen. Zweifelloos werde die Duma eine einmütige Entscheidung treffen. Hierauf werden die Anträge auf Abänderung der Tagesordnung abgelehnt.

Nach Annahme einer Reihe von Forderungen für das Kriegsministerium schritt die Duma zur Debatte über die Dringlichkeit gleichzeitiger Interpellationen der Oktoberisten, Progressisten, Kadetten und Sozialdemokraten, in denen die Regierung ungeschicklichen Vorgehens beschuldigt wird. Nach mehreren Neben wurde die Dringlichkeit mit den Stimmen aller gegen die Stimmen der Rationalisten und der Rechten angenommen und die Duma begann sofort die Besprechung der Interpellation. Schidlowsky erklärte im Namen der Oktoberisten, die Anwendung des Artikels 87 bedeute im gegebenen Fall eine Untergrabung des Zweikammerstems. Schidlowsky erklärte weiter, die Duma bilde mit dem Reichsrat ein Ganzes, und eine Verletzung der Rechte des Reichsrates sei zugleich eine Verletzung der Rechte der Duma. (Beifall links.)

Der Progressist Jefremow betonte, die dreitägige Unterbrechung der Arbeit der Duma und des Reichsrates sei eine unglaubliche falsche Auslegung der Artikel 85 und 87 der Grundgesetze, und erklärte, eine Politik, welche zu gleicher Zeit innere und äußere Schwierigkeiten für, fordere unnötigerweise die allergrößten Elemente heraus und reize durch Mangel an staatsmännischer Einsicht auf. Mit einem solchen Minister lasse sich nicht weiter arbeiten. Der Kadett Riljukow erklärte, aus wichtigen Anlässen habe Stolypin die erste und die zweite Duma aufgelöst. Jetzt komme die Reihe an die verantwortliche Majorität der dritten Duma, doch sei die Majorität selbst an der Situation schuld. Sie habe alle Maßregeln der Regierung unterläßt und die Regierung verwöhnt. Durch die jüngsten Regierungsmahnahmen sei der Duma der Todesstoß versetzt worden, zugleich aber habe die Regierung sich selbst getroffen. Doch darum habe sich die Duma nicht zu kümmern. Wenn die dritte Duma nicht imstande gewesen sei, mit Würde zu leben, müsse sie wenigstens, wenn nötig, mit Wahrung der Ehre sterben. (Beifall links.)

#### Rücktritt des Marineministers.

Petersburg, 28. März. Marineminister Bojewodski hat, wie die Blätter melden, seine Demission gegeben.

#### Eine Farce.

Petersburg, 28. März. In Anfang der heutigen Sitzung des Reichsrates erklärte Kobylinski (Rechte), er wüßte nach der dreitägigen Unterbrechung des Reichsrates einige Worte über die geschaffene Lage zu sprechen. Der Vorsitzende unterbrach jedoch den Redner mit der Erklärung, welche schwere Lage dem Reichsrat auch befiel, er könne nicht sprechen, welche Beschwerden und Verleumdungen ihm auch dargebracht würden, er müsse während alles dieses Lärmes schweigen und dürfe keinesfalls seine Sitzungen zum Schauplatz politischer Demonstrationen machen. Für den Reichsrat sei nur eines wertvoll — das Vertrauen seiner Majestät. Ich bin glücklich, schloß der Vorsitzende, daß dieses Vertrauen keineswegs erschüttert ist. Die Anwesenden erhoben sich von den Sitzen und brachen in Hurraufe aus.

#### Beendigung des Konflikts mit China.

Petersburg, 28. März. Die Antwort der chinesischen Regierung ist eingetroffen und als befriedigend anerkannt worden. Dem russischen Gesandten wurden entsprechende Instruktionen erteilt.

### Rumänien.

#### Sozialistische Wahlerfolge.

Im „Peuple“ weist Genosse Rakowski darauf hin, daß an die Eroberung von Mandaten von vornherein gar nicht zu denken war. Hat doch Rumänien bei 7 1/2 Millionen Einwohnern noch nicht 100 000 Wahlberechtigte, die in drei Klassen zerfallen. Die erste, die großen Besitz, zählt 15 000 bis 20 000 Wähler und wählt 70 Abgeordnete. Die zweite, Mittel- und Kleinbürger und ein winziger Teil der Arbeiterklasse, umfaßt 35 000 Wähler und entsendet 75 Vertreter. Und die dritte Klasse, die der Bauern, wählt bei 40 000 Wählern teils direkten, teils Wahlmännern — 33 Abgeordnete. Der Einfluß der Regierung ist so groß, daß selten mehr als eine Handvoll Oppositioneller durch persönliche Beziehungen in den kleinen Wahlkreisen gewählt wird. Sonst geht alles zum Regierungserfolge. Gewöhnlich steigt die Partei, die am Ruder ist, während sie nach ihrem Sturz nicht mehr als 5—6 Abgeordnete, manchmal noch weniger durchbringt. Dazu kommen die kolossalen Lagen, die der Staat für die Kandidaturen erhebt. In Bukarest betragen sie 3000 Lei (Frank). Unter solchen Verhältnissen war ein Sieg ohne Wahlbündnis undenkbar. Ein solches aber verbot sich bei dem reaktionären Charakter sämtlicher bürgerlichen Parteien, die alle gegen das allgemeine Wahlrecht wie gegen die Anerkennung des Koalitions- und Streikrechts sind.

Unter solchen Umständen, zu denen Mangel an genügenden Mitteln zur Agitation hinzukam, sind die erzielten Erfolge hoch einzuschätzen. In der Hauptstadt Bukarest erzielte unsere Liste bis zu 325 Stimmen und erreichte damit fast die der Rationalisten. In Galata wurden diese überflügelt, indem unsere Liste bis zu 222 Stimmen erhielt gegen 170 ihres Kandidaten. Ja, wir kamen der „Vereinigten Opposition“ (Liberalen und „demokratischen“ Konservativen) nahe, deren Kandidaten teilweise nur 30 Stimmen erhielten.

### Türkei.

#### Grenzkämpfe.

Konstantinopel, 27. März. Nach Montenegro gestrichelte Albanen haben gemeinsam mit Montenegrinern mehrere türkische Grenzposten in Kaza und Tuzi angegriffen, mehrere Soldaten getötet und viele gefangen genommen haben. Die Zahl der Angreifer wird auf 3000 angegeben. Sie verlaunet, sind die Hauptorte Kaza und Tuzi eingeschlossen. Aus Tuzi sind drei Bataillone nach Elatari entsandt worden. Außerdem sollen zwei Bataillone dahin abgehen.

# Die Konstitution des Herrn Freese.

Bekanntlich ist in der Jalousiefabrik von Heinrich Freese ein Konflikt ausgebrochen, dessen letzte Ursache darin besteht, daß sich das vielgerühmte konstitutionelle Fabrikssystem als ein reaktionäres, selbstherrliches Regiment entpuppte. Mit der unbegründeten Entlassung des Vertrauensmannes vom Holzarbeiterverband fing die Sache an. Als die Arbeiter hiergegen auftraten, folgten weitere Entlassungen von Verbandsmitgliedern und Herr Freese dekretierte, daß nur noch Gewerksvereiner, Christliche und Unorganisierte in seinem Betriebe beschäftigt werden sollen. So kam es zum Streik der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Das Organ der Hirsch-Dunderschen Holzarbeiter „Die Eiche“ nimmt sich nach alter Gewohnheit des „konstitutionellen“ Fabrikherren an und tischt in der letzten Nummer eine völlig entstellte Darstellung eines Vorganges auf, der als ein Akt von Terrorismus des Holzarbeiterverbandes hingestellt wird. Nach der „Eiche“ soll Herr Freese, weil es ihm an Einsehern fehlte, einen Werkstathtarbeiter zum Einsehen mitgeschickt haben nach einer Arbeitsstelle in Mecklenburg. Weil dieser zum Einsehen bestimmte Arbeiter aus dem Verbandsverbande in den Gewerksverein übergetreten ist, sollen sich die Verbandsmitglieder geweigert haben, mit ihm zusammenzuarbeiten. Daraufhin soll Herr Freese die Verbandsmitglieder entlassen haben.

Diese Angelegenheit wurde am Montag in einer Versammlung der im Holzarbeiterverbande organisierten Jalousiearbeiter so dargestellt: Der Arbeiter, um den es sich handelt, heißt Malon. Er war Burische bei dem jungen Herrn Freese, der Offizier ist. Nach seiner Entlassung vom Militär trat Malon in die Freese'sche Fabrik ein und wurde Mitglied des Holzarbeiterverbandes. Doch jetzt hat es sich herausgestellt, daß Malon nicht aus Heberzeugung, sondern als Vertrauensmann, vielleicht kann man auch sagen als Spion Freese's in den Holzarbeiterverband eingetreten ist. Alles was in den Versammlungen besprochen wurde, hat Malon brüderlich Herrn Freese hinterbracht. Malon, diese Stütze des „konstitutionellen Systems“, ist neuerdings in den Gewerksverein übergetreten. Nicht aus Mangel an Einsehern ist er zum Einseher beordert worden, sondern weil Herr Freese seiner eigenen Angabe nach die Laktif befolgt, seine christlichen und Hirsch-Dunderschen Konstitutionellen von den Verbandsmitgliedern erst anlernen zu lassen und diese dann hinauszutreiben. Nur aus diesem Grunde weigerten sich die Verbandsmitglieder, mit Malon zusammenzuarbeiten, weil sie ihn nicht zum Einseher anlernen und sich selber dadurch überflüssig machen wollten. Das spielte sich übrigens schon ab, ehe von den Einseherarbeiten in Mecklenburg die Rede war. Die Einseher sind nicht von Freese entlassen, sondern sie haben aus den angegebenen Gründen die Arbeit niedergelegt. Als die Verbandsmitglieder das Verlangen an Herrn Freese stellten, den Malon von den Einseherarbeiten zurückzuziehen, sagte er, wenn genügend Einseher angelehrt seien oder er genug Christliche und Gewerksvereiner gefunden habe, werden sämtliche Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes entlassen ohne Rücksicht auf sie oder ihre Familien. — Was die „Eiche“ von Terrorismus der Verbandsmitglieder erzählt, ist also in allen wesentlichen Punkten unwaar.

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Freese'sche Fabrikkonstitutionalismus an einer Reihe von Beispielen gekennzeichnet. Der Achtstundentag sei als ein Geschenk des Herrn Freese gepriesen worden. Nicht im Interesse der Arbeiter habe Freese den Achtstundentag eingeführt, sondern weil er berechnet hatte, daß ihm diese Neuerung Ersparnisse an Licht, Feuerung, Dampf usw. bringen und die Arbeiter nicht weniger leisten würden wie in der längeren Arbeitszeit, was denn auch eingetroffen sei. Alljährlich werde den Arbeitern eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Doch den Lohn zahle Freese nur zur Hälfte. Die andere Hälfte werde aus der Unterstützungskasse gezahlt, die sich aus Beiträgen der Arbeiter und aus Beiträgen der Firma zusammensetzt. Durch den Austritt der Arbeiter sei

ihnen nun auch ihr Anteil an dem 11000 M. betragenden Vermögen der Unterstützungskasse verloren gegangen. — Das vielgerühmte konstitutionelle System habe den Arbeitern jahrelang die Augen verblendet. Die Rücksicht auf den liberalen Chef habe sie veranlaßt, Hoffnungen zu hegen, die nicht erfüllt worden seien. Jetzt sei es endlich an der Zeit, das System Freese der Öffentlichkeit in seinem wahren Lichte zu zeigen. Die Arbeiter sind in diesem Betriebe nicht besser daran als anderswo.

Dem Streik der Einseher haben sich auch die Holzpfasterer angeschlossen. Es handelt sich um eine Gruppe von Arbeitern, die im Sommer, wenn die Fabrik größere Straßenbauten auszuführen hat, als Kolonnenführer, beziehungsweise als Vormänner fungieren. Dagegen aber in den Wintermonaten in der Fabrik oder auf dem Lagerplatz beschäftigt werden. Diese Arbeiter, ungefähr 23 Mann gehören dem Transportarbeiterverband zum größten Teil schon seit Jahren als Mitglieder an. Als Herr Freese sah, daß seine Werbetätigkeit für die Gewerksvereine bei den Transportarbeitern nicht fruchten wollte, versuchte er ein anderes Mittel in Anwendung zu bringen. Er bestellte sich zwei dieser Arbeiter, welche am längsten beschäftigt sind, zu sich und eröffnete diesen, daß er beabsichtige, sie zu Beamten seines Betriebes zu ernennen. Der bisherige Wochenlohn würde dann um 6 M. erhöht. Bedingung sei Austritt aus dem Deutschen Transportarbeiterverband. Einen anderen Teil der Arbeiter versuchte Herr Freese dadurch für den Eintritt in den Hirsch-Dunderschen Gewerksverein zu gewinnen, daß er diesen 25 Pfg. Mehrlohn pro Tag gab. Durch diese Maßnahmen rechnete Herr Freese wahrscheinlich Unehmigkeit in den Reihen der Arbeiter zu tragen. Als dies nicht gelang, wurde offen gedroht, daß, wenn genügend andere Arbeiter mit den vorkommenden Arbeiten vertraut sein würden, alle sozialdemokratisch denkenden Arbeiter entlassen werden. In einer Fabrikversammlung äußerte Herr Freese sogar: Er habe nur Verachtung für die Sozialdemokraten; er hasse diese. Es würde ihm nur recht sein, wenn dieselben je früher desto besser seinen Betrieb verlassen würden. Um diesen fortgesetzten Belästigungen ein Ende zu machen, beschloßen die Arbeiter, Herrn Freese zu ersuchen, daß sie in Zukunft wegen der Ausübung ihres Koalitionsrechtes in dem Betriebe nicht mehr belästigt würden.

Der Transportarbeiterverband wandte sich deshalb in einem höflichen Schreiben an den Unternehmer, durch welchen um Verhandlung zwecks Beilegung dieser Differenzen ersucht wurde. Herr Freese gab eine ablehnende Antwort. Daraufhin wurden die Arbeiter Montag früh selbst vorstellig und wünschten die Abgabe folgender Erklärung:

Hierdurch gebe ich meinen sämtlichen Arbeitern aus der Abteilung 2 (Straßenbau) auf deren speziellen Wunsch die Erklärung ab, daß ich denselben in Zukunft in meinem Betriebe wegen deren Zugehörigkeit zum Deutschen Transportarbeiter-Verband keine Schwierigkeiten bereiten werde.

Ebenfalls dürfen die vorgelegten Beamten meiner Fabrik nicht durch irgendwelchen Druck oder sonstige Maßnahmen die Arbeiter zwingen, daß sie in eine von den Beamten beliebige Organisation ein- noch übertreten brauchen.

Ferner erkläre ich noch ausdrücklich, daß meine älteren Arbeiter (sechs Kolonnenführer bzw. Vormänner) nach beendeter Saison im Straßenbau wegen ihrer Zugehörigkeit zu den oben genannten Verbänden weder Entlassungen noch sonstige Jurisdiktionen in ihren bisherigen Arbeitsbedingungen zu erwarten haben; ihre Beschäftigung soll auch in Zukunft in den Wintermonaten in der bisher üblichen Weise erfolgen.

Nieder-Schönhausen, den . . . . . 1911.

Herr Freese lehnte die Abgabe dieser Erklärung ab; er verlangte, daß seine Fabrikvertretung, die sich jetzt in ihrer Mehrheit aus Hirsch-Dunderschen zusammensetzt, darüber entscheiden sollte. Dies lehnten jedoch die Arbeiter ab und traten in den Streik.

So sieht also die Konstitution des Herrn Freese aus: eine recht gesunde Scharfmacherkonstitution!

Am Sonntagabend ist ein Arbeitswilliger verunglückt und getötet worden. Am Sonntagabend wurde abermals ein Kranführer tödlich verletzt. Der Mann stürzte vom Kran am Hochhafen ab. Eine Hand wurde abgerissen und konnte nicht gefunden werden. Zwei Todesfälle von Arbeitswilligen in zwei Tagen! Wo bleibt der Staatsanwalt?

## Aussperrung der Holzarbeiter in Hamburg.

Der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe beschloß am Montagabend die Aussperrung sämtlicher Gehilfen mit Wirkung von Dienstag, den 28. ab. Die Affordarbeiter sollen ihre Arbeit zu Ende führen. Es kommen 4000 Arbeiter in Betracht. Ueber die Vorgänge, die zu der Aussperrung geführt haben, wird uns geschrieben:

Der Kampf im Hamburger Holzgewerbe verschärfte sich weiter, und zwar vernehmlich durch die Heftigkeit des Verbandes „Unterelbe“, dem der Arbeitgeberverband von Hamburg und Umgegend korporativ angeschlossen ist. Der Verband „Unterelbe“ ist es, der die Beseitigung des paritätischen Arbeitsnachweises verlangt und dem Arbeitgeberverband den Ausschluß angedroht hat, falls dieser mit dem Holzarbeiterverband die Arbeitsvermittlung gemeinsam regelt. „Unterelbe“ war es auch, welcher durch seinen Geschäftsführer Gurkitt die Tischlermeister veranlaßte, sämtliche gemachten Zugeländnisse zurückzuziehen und „Unterelbe“ ist es, welcher es mit allen Mitteln zum Kampf auf der ganzen Linie treibt.

Nachdem man die Tischlermeister seit Wochen bearbeitet, sind diese jetzt soweit, daß sie dem Kommando Gurkitts blindlings folgen. Anstatt zu versuchen, die noch vorhandenen geringen Differenzen zu beseitigen, wurden die Verhandlungen von den Unternehmern abgebrochen. Am 25. März wurde dem Holzarbeiterverband von der Innung mitgeteilt, daß, weil der paritätische Arbeitsnachweis an gesperrte Betriebe Arbeitskräfte nicht vermittelt, sich die Tätigkeit an der Arbeitsnachweiskeule erkräftigt; wir werden die Eröffnung derselben am Montag morgen nicht zulassen!

Diese Drohung hat die Innung wahr gemacht. Der Hamburger Paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe ist am 27. März durch einen Gewaltakt des Vorstandes der Tischlerinnung auf Veranlassung des Verbandes „Unterelbe“ geschlossen. Der Holzarbeiterverband hat gegen diese Maßnahme protestiert und sich alle weiteren Schritte vorbehalten. Von der Innung wurde nunmehr in Gemeinschaft mit dem Schutzbund die Versammlung der Hamburger Tischlermeister einberufen, in der die Aussperrung aller Hamburger Holzarbeiter beschlossen wurde. Der Vorstand von „Unterelbe“, der Vorstand des Schutzbundes und der Innung in Gemeinschaft mit weiteren maßgebenden Unternehmern hatten vorher schon einen dahingehenden Beschluß gefaßt.

Welchen Umfang die Aussperrung annehmen wird, läßt sich noch nicht sagen. Das sieht aber schon jetzt sehr, eine ganze Anzahl Unternehmer werden nicht aussperrt, und „Unterelbe“ mit seiner ganzen Gefolgschaft wird sehr bald einsehen, daß man eine große — Dummheit gemacht hat.

Inzwischen wird in der Generalanzeiger-Presse schon nach Tischlern, Raschinuarbeitern usw. inseriert. Auch Kleinmeister werden gesucht, welche angefangene Arbeiten fertigstellen sollen.

Zugung ist fernzuhalten.

Die Tapezierer der Unterwerferte (Rehe-Premerhaben-Geestemünde) sind wegen Nichtanerkennung des Tarifs in den Streik eingetreten.

## Lohnbewegung der Kumbacher Brauereiarbeiter.

Im der bekannten oberfränkischen Biermetropole Kumbach stehen die Brauereiarbeiter in der Lohnbewegung. Der jetzt bestehende im Jahre 1908 abgeschlossene Tarif läuft am 1. April 1911 ab. Die neuen Tarifforderungen wurden schon am 28. Februar den Unternehmern unterbreitet und um Unterhandlung ersucht. Aber entgegen der bisherigen Gepflogenheit — seit Bestehen des Tarifverhältnisses — lehnte die Brauereiarbeitervereinigung jede mündliche Unterhandlung mit der Begründung ab, daß die alten Vertragsbestimmungen sich bewährt hätten und außer einer Lohnserhöhung und einer Verlängerung der Mittagspause um ¼ Stunde alles beim alten bleiben solle, wenn der Vertrag auf fünf Jahre abgeschlossen werde. Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Brauerei- und Mälzereiarbeiter, die sich mit diesem Angebot beschäftigte, erklärte daselbst für in jeder Beziehung ungenügend und verlangte vor allem mündliche Verhandlung. Bei der zunehmenden Teuerung müsse die Lohnzulage schon anders ausfallen; weiterhin müsse im Interesse der Arbeiter eine halbtägige Verfürzung der Arbeitszeit verlangt werden, weil die Brauereien in ihren technischen Einrichtungen durchaus auf der Höhe der Zeit stehen und die Zahl der beschäftigten Arbeiter sich auch bei gleichbleibender Produktion vermindere.

## Letzte Nachrichten.

### Der Staatsstreich Stolypins vor der Reichsduma.

Petersburg, 28. März. (B. Z. B.) In der weiteren Debatte erklärte Segetskori (Soz.), jetzt mühten die letzten Träume der russischen Konstitutionalisten schwinden, doch auch die Konarchisten hätten keinen Grund zur Freude, da das Volk jetzt sehr, daß statt der selbständigen Gewalt des Monarchen jetzt die Diktatur Stolypins herrsche. (Beifall links.) Schulgen (Nationalist) sagte, wenn auf Grund des Artikels 87 eine der Opposition sympathische Maßregel durchgeführt würde, dann würde die Opposition dies wahrscheinlich begrüßen. Die Durchführung des Gesetzes auf außerordentlichem Wege sei notwendig gewesen, die Ereignisse, die ihr vorausgingen, seien in Westrußland als Sieg der Polen gedeutet worden. Die westrussische Bevölkerung habe an der Regierung gezwweifelt, und wenn solche Zweifel in der Volksseele aufräuten, dann dürfe die Antwort nicht um Jahre, Monate oder Stunden verschoben werden. Sie müsse sogleich erscheinen, sollen wir nicht begründen, daß der erste Edelmann des russischen Reichs von der Höhe des Throns dem Abel den richtigen Weg gewiesen? (Provozuse, Beifall bei den Nationalisten.) Unzweifelhaft hätten die außerordentlichen Zustände zu einer Ausnahmegeresetzgebung berechtigt. Stolypin habe eine große Bürde übernommen, er sei vielleicht überbürdet, man könne ihn stoßen, er werde vielleicht fallen, aber wer werde die Bürde wieder aufheben? (Beifall bei den Nationalisten.)

Um eine Abstimmung über die Interpellation heute herbeizuführen, hat die Duma bestimmt, daß von 165 angemeldeten Rednern nur 10 sprechen dürfen.

### Freispruch in dem Nordprozeß Rybak.

Krakau, 28. März. (B. Z. B.) Nach elfstündiger Verhandlungsbauer wurde heute in dem Prozeß gegen Trudnowski und Sadowski, die des Mordes an dem englischen Spion Rybak angeklagt waren, ein freisprechendes Urteil gefällt. Die Geschworenen vernichteten bei Trudnowski die Schuldfrage mit sieben gegen fünf Stimmen, bei Sadowski einstimmig. Der Staatsanwalt hat gegen das Urteil über Trudnowski die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet, weshalb nur Sadowski auf freien Fuß gesetzt wurde.

### Todessturz eines Aviatikers.

Paris, 28. März. (B. Z. B.) Der Flieger Gei ist heute nahe Paris mit seinem Flugzeug gestürzt und den erhaltenen Verletzungen erlegen.

### Militärverschwörung in China.

Wladivostok, 28. März. (B. Z. B.) In Baodingfu (China) wurde eine Militärverschwörung entdekt. Ein Teil der südlichen Division ist mit den Waffen in der Hand desertiert. Um einem Aufstand vorzubeugen, sind in Peking entscheidende Maßnahmen getroffen worden.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Die Müllkassierer nahmen in der letzten Versammlung den Bericht über die Verhandlungen mit den einzelnen Unternehmern entgegen. Nach dem Bericht sind die eingereichten Forderungen von der Mehrzahl der Arbeitgeber rückhaltlos anerkannt worden. Ueber zwei Betriebe, in denen die Forderungen nicht anerkannt sind, wurde die Sperre verhängt. Es sind dieses die Firmen E. Richter, Lindenstr. 93, und Karl Schläter, Charlottenstr. 98.

Die Militärkassierer der Firma R. Veltip in Spandau stehen seit Dienstag morgen wegen Nichtanerkennung des Berliner Militär-Sattlertarifs im Streik. Da die Firma in hürgerlichen Blättern hauptsächlich Ost- und Westpreußens unorganisierte Sattler sucht, sei vor Zugung dringend gewarnt.

### Deutsches Reich.

Die Expeditionskassierer und Arbeiter streiken in Posen. In Frage kommen etwa 200 Arbeiter. Die Ursache des Streiks liegt in der Ablehnung des neuen Lohns durch die Unternehmer. Gefordert werden 20-21 M. Wochenlohn, Bezahlung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit. Die Löhne schwanken jetzt zwischen 17-18 M.

### Zu den Streiks der Hüttenarbeiter in Dortmund.

Die Organisationen der streikenden Zinkhüttenarbeiter bitten, um ihre Friedensliebe zu bekunden, an den Oberbürgermeister das Gesuch gerichtet, eine Vermittlung anzubahnen. Auf ein entsprechendes Schreiben hat die Direktion der Zinkhütte ablehnend geantwortet. Sie schreibt, daß „zurzeit“ gar kein Ausstand auf der Zinkhütte bestehe, da die Arbeiter „in aller Form“ (unter Einhaltung der Kündigungsfrist) ausgeschieden seien. Das ist eine recht bequeme Manier, einen Streik abzutun. Nicht so bequem ist es aber, den durch den Streik der Zinkhüttenarbeiter verursachten Schaden aus der Welt zu schaffen. Die Direktion schreibt nämlich weiter, daß ihr durch die Arbeiterbewegung „ein ganz außerordentlich großer Schaden zugefügt worden“ sei, „der bis jetzt schon 10000 bis 80000 Mark betragen dürfte“. Es sei selbstverständlich, daß das Werk diesen enormen Schaden nicht auf sich genommen hätte, wenn es möglich gewesen wäre, mit den Arbeitern zu einem „annehmbaren, vernünftigen“ Ergebnis zu gelangen. Es fragt sich denn doch sehr, ob sich die Direktion der Zinkhütte zu Anfang der Bewegung so gepörrt haben würde, wenn sie mit einem derart großen Schaden gerechnet hätte. Wir können annehmen, daß die Verwaltung im Gegenteile annehmen, die Arbeiter würden nach einigen Streiktage wieder ins Joch kriechen. Statt dessen dauert der Streik schon viele Wochen.

### Die Maschinisten und Heizer der Dortmunder Union (Stahl- und Walzwerk) stehen noch festgeschlossen im Kampf.

Die Zahl der Streikenden hat sich noch vergrößert, da Streikarbeit verweigert wird. Es stehen 870 bis 400 Maschinisten im Ausstand. Am Mittwoch morgen, als die Maschinisten, Heizer, Kranführer und das Lokomotivpersonal die Arbeit einstellten, stand das Werk einen halben Tag gang still. Auch die Nachtschicht ging nicht an die Arbeit. Die Direktion macht fieberhafte Anstrengungen, Ersatz zu schaffen. An die Maschinenfabriken wird Mitteilung gegeben, Leute zu schicken, die Kräne „nachsehen“ sollen. Wenn die Monteure ankommen, sollen sie die Maschinen aber fahren, was verweigert wird. So müssen einige Klausreißer, Meister und Techniker tun, was sie können. Ein bedeutender Schaden an den Maschinen ist die Folge. Schaltbretter sind verbrannt, die Lager an schweren Maschinen ausgelassen, Walzen sind kaputt. Unter den Streikenden im Gewerkschaftshaus wurde ein Schlichterwärtter gesucht, den man nach der Fabrik locken wollte, da man ohne den Mann nicht fertig wurde. Durch allerlei und immer wiederholte falsche Gerüchte sucht man die Streikenden zu verwirren. Man hat ihnen die Kündigungen durch Einschreibebrief in die Wohnungen geschickt und man droht die Räumung der Werkwohnungen an. Die Streikenden stehen fest. Die größte Zahl stellt der Verband der Deutsche Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dundersche Gewerksverein. Die „Christen“ haben den Streikbruch proklamiert und sie bemühen sich kampffest, den Streikkaputt zu machen. Doch haben sie nur vier Maschinisten der Union organisiert und der ganze „Christliche“ Verband hat in ganz Deutschland kaum soviel Maschinisten als Mitglieder, als auf der Union streiken. Als Grund für den Streikbruch geben die Zentrumschriften an, daß sie in der Verhandlungskommission nicht vertreten gewesen seien, sowie, daß die Arbeitseinstellung unter Kontraktbruch erfolgt sei. In der Kommission waren auch der Deutsche Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dundersche Gewerksverein nicht vertreten, obgleich sie weit mehr beteiligte Mitglieder haben als die Christen mit ihren vier Mann. Ueber den Kontraktbruch sollten die „Christen“ lieber nicht reden. Wenn man alle die unter Kontrakt inszenierten „Christlichen“ Lohnbewegungen aufzählen wollte, würde es eine stattliche Reihe werden. Die „Gründe“ sind auch nur vorgeschoben, der bekannte „Belanarchist“ Hüsters, ein christlicher Sekretär, hat ausgedrückt, daß die Christen den Volkswirtschaftsmarkt vor „Erschütterungen“ bewahren wollen. Das richtet sich gegen den Streik allgemein.

Reichstag.

157. Sitzung. Dienstag, den 28. März, mittags 12 Uhr.

Ein Bundesratsmitglied: v. Breitenbach, Vermuth.

Ein Nachtragsetat für die Schutzgebiete für 1910 wird in zweiter und hierauf in dritter Lesung en bloc angenommen.

Verwaltung des Reichseisenbahnen.

Abg. Wll (Ff.) wünscht, daß die Eisenbahnverwaltung in eine gründliche Prüfung der Löhne der Arbeiter bei den Reichseisenbahnen eintrete. Die Löhne sind z. B. bei den Kottener Arbeitern viel zu niedrig.

Abg. Böhle (Soz.):

Das Eisenbahngeschäft in Ost- und Westpreußen ist zwar sehr ausgebaut, aber vielfach fehlt es doch noch an nötigen Verbindungen. — Beim Sonntagsverkehr werden vielfach Reisende mit Willetts III Klasse gezwungen in Wagen IV Klasse einzusteigen und die Reisenden IV Klasse müssen mit Viehwagen fährlich nehmen.

Das Eisenbahngeschäft in Ost- und Westpreußen ist zwar sehr ausgebaut, aber vielfach fehlt es doch noch an nötigen Verbindungen. — Beim Sonntagsverkehr werden vielfach Reisende mit Willetts III Klasse gezwungen in Wagen IV Klasse einzusteigen und die Reisenden IV Klasse müssen mit Viehwagen fährlich nehmen.

15 Jahren sogar erst 3,50 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) Die Werkstattarbeiter haben im vorigen Jahre ein Durchschnittseinkommen von 1221 M. gehabt, die Kottener Arbeiter gar nur 874 M., dabei betrug die Durchschnittszahl der Familien fünf Köpfe.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Wenn die Verhältnisse der Arbeiter wirklich so schlecht wären, wäre es nicht zu verstehen, daß wir ständig auch bei steigender Konjunktur ein so großes Angebot von Arbeitern bei den Reichseisenbahnen haben.

Abg. Wegel (nall.) freut sich über das Zustandekommen der Wagenvereinsfrage und beschwerte sich über die Umleitungen beim Güterverkehr, durch die Württemberg geschädigt werde und die nicht dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches entsprächen.

Eisenbahnminister v. Breitenbach verteidigt gegenüber dem Abg. Wegel auf die fortwährende Vereinfachung des deutschen Eisenbahnwesens. — Eine Reform der Fahrkartensteuer ist allerdings wünschenswert; ein Gesetzentwurf, der die auf diesem Gebiete zutage tretenden Mängel beseitigt, dürfte dem Hause in der nächsten Session zugehen.

bestimmten Dienstzeit die Beamteneigenschaft verliehen werden könne. — Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bahnhöfen wirtschaften lassen außerordentlich zu wünschen übrig.

Abg. Gummel (Soz.): darauf hin, daß für die Unterbeamten nicht genügend gesorgt sei. Das beweist die große Anzahl von Petitionen dieser Unterbeamten.

Abg. Gummel (Soz.): Das Streikrecht steht den Eisenbahnarbeitern ebenso gut zu wie allen anderen. Niemand kann ihnen das Recht nehmen, nicht zur Arbeit zu gehen, sich unwohl zu fühlen.

Abg. Gummel (Soz.): Das Streikrecht steht den Eisenbahnarbeitern ebenso gut zu wie allen anderen. Niemand kann ihnen das Recht nehmen, nicht zur Arbeit zu gehen, sich unwohl zu fühlen.

Abg. Gummel (Soz.): Das Streikrecht steht den Eisenbahnarbeitern ebenso gut zu wie allen anderen. Niemand kann ihnen das Recht nehmen, nicht zur Arbeit zu gehen, sich unwohl zu fühlen.

Abg. Gummel (Soz.): Das Streikrecht steht den Eisenbahnarbeitern ebenso gut zu wie allen anderen. Niemand kann ihnen das Recht nehmen, nicht zur Arbeit zu gehen, sich unwohl zu fühlen.

Die Mißstände in der kgl. Oper.

Wegen die Leitung des königlichen Opernhauses hatte der freisinnige Abgeordnete Kopsch am 21. dieses Monats im Abgeordnetenhaus eine scharfe Rede gehalten, mit Klagen über hohe Preise, über unzulängliche Leistungen, über Bevorzugung des Auslandes usw.

Noch mehr! Der Angreifer hat uns anderen aus der Seele gesprochen, hat aber doch nicht genügend mit den tatsächlichen Schwierigkeiten gerechnet. Die hohen Eintrittspreise sind, wie die Dinge liegen, für eine voll ausgefüllte Oper nicht zu vermeiden.

Kleines feuilleton.

Unverbrennbares Zelluloid. Die furchtbare Brandkatastrophe in New York, die mehr als 200 Opfer an Toden und Verwundeten gefordert hat, ist wiederum, wie so oft, die Folge einer Entzündung oder Explosion von Zelluloid gewesen.

Unverbrennbares Zelluloid. Die furchtbare Brandkatastrophe in New York, die mehr als 200 Opfer an Toden und Verwundeten gefordert hat, ist wiederum, wie so oft, die Folge einer Entzündung oder Explosion von Zelluloid gewesen.

Notizen.

Theaterchronik. „Medusa“. Tragödie von Hans Klyber, wird, da eine Wiederholung im modernen Theater nicht möglich ist, im Neuen Schauspielhaus am Sonntag in der Besetzung der Premiere wiederholt.

aus dem Panoptikum ins Museum. Kürzlich wurde im Pariser Musée Carnavalet, das so viele interessante Erinnerungen an die Revolutionszeit beherbergt, ein neuer Saal eröffnet.

amen ausdrückt, der einen Diebstahl milder beurteilt als Betätigung sozialdemokratischer Geinnung. Diese Keuschung ist so unerhört, daß ich nicht annehmen kann, daß der Minister damit einverstanden ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Haack (Z.)** wünscht eine Revision der Lohnverhältnisse der Rotenarbeiter.

**Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.)**: Die Herabsetzung der Eisenbahner in die Arbeitelassen wird nicht durchführbar sein, da die Regierung sie absolut ablehnt. Unter diesen Umständen habe ich mich für eine Zentralisation der Arbeiterausschüsse ausgesprochen. — Das Streikrecht hat für die Eisenbahner keinen praktischen Wert, es kann zu einer Gefahr für sie werden. Erscheinungen wie bei dem Eisenbahnerstreik in Frankreich liegen nicht im Interesse der Volkswirtschaft, des Staates und auch nicht der Arbeiter. Das Wort „Generalstreik“ ist „Generalunfug“ stammt übrigens aus dem Vortrage der sozialdemokratischen Bewegung. (Hört! hört! rechts.)

**Minister v. Breitenbach**: Herrn Emmel fehlt jedes Verständnis dafür, daß zwischen der Verwaltung und den Arbeitern ein Vertrauensverhältnis bestehen muß. Daher ist es notwendig, daß die Verwaltung informiert wird, wenn die Arbeiter sich in Versammlungen zusammenfinden. Der überwiegende Teil der Arbeiter hat dafür auch volles Verständnis. Entschieden protestieren mich ich dagegen, daß die Beamten, die in dieser Weise ihre Pflicht erfüllen, als Spitzel bezeichnet werden. (Bravo! rechts.) Die Keuschung des Beamten, der Betätigung sozialdemokratischer Geinnung und Diebstahl in Verbindung brachte, habe ich bereits genugsam bemerkt.

**Abg. Garfens (Sp.)** schließt sich in der Frage des Streikrechts der Eisenbahner dem Abg. Behrens an. Die Majorität der Eisenbahnarbeiter ist gegen ein Streikrecht.

**Abg. Emmel (Soz.)**:

**Abg. Behrens** huldigt der sonderbaren Ansicht, daß wegen des französischen Eisenbahnerstreiks den deutschen Eisenbahner das Streikrecht genommen werden müsse. Es gibt gar kein besonderes Streikrecht, das, was man so nennt, ist nur eine Konsequenz des allgemeinen Koalitionsrechts. Derselben irreführenden Verwechslung huldigt der Abg. Garfens. Die deutschen Eisenbahnarbeiter haben dasselbe Recht wie die anderen Arbeiter auf volle und unumschränkte Koalitionsfreiheit. — Der Minister sprach in hohen Tönen von dem gegenseitigen Vertrauen, das zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern besteht. Wenn dem so ist, warum dann diese Ueberwachung, diese Bespitzelung der Arbeiterversammlungen? Wenn man glaubt, mit solchen heimlichen Maßnahmen die Sozialdemokraten aus den Eisenbahnverhältnissen fernzuhalten, so irrt man sich. Und wenn der Minister sich über den Ausdruck „Spitzel“ beklagt, so erwidere ich: so lange sich Leute finden, die sich zu Spitzeldiensten hergeben, so lange müssen sie sich auch gefallen lassen als Spitzel bezeichnet zu werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten werden uns jedenfalls das Recht nicht nehmen lassen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Der Minister aber täte gut, mit diesem Spitzel der moralischen Korruption zu brechen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. Werner (Anti.)** bittet um Verrückung verschiedener Beamtenkategorien, besonders der Beamten in den Abfertigungsämtern.

Der Rest des ordentlichen Etats der Reichseisenbahnen wird nach unweiblicher Debatte bewilligt.

Beim außerordentlichen Etat wünscht

**Abg. Öhring (Z.)** Verbesserung der Bahnverbindungen zwischen dem Reichslande und der bayerischen Pfalz.

**Minister v. Breitenbach** erklärt, daß bereits mehrere Linien projektiert seien.

**Abg. Haack (Z.)** führt Klage darüber, daß bisweilen Wagen 4. Klasse einfach dadurch in Wagen 3. Klasse verwandelt werden, daß man Schilder mit entsprechender Aufschrift andringt.

**Abg. Dr. Spahn jun. (Wandb.)** wünscht Änderungen im Wältertarif. Es liegt in der Hand der Reichseisenbahnverwaltung, durch geeignete Maßnahmen Strahburg die kommerzielle Dignomie im Reichslande zuzuwenden, die ihm gebührt und die zurzeit von Mannheim okkupiert ist. Manche Klagen des Abg. Wölke sind übertrieben, aber wahr ist, daß es gut wäre, wenn ein starker Zug in die Verwaltung der Reichseisenbahnen käme.

**Minister v. Breitenbach** verspricht sein Möglichstes zu tun, um die Interessen der Stadt Strahburg zu fördern.

**Abg. Wetzel (Sp.)**: Wir wünschen gewiß Erfolg-Vorzügen die mögliche wirtschaftliche Entwicklung, aber einen solchen partikularen Egoismus, wie ihn Herr Spahn vertreten hat, können wir doch nicht billigen. Herr Spahn hat geradezu eine Depositionierung Mannheims zugunsten Strahburgs verlangt, eine solche Verkehrsveränderung können wir nicht wünschen.

**Abg. Bierenmayer (Z.)** polemisiert gleichfalls gegen den Abg. Spahn und verteidigt sein badisches Vaterland, das stolz darauf sei, die besten Bahnen zu haben.

**Abg. Dr. Spahn (Z.)** betont, es habe ihm fern gelegen, irgend etwas gegen Baden zu sagen, er bewundere die badische Verkehrs-politik. Aber Verkehrsveränderungen kämen in der modernen Zeit häufig vor.

Damit ist der Etat erledigt.

Es folgen die Petitionen.

**Verichterstatte Abg. Will (Eli.)** wendet sich gegen den Antrag **Albrecht (Soz.)** einige Petitionen von Eisenbahnerarbeitern zur Berücksichtigung zu überweisen. Das habe einen Sinn, wenn man auch die nötigen Mittel bewilligen wolle.

**Abg. Böhle (Soz.)**: Auf diesen Gesichtspunkt haben wir noch bei keinem einzigen Etat Rücksicht genommen. Ich bitte Sie, unserem Antrage zuzustimmen.

Der Antrag **Albrecht** wird abgelehnt, die Petitionen werden zur Erwägung überwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr. (Reichseisenbahnamt, Reichstag, 38. Sitzung.)

**Vernehmlich Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine**, hatte eine große Anzahl von Zeugen, etwa 30, geladen, die befehlen sollen, daß sich Kriminalbeamte am Wedding in der Tat so benommen haben, daß die Bezeichnung „Knüppelgardisten“ für sie nicht zu scharf ist. Derartige Vorgänge sind in der vorhergegangenen Nummer des „Vorwärts“ geschildert und darauf bezieht sich der unter Anklage gestellte Ausdruck in der Nummer vom Tage darauf. Die von der Verteidigung geladenen Zeugen sollten in der Hauptsache die Nichtigkeit dessen bekräftigen, was in dem Artikel vom 1. November behauptet worden ist, außerdem aber eine Reihe genau angegebener ähnlicher Fälle. Auf Antrag des Rechtsanwalts Heine wurde auch dieser Artikel, soweit er für den vorliegenden Fall in Frage kommt, verlesen.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Krüger bemerkte, es handele sich darum, ob die Zeugen überhaupt vernommen werden sollen.

**Rechtsanwalt Heine**: Sie müssen gemäß § 244 der Strafprozeßordnung vernommen werden, denn ich habe sie geladen und sie sind zur Stelle.

**Erster Staatsanwalt Steinbrecht** widerspricht der Zeugenvernehmung. Die Anklage sei nur wegen formaler Verleumdung erhoben. In diesem Falle sei das Gericht, wie das Reichsgericht entschieden habe, nicht gezwungen, die von der Verteidigung geladenen und erkrankten Zeugen zu hören. Es könne zugegeben werden, daß der Angeklagte gekränkt habe, Kriminalbeamte hätten von ihren Stöcken Gebrauch gemacht. Ob solche Verleumdungen wirklich vorgekommen sind, das sei für diesen Prozeß unerheblich.

**Rechtsanwalt Heine** beantragt die Vernehmung der Zeugen und führt dazu aus: Ich weiß, daß das Reichsgericht gesagt hat, das Gericht dürfe „im Interesse seiner Würde“ auch die Vernehmung der von der Verteidigung geladenen und erkrankten Zeugen ablehnen, wenn deren Befindungen in gar keinem Zusammenhang mit der Sache stehen. Im Interesse seiner Würde, das heißt also, wenn, was sich wohl denken läßt, Zeugen lediglich aus Unfug, um das Gericht zu verhöhnen, geladen werden sollten. Im vorliegenden Falle kann das von der Staatsanwaltschaft angezogene Reichsgerichtsurteil nicht angewandt werden. Das hat das Reichsgericht selbst mit größter Entschiedenheit ausgesprochen in dem Raddodprozeß gegen den Redakteur der „Vergarbeiterzeitung“. Dort hatte die Strafammer, weil nur wegen einer einzelnen beleidigenden Behauptung Strafantrag gestellt worden war, den Wahrheitsbeweis für die Zustände in der Grube zuerst abgelehnt. Das Urteil wurde vom Reichsgericht aufgehoben und im zweiten Prozeß mußte der Wahrheitsbeweis in vollem Umfange stattfinden. — Hier liegt nun die Sache so: Am 1. November hat der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Die Knüppelgarde“ ganz konkrete Vorgänge mitgeteilt. Es ist recht charakteristisch, daß der Polizeipräsident wegen dieses Artikels keinen Strafantrag gestellt hat. Ich habe in der Voruntersuchung auf diesen Artikel hingewiesen, um den Polizeipräsidenten zur Stellung eines Strafantrages zu provozieren. Wenn trotzdem kein Strafantrag gestellt wurde, so geschah das nicht ohne Absicht. Nur wegen des Artikels vom 2. November, der auf den vorhergegangenen Artikel Bezug nimmt, ist Strafantrag gestellt worden, in der Hoffnung, daß uns der Beweis dafür, daß Kriminalbeamte am Wedding sich so benommen haben, daß sie die Bezeichnung „Knüppelgardisten“ verdienen, abgehandelt werden könnte. Glücklichweise gibt die Strafprozeßordnung noch Schutz gegen solche willkürlichen Verschleudungen der tatsächlichen und rechtlichen Grundlage eines Strafprozesses. Wenn bewiesen werden kann — und wir können es beweisen — daß sich Kriminalbeamte so benommen haben, wie der „Vorwärts“ angegeben hat, dann ist der Ausdruck „Knüppelgardisten“ für diese Leute überhaupt keine Verleumdung. Wer mit Knüppeln grundlos und wahllos um sich haut, der ist eben ein Knüppelgardist. Es mögen unter den Leuten, die auf das Publikum eingebaut haben, auch Vigilanten ohne Beamtencharakter gewesen sein. Aber sie standen doch im Dienste der Polizei. Ein Teil der Leute aber, die dort postiert waren, wo sich diese Dinge abspielten, waren Beamte. Aus diesen Gründen kann uns der Wahrheitsbeweis gar nicht abgeschnitten werden. Sollte es dennoch geschehen, dann ist das Ergebnis lediglich, daß die Zeugen statt heute erst in einigen Monaten vernommen werden, nachdem das Reichsgericht das Urteil aufgehoben haben wird.

Der Verteidiger überreicht dem Gericht das Original des Reichsgerichtsurteils in Sachen des Raddodprozeßes gegen die „Vergarbeiterzeitung“.

**Gerichtsbefehl**.

Nach längerer Beratung des Gerichts verkündete der Vorsitzende: Die Vernehmung der Zeugen wird abgelehnt, weil die Tatsachen, die sie bekunden sollen, in keinem Zusammenhang mit der unter Anklage gestellten Verleumdung stehen und auch für das Strafmaß von keiner Bedeutung sind.

**Erster Staatsanwalt Steinbrecht** führt aus, das Wort „Knüppelgardisten“, auf Kriminalbeamte angewandt, sei unbedingt beleidigend, denn es enthalte die Behauptung, daß Beamte mit Knüppeln geschlagen hätten. Es sei anzunehmen, daß der Angeklagte geglaubt habe, daß Kriminalbeamte mit Stöcken geschlagen haben, aber das gebe ihm kein Recht, sie als Knüppelgardisten zu bezeichnen. Der Ausdruck sei für die Kriminalbeamten um so mehr beleidigend, als sie dadurch den Hingehören Streikbrechern gleichgestellt werden, die der „Vorwärts“ schon vorher als Knüppelgardisten bezeichnet habe. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 200 Mark sowie Publikation des Urteils im „Vorwärts“ und im „Lokal-Anzeiger“.

**Rechtsanwalt Heine** beantragt Freisprechung. Der Staatsanwalt selbst habe die Anklage nur damit begründen können, daß der Artikel die tatsächliche Behauptung enthalte, die Kriminalbeamten, für die Strafantrag gestellt sei, hätten geprügelt. Dieser Beweis hätte der Verteidigung obgelegen und sie hätte ihn führen wollen. Nachdem die Vernehmung der Zeugen abgelehnt worden sei, gäbe es keine andere Möglichkeit als die Freisprechung des Angeklagten. Wenn das Gericht nicht auf dem Standpunkt steht: Es ist wahr, daß Kriminalbeamte geprügelt haben, dann hätte es unsere Beweise nicht ablehnen können. Der Verteidiger erklärte: Ich will nach dieser Verschärfung der Verteidigung hier nicht darüber reden, ob der Ausdruck „Knüppelgardisten“ beleidigend ist. Ich hätte beweisen können, daß tatsächlich „Knüppelgardisten“ an dem fraglichen Ort tätig waren. Nachdem der Beweis für diese Behauptung abgehandelt ist, denke ich nicht daran, heute hierüber noch etwas zu sagen. Ich werde darauf zurückkommen, wenn wir wieder in dieser Sache vor dieser Instanz stehen, und nur noch einige Bemerkungen über das Strafmaß machen.

Die vom Staatsanwalt erwähnte Vorstrafe des Angeklagten wegen Verleumdung kann zur Begründung des beantragten Strafmaßes nicht herangezogen werden. Hier liegt die Sache so: Es sind Rohheiten vorgekommen und der Angeklagte hat seine Schuldigkeit getan, indem er sie kennzeichnete. Wegen des Artikels, in dem diese Rohheiten im einzelnen angeführt werden, ist kein Strafantrag gestellt. Das Gericht sollte doch der Polizei nicht zu Hilfe kommen, wenn sie keinen Strafantrag stellte in dem Falle, wo sie die Aufklärung polizeilicher Auswicklungen befürchtet, sondern nur in dem Falle Verurteilung fordert, wo sie glaubt, diese Feststellung verhindern zu können. Das Verfahren der Polizei ist so durchsichtig, daß über den Jura desselben sich kein Mensch täuschen kann. Das Gericht wird zu der Meinung kommen müssen: Wenn die Polizei in dem ersten Artikel keinen Anlaß fand, Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen, dann liegt erst recht kein Anlaß vor, in dem zweiten Artikel eine Verleumdung zu erkliden und den Angeklagten deswegen zu bestrafen.

**Erwähnt**, der das letzte Wort erhält, sagte unter anderem: Ich glaube nicht nur, wie der Staatsanwalt annimmt, daß Kriminalbeamte Leute aus dem Publikum geprügelt haben, sondern ich bin davon fest überzeugt durch Mitteilungen von Augenzeugen und von Leuten, welche Prügel bekommen haben. Der Beweis der Wahrheit ist angekreuzt. Wenn ich das Treiben der Kriminalbeamten mit zutreffenden Worten hätte bezeichnen wollen, dann hätte ich

scharfere Ausdrücke als die Bezeichnung „Knüppelgardisten“ gebrauchen müssen. Daß ich diesen milden Ausdruck wählte, beweist, daß ich nicht die Absicht hatte, zu beleidigen, sondern tatsächliche Vorkommnisse zu kennzeichnen.

**Urteil**. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf zweiundereißig Mark Geldstrafe und Publikation des Urteils im „Vorwärts“ und im „Lokal-Anzeiger“. Bei der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende: Das Gericht hatte sich nur zu beschäftigen mit dem Artikel vom 2. November, aus welchem Grunde der Polizeipräsident wegen des Artikels vom 1. November keinen Strafantrag stellte, das geht das Gericht gar nichts an. Es kann zu dem Artikel vom 1. November nicht Stellung nehmen und den Polizeipräsidenten nicht zwingen, Strafantrag zu stellen. — Der Ausdruck „Knüppelgarde“, auf die Kriminalbeamten angewandt, ist „zweifellos“ beleidigend. Was auch passiert sein mag, der Angeklagte durfte nicht die Kriminalbeamten mit diesem Ausdruck belegen. Weder für die Schuld noch für die Straffrage kommt in Betracht, was Polizeibeamte angeblich getan haben.

Das Verfahren des Gerichts ist ein größlicher Verstoß gegen die Gesetzesvorschrift, die von allen die wichtigste Garantie für die Angeklagten bildet.

Wenn das Gericht mit seiner Auslegung recht hätte, würde jede Verweigerung willkürlich abgeschnitten werden können, denn die Behauptung, der Beweis, daß Schulleute wie Knüppelgehenden gehandelt hätten, stünde „in keinem Zusammenhang“ mit ihrer Bezeichnung als „Knüppelgardisten“, wird doch keinem Menschen von gesundem und ehrlichem Menschenverstande einfallen.

Uebrigens hat das Gericht ursprünglich selbst nicht so gebacht, denn der auf den 7. März, mittags 1 Uhr angelegte Termin wurde ohne weiteres aufgehoben, als der Verteidiger anzeigte, daß er eine größere Anzahl Zeugen direkt laden werde, und daß die Zeit von Mittag an zu ihrer Vernehmung nicht ausreichen würde. Damals also sah das Gericht offenbar ein, daß es die geladenen und erkrankten Zeugen vernehmen müsse. Das Beweisthema war auch bereits angegeben, so daß das Gericht nicht im Zweifel sein konnte, welcher Zusammenhang zwischen der Anklage und dem Zeugenbeweis bestände.

Unter dem Einfluß welcher Gründe das Gericht inzwischen seine Absicht geändert hat, können wir nicht wissen. Laßte sich jedenfalls, daß schon vor dem Termin vom 28. März die Klagenvernehmung der Zeugen abgemacht gewesen sein muß, denn für diese Sache mit 30 Zeugen hatte das Gericht eine ganze Viertelstunde Zeit angelegt.

Diese Beschränkung der Verteidigung wird ein Versuch bleiben, denn das Reichsgericht müßte sich in Widerspruch mit der gesamten bisherigen Rechtsprechung und dem Gesetz setzen, wenn es das Verfahren des Landgerichts gut heißen wollte. Aber daß schon jetzt ein solcher Versuch ohne auch nur den Anschein einer tatsächlichen Begründung gewagt werden kann, ist ein Beweis, wessen man sich zu versehen hätte, wenn durch die Strafprozeßnovelle — wie konservative und Zentrumsleute es wollen — das Recht auf Verweigerung noch weiter in die Willkür — man nennt das beschönigend „billiges Ermessen“ — des Gerichts gestellt würde. Der heutige Prozeß ist ein schlagender Beweis gegen diejenigen, die immer von „Vertrauen in die Justiz“ predigen.

## Aus der Partei.

### Die italienische Partei und der Fall Bissolati.

Der Gedanke Bissolatis, einen Sozialisten und zwar den Genossen Bissolati bei der Kabinettsbildung mit dem Posten des Ackerbau Ministers zu betrauen, hat in den italienischen Parteikreisen bekanntlich großes Aufsehen erregt. Die dabei zutage tretende Mißstimmung hat wohl auf den Entschluß Bissolatis eingewirkt, das Portefeuille abzulehnen. Ueber die Stimmung in den Parteikreisen vor der Ablehnung meldet uns unser römischer Korrespondent:

Eine satirische Keuschung fand die Stimmung bei dem Fest des „Avanti“, auf dem am 25. d. der 15. Jahrestag unseres Zentralorgans feierlich begangen wurde. Die jungen Sozialisten führten da nämlich eine Gruppe vor, deren Komit sich selbst die Reformisten nicht entziehen konnten. Ein kleines Kerlchen in Generaluniform, das man sofort als Viktor Emanuel III. erkannte, zog da an einer Keime einen langen hageren grauhaarigen Mann herum, durch dessen große Bissolatis Nase ein Ring gezogen war. Während der König einen Hand von Margens „Kapital“ unter dem Arme trug, hatte Bissolati, der in Ministeruniform prangte, einen blassen Ast auf der Schulter, als Anspielung auf seine Rede auf dem Mailänder Parteitag, in der er die Partei einen blassen Ast genannt hat. Nachdem man die beiden bezüglich ausgepiffen hatte, umdrängte sie der Chor der Bissolatis, und sowohl die Majestät als die Erzählung gerufen, allen Anstellungen und Unterstügungen zu verprechen.

Das Zentralkomitee der revolutionären und intransigenten Sozialisten, das am 25. d. Wts. über den Fall Bissolati beraten hat, hat eine Resolution angenommen, die sich gegen den Eintritt Bissolatis in das Ministerium wendet, weil die direkte Beteiligung der Partei an den Regierungsorganen der Bourgeoisie außerhalb der gesunden und folgerichtigen sozialistischen Betätigung liegt. Die Haltung Bissolatis laute der Parteidisziplin und den Kongreßbeschlüssen zuwider, auch handele es sich um kein persönliches Experiment, sondern der beabsichtigte Eintritt sei eine logische Folge des Programms und der praktischen Aktion des reformistischen Flügels der Partei. Im Säul der Resolution werden die Parteiführungen aufgefordert, zu der Frage klar und deutlich Stellung zu nehmen.

Aus zahlreichen persönlichen Rundgebungen geht hervor, daß die Mehrzahl der Abgeordneten unserer Partei gegen den Eintritt von Sozialisten in das Kabinett ist. Erklärungen in diesem Sinne haben Prampolini, Morgari, Agnini, Marangoni und andere abgegeben. Zurart, der zu Anfang gesagt hatte, daß man mindestens die Reduktion der Militäransgaben auf die Hälfte verlangen müßte, scheint sich langsam mit dem Experiment zu befreunden, allerdings ohne jeden Enthusiasmus.

Was die Parteipresse betrifft, so spricht sich das „Gemeiner Lavoro“ für Bissolati aus, die „Giustizia“ von Reggio Emilia sehr energisch dagegen, desgleichen auch das Wochenblatt der Mailänder Reformisten, die „Battaglia“. Die zahlreichen Wochenblätter der Provinzen sind in der Mehrzahl unzufrieden. Von Parteisektionen haben die von Neapel und Bologna bereits gegen das Experiment Stellung genommen; die römische, bei der Bissolati organisiert ist, wird am Donnerstag die Frage behandeln.

### Aus den Organisationen.

Im 10. jährlichen Reichstagswahlkreise (Stollberg-Schneeberg) wurde von der stark besuchten Parteiverammlung Genosse Georg Schöpflin-Köpsig, der jetzige Mandatinshaber, einstimmig als Kandidat zur bevorstehenden Reichstagswahl wieder aufgestellt. — In derselben Parteiverammlung wurden die Parteibeiträge, die bis jetzt monatlich auf 30 Pf. festgesetzt waren, mit großer Mehrheit auf wöchentlich 10 Pf. festgelegt. Die Erhebung des Parteibeitrages in dieser Höhe soll ab 1. Juli 1911 geschehen. Nun ist in Sachen in allen 23 Wahlkreisen der Jahresbeitrag wöchentlich ein- und durchgeführte zum Nutzen der Finanzen, zum Behen der Agitation.

Bei einer Gemeinderats-Graswahl in Wähl (Oberesäß) für drei Mitglieder erzielten die Kandidaten der Sozialdemokratie 100—200 Stimmen, die Kandidaten des Zentrums 203—223 und drei „unabhängige“ bürgerliche Kandidaten 73—118. Es findet nächsten Sonntag ein zweiter Wahlgang statt, bei welchem das relative Mehr entscheidet. Die Sozialdemokratie erzielte bei dieser Wahl, bei der sie selbständig vorging, fast eben so viel Stimmen, als ihre Kandidaten bei den Hauptwahlen von 1909 auf einer gemeinsamen liberal-sozialistischen Kandidatenliste erhalten

## Die beleidigte Polizei und der abgezeichnete Wahrheitsbeweis.

Nach den Feststellungen der dritten Strafkammer sind Polizeibeamte in Moskau in einer größeren Zahl von Fällen mit Säbeln, Knüppeln, Häufen und rohen Schimpfworten gegen das Publikum vorgegangen. Aber „der Ehrenschild der Polizei ist blank“ sagte Herr v. Jagow. Er hält es deshalb für einen Frevel an der mit so blauen Ehrenschild einhergehenden Polizei, wenn jemand eine Bemerkung macht, die als Verleumdung von Polizeibeamten angesehen werden könnte. Wer so den blauen Ehrenschild der Polizei zu trüben wagt, der muß ins Gefängnis, denkt offenbar der Polizeipräsident. Demgemäß hat er wegen öffentlicher Verleumdung von Kriminalbeamten Strafantrag gestellt gegen Genossen **Wermuth** als verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“.

In einem am 2. November erschienenen Artikel über die Vorgänge am Wedding soll die Verleumdung enthalten sein. In dem Artikel mit der Ueberschrift „Am Wedding Ruhe und Regen“ wird gesagt, nämlich nach Schluß des Morgenstündlichen Geschäfts fanden sich immer noch die Knüppelgardisten ein, die sich als Doppelposten an dunklen Stellen, in Rissen und Fluren verteilten, ungenannt und doch wohlbekannt.

hatten, ein Erfolg, der die Gründe noch unterstützt, die ohnehin für das selbständige Vorgehen auch bei Kommunalwahlen sprechen. Die Zentrumstimmen sind gegen 1908 nicht unerheblich zurückgegangen.

### Die Türkei ein politisches Asyl.

Wie wir vor einiger Zeit berichteten, ist der rumänische Genosse Dr. Rakowski aus seiner Heimat vertrieben und auf einem rumänischen Schiffe nach Konstantinopel abgehoben worden. Schon vor seiner Ankunft intercedierten die türkischen Abgeordneten Blachow, Bartles und Passian bei der Regierung, daß Rakowski sich in Konstantinopel ungehindert aufhalten könne. Nach der Ankunft Rakowskis bekam der türkische Kammerpräsident Ahmed Rıza vom belgischen Abgeordneten Georges Lorand ein Telegramm, in dem auch er ersucht wird, für Rakowski einzutreten, Ahmed Rıza hat hierauf den Wunsch geäußert, Dr. Rakowski kennen zu lernen. Rakowski begab sich ins Abgeordnetenhaus, wo ihn Ahmed Rıza wärm beglückte und ihn in einem langen Gespräch zu trösten versuchte. Rıza verwies darauf, daß auch er im Exil gewesen sei und das Los der Exilierten kenne. Der Kammerpräsident versicherte Rakowski, daß er auf türkischem Boden keinerlei Unannehmlichkeiten haben werde und bleiben könne, so lange er wolle. Rakowski dankte und erklärte, er werde nur so lange bleiben, bis er sich etwas erholt habe, dann wolle er nach Rumänien zurückkehren, um seine Sache zu Ende zu führen.

### Die Sozialdemokratie in der Stadtverordnetenversammlung Stockholms.

In der verflochtenen Woche wurden die Kommunalwahlen in Stockholm beendet, bei denen die Hälfte der 100 Mandate des Stadiparlaments zur Wahl stand. Das Ergebnis ist, daß die Sozialdemokratie 11 Mandate gewann, und zwar 8 von den Konservativen und 3 von den Liberalen. Sie hat danach 31 Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung, während die Zahl der Liberalen von 27 auf 24, die der Konservativen von 63 auf 45 zurückgegangen ist. Der Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als er auf Grund eines nach der Steuerleistung abgestuften Wahlrechts errungen wurde, das dem einzelnen Wähler bis zu 40 Wahlstimmen gibt, und überdies die Arbeiterchaft gegenwärtig wirtschaftlich sehr herabgedrückt ist. Für die Sozialdemokratie stimmten 15 022 Wähler, die im Durchschnitt je 10,08 Stimmen in die Waagschale werfen konnten, für die Konservativen stimmten 10 639 Wähler mit je 25,73 Stimmen, für die Liberalen 7829 mit je 17,04 Stimmen. Die Konservativen haben bei diesen Wahlen ihre seit langen Jahren innegehabte absolute Mehrheit eingebüßt, und zwar lediglich infolge des unauffälligen Vordringens der Sozialdemokratie, die jetzt, nachdem durch die Befreiung des alten hundertgradigen Wahlrechts den Arbeiterwählern etwas mehr Stimmrecht gegeben wurde, es doch in den Gemeinden zu einer einigermaßen starken Vertretung bringen kann.

### Ein Trauerfall in der schwedischen Sozialdemokratie.

Die Arbeiterchaft Stockholms hat am Sonntag unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung den Genossen Ernst Blomberg zu Grabe geleitet, der seit dem Jahre 1896 Vorsitzender des Eisen- und Metallarbeiterverbandes war und außerdem eine Reihe von Jahren Stadtverordneter sowie seit 1905 Reichstagsabgeordneter. Bis zum Herbst vorigen Jahres gehörte er der Zweiten Kammer des Reichstages an, aus der er ausschied, als er von Gåsteborgs Landsting in die Erste Kammer gewählt wurde, in der bis dahin kein Sozialdemokrat Platz gefunden hatte.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Aus Westpreußens Gefilden.

Wegen Verleumdung des Gemeindevorstehers Luchterhand-Dliva ist Genosse Crispian als verantwortlicher Redakteur der Danziger „Volkswacht“ vom dortigen Schöffengericht zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Crispian hatte in seinem Blatte eigenartige Manipulationen bei Einkommens- und Grundbesitzangelegenheiten in dem Dorfe Dliva ausgeübt. Um günstige Resultate für sich zu erzielen, hatte die Allgemeine Vobengemeinschaft Danzig-Berlin Dlivaer Gemeindevorsteher Landparzellen unentgeltlich angeboten; diejenigen, die Verzinsung vorzogen, sollten 500 M. erhalten. Die Empörung über diese Vorgänge in interessierten Kreisen war um so größer, als bekannt wurde, daß auch der Gemeindevorsteher einen solchen Gutschein angenommen hatte. Im Gerichtstermin erklärte der Gemeindevorsteher, er habe keinen Strafantrag stellen wollen, sei dazu aber von seiner vorgesetzten Behörde gezwungen worden. Sein Engagement mit der Vobengemeinschaft begründete er damit, daß er Kreisstagsabgeordneter werden wollte und geglaubt habe, daß dazu Grundbesitz notwendig sei. Als die Angelegenheit publik geworden sei, habe er das Land zurückgegeben. Trotz dieser eigenartigen Sachlage beantragte der Vertreter der Anklage 200 Mark Geldstrafe. Das Gericht billigte dem Angeklagten zwar den Schutz des § 193 zu, erkannte aber doch auf die oben genannte Strafe.

#### Erfolgreiche Revision.

Genosse Steinamp vom Bochumer „Volkblatt“ war von der dortigen Strafkammer wegen Verleumdung eines Lehrers zu 900 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die Verleumdung wurde in einem Artikel erbildet, in dem dem betreffenden Lehrer vorgeworfen wurde, daß er die Kinder derart geächtet habe, daß die Züchtigungen außerhalb des Schulklosters geübt worden seien. Der Angeklagte hatte beantragt, eine Revision darüber zu vernehmen, daß seine Behauptungen in dem Artikel den Tatsachen entsprächen, was von der Strafkammer abgelehnt wurde. Hierin hat das Reichsgericht eine Beschränkung der Verteidigung erbildet, weshalb es zur Aufhebung des Urteils kam.

## Aus Industrie und Handel.

### Krach im Hefesyndikat.

Das Hefesyndikat ist bekanntlich nur unter großen Schwierigkeiten zustande gekommen. Es kann sich mit seinen hohen diskontinuellen Preisen auch nur solange halten, als die Konsumenten nicht zu hart werden. Jetzt ist nun als neuer Outsider die Firma Paul Wulf, G. m. b. H., aufgetreten, die dem Syndikat scharfe Konkurrenz macht. Das Syndikat resp. der in ihm allmächtige Ausschäferat, in dem natürlich die Großinteressen überwiegen, beschloß darauf im Handumdrehen, den Syndikatspreis der Hefe um 10 Pfennig pro Pfund herabzusetzen. Die meisten Mitglieder des Syndikats, zumal die Kleineren, sind aber mit dieser scharfen Preisreduktion nicht einverstanden, da sie nach ihrer Behauptung für ihre Betriebe direkten Verlust bedeutet. Als die gegen die Preisreduktion protestierenden Mitglieder in der Generalversammlung Wiederaufhebung der Preisermäßigung oder wenigstens eine Abmildung des allzu scharfen Preisabschlages forderten, drohte eine der verärgerten Syndikatsbestimmungen in Wirksamkeit zu treten, die zum Teil, und wohl auch hier ahnungslos unterschrieben worden sind. Den einzelnen Gesellschaftern steht im Syndikatsvertrag der Hefeproduzenten das sogenannte Vetorecht zu. Sie können bei einer Wiederaufhebung des Preises durch den Ausschäferat auf dem niedrigen Niveau beharren. Darauf muß eine neue Generalversammlung entscheiden, ob die Majorität gemäß M. den höheren Preis zu halten und der Minorität 95 Proz. ihres Produktionsrechtes zu gewähren.

Es ist wohl nur noch eine Frage kurzer Zeit, und das mühsam zusammengeleimte Hefesyndikat ist wieder auseinandergepufft. Und dann beginnt wieder der Kampf der Großen gegen die Kleinen, der manchmal ins Graus beissen lassen wird. Natürlich sind daran kann wieder die mittlungsvermögenden

Sozialdemokraten schuld, und nicht die großen Schieber, die hier ohne Syndikatshindernisse Konkurrenz besitzigen wollen!

In den Aufsichtsratswahl erhoben wurde der frühere Oberpräsident Geheimrat v. Löbell. Zur Zeit des kaiserlichen Wilhelms war v. Löbell Chef der Reichsanleihe, bei dem letzten Reichsanleihewechsel trat er von seinem Amt zurück und wurde Oberpräsident der Provinz Brandenburg. Sein Gesundheitszustand veranlaßte ihn angeblich, das Oberpräsidium bald niederzulegen; er scheint sich aber merkwürdig schnell erholt zu haben. Am Freitag wählte ihn die Generalversammlung der Deutschen Bank in den Aufsichtsrat, nachdem er unlängst einen Aufsichtsratsposten in Bergmann & Elektricitätswerken übernommen hat. Welche hervorragenden Fähigkeiten zur Velleitung von Aufsichtsratsämtern Herr v. Löbell in seiner bisherigen Amtstätigkeit zu unterrichten vermochte, wird der Öffentlichkeit leider nicht verraten. Die böse Welt räumt, daß das größte Finanzinstitut Deutschlands den Herrn Oberpräsidenten a. D. in die eigene Verwaltung und in das Lantienbezirkskorps anderer Gesellschaften lediglich als Telephonaufsichtsrat bringt. Dieser Titel wird gewissen Aufsichtsräten nicht deshalb beigelegt, weil man etwa vermutet, daß sie ihre Aufsichtsratspflichten telephonisch erledigen, man bezeichnet als Telephonaufsichtsräte vielmehr jene Herren, die ihre Aufsichtsratspflichten für die guten Verbindungen beziehen, die sie den Gesellschaften mit ihrem Eintritt verschaffen.

Lang ist die Liste der Kollegen des Herrn von Löbell, die vor ihm den Weg zu Aufsichtsratsposten gefunden haben. Raum gibt es noch eine größere Bank oder eine bedeutendere industrielle Gesellschaft, die sich nicht einen Minister, Ministerialdirektor, Oberpräsidenten, General oder Admiral als Aufsichtsrat beigelegt hat. Die alten Praktiker, Bankdirektoren, Terrainschieber und Industriefabrikanten können ganz gewiß rechnen, sie müssen also wissen, daß Staatswürdenträger a. D. und einflußreiche Feudalherren sich als Aufsichtsräte rezentieren. In Anpassung an diese Verhältnisse wird man künftig bei dem Ausscheiden von hohen Beamten aus dem Staatsdienst fragen müssen, ob sich die Scheidenden bereits im Besitze des Aufsichtsratsverordnungscheins befinden. Nur sehr kluge Leute vom Schlage des preussischen Eisenbahnministers Breitenbach glauben an das schöne Märchen, daß Herren aus hohen Staatsstellungen von Aktiengesellschaften als Aufsichtsräte bevorzugt werden, weil sie sich durch besondere Geistesgaben auszeichnen.

## Soziales.

### Der „Kuhkopf“ in Wingers „Mheingold“.

Ein Fräulein Martha F. Nagle gestern gegen die Wingers-Gesellschaft auf Zahlung von 11,30 M. rückständigen Lohnes und 41,00 M. Lohnentschädigung. Die Klägerin hatte selbst das Arbeitsverhältnis gelöst, weil der aus Bayern stammende Direktor Mauermeier, dessen Aufsicht auch das Küchenpersonal — zu dem die Klägerin gehörte — unterstand, mit Bezug auf die Klägerin zu einer Angestellten gesagt hatte, sie solle das Franzenzimmer räumen. Der als Zeuge vernommene Direktor M. bestritt das nicht, erklärte aber, er habe das nicht schlimm gemeint. Ihn als Bayer sei allerdings der Ausdruck zu sehr geläufig, worüber er sich schon 100mal geärgert habe. In Bayern habe aber das Wort Franzenzimmer nicht die üble Bedeutung wie in Norddeutschland. Der Zeuge bestritt auch nicht, die Klägerin mit der ihm ebenfalls sehr geläufigen Bezeichnung „Kuhkopf“ belegt zu haben, er kann sich nur nicht entsinnen, daß er auch schon die Klägerin einen „Kuhkopf“ genannt habe.

Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz reachte eine grobe Verleumdung, die zur Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt, nicht als vorliegend. Es verurteilte die besagte Gesellschaft zur Zahlung des rückständigen Lohnes, wies aber den Entschädigungsanspruch ab. Mitbestimmend für das befremdliche Urteil war, daß sich die Klägerin, obwohl sie nicht arbeitete, noch fast zwei Tage im Hause der Beklagten aufhielt.

### Das Ehrenwort des Angestellten.

Recht eigenartige Vertragsabmachungen mit ihren Angestellten schließt die Firma Max Kühn, Trifttagengeschäft, Leipziger Straße, wie sich in einer Verhandlung vor der III. Kammer des Kaufmannsgerichts zeigte. Die Klägerin war seit 9. Mai vorigen Jahres bei der Beklagten als Verkäuferin tätig. Bei ihrem Engagement mußte sich die Klägerin durch Unterschrift und Ehrenwort verpflichten, zu keinem anderen Angestellten über Gehalt zu sprechen und auch niemandem danach zu fragen. Fernerhin mußte die Klägerin auch die ehrenwörtliche Erklärung abgeben, nicht chronisch krank zu sein und diese Erklärung auch noch unterschriftlich bestätigen. Für „Bestlage“ fiel laut Vertrag Gehalt aus. Am 21. September wurde die Klägerin krank und Ende September zum 31. Oktober gelündigt. Die Klägerin zeigte fieberhafte Influenzazeichnungen mit nachfolgender Lungenentzündung. Nachdem die Klägerin wiederhergestellt war, verlangte sie von der Firma Kühn Gehalt für den Monat Oktober. Die Zahlung wurde von der Firma verweigert, weil die Klägerin die Firma über ihren Gesundheitszustand wissentlich getäuscht habe.

Der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Neumann, bezeichnete die im Vertrag mit der Klägerin des öfteren abgegebene „ehrenwörtliche“ Erklärungen als außerordentlich ungewöhnlich. Da die Beklagte sich weigerte, die verlangte Summe in Höhe von 106,50 M. an die Klägerin zu zahlen, so erging folgendes Urteil: Nach einer Reichsgerichtsentcheidung ist es mit den guten Sitten unvereinbar, von einem Angestellten ehrenwörtliche Erklärungen zu verlangen. Zu einem Ausschluß des § 63 Abs. 1 des Handelsgesetzbuches gehört zum mindesten eine Vereinbarung; eine einseitige Erklärung des Prinzipals genügt jedenfalls nicht. Ungeachtet hat die Klägerin im Augenblicke der Unterschrift nicht im ganzen Umfange erkannt, was ihre Verbindlichkeit bedeutete. Jedemfalls ist die Rechtsbeständigkeit ihrer Zustimmung zum Ausschluß des § 63 S. 1 sehr zweifelhaft. Die von der Firma angewandten Mittel verstößen gegen die guten Sitten. Eine Täuschung über ihren Gesundheitszustand hat die Klägerin nach Ansicht des Gerichts nicht vorgenommen. Da ihr von den behandelnden Ärzten sehr günstige Aussichten und Versicherungen gegeben wurden, so konnte sie nicht wissen, daß sie chronisch leidend war. Aus diesem Grunde ist die besagte Firma verurteilt, den geforderten Betrag zu zahlen.

### Milchkrieg in Frankfurt a. M. und Umgebung.

Die oberbayerischen Agrarier, die „Vereinigten Landwirte von Frankfurt a. M. und Umgebung“, beschloßen am Sonntag, ab 1. April den Milchpreis für die Händler um 1 Pf. pro Liter, von 16 auf 17 Pf. zu erhöhen. Hierzu nahmen die Milchhändler in einer stark besuchten Versammlung am Montag Stellung. Klein- und Großhändler erklärten einmütig, die Preiserhöhung strikte abzulehnen. Für die organisierte Arbeiterchaft wurde die Erklärung abgegeben, daß diese die Milchhändler im Kampf gegen die Landwirte unterstützt und jede Erhöhung des Milchpreises zurückweist. Den Konsumenten wird von den Gewerkschaften und der Partei Einschränkung in dem Verbrauch sämtlicher Milchereiprodukte empfohlen. — Am 1. April beginnt jedoch in Frankfurt a. M. und Umgebung der Milchkrieg. Halten die Milchhändler fest, wird der Erfolg ihrer Seite sein.

### Terrasserklärung gegen Kranke.

Die Stadtverordneten in Soest hatten vor einiger Zeit beschlossen, eine Liste der Bürger zu veröffentlichen, die ihre Steuern nicht bezahlt hatten. Die sehr von „sozialem Geist“ zeugende Maßnahme hat damals einiges Aufsehen gemacht. Eine ähnliche Manier, arme Unglückliche anderen Sinnes zu machen, scheint man in der Ortskrankenkasse Vorken-Haasfeld-Warbes befolgen zu wollen. Von dort wird berichtet, daß ein Zentrumsblatt, das Vorkener Wochenblatt eine Liste der Mitglieder obiger Krankenkasse enthält, die Krankenkassenunterstützungsgelder beziehen. Name und Stand des Mi-

gliedes, der Name des Arbeitgebers, sowie Anfangs- und Endtermin der Krankheit wird angegeben. Die Verwaltung der Krankenkasse hat gut katholische Zentrumsleute. Was soll mit der Veröffentlichung der Namen bezweckt werden? Sicher wird die Maßnahme bezweckt, daß Arbeiter, die öfter krank feiern müssen, sehr viel schwerer als sonst Arbeit finden. Ein Schadensersatzprozeß der so Geschädigten gegen die Kasse und das Zentrumsblatt wäre am Platze.

### Wie die Junker das Freizügigkeitsgesetz außer Kraft setzen.

In einer am Sonntag stattgefundenen Landarbeiterversammlung zu Grevesmühlen (Mecklenburg) wurde eine neue Wohlfahrtsvereinbarung des Grafen von Bernstorff, Besitzer der Rittergüter Bernstorff, Hanshagen, Biebersdorf, Niechendorf u. a. besprochen, mit der dieser Agrarier der Landarbeitern weichen will. Der oberbayerische Graf ist auf folgenden Ausweg verfallen. Die schuldenlastigen Kinder seiner Landarbeiter müssen sich auf drei Jahre für den gräflichen Dienst verpflichten. Es erhalten an Lohn die Jungknaben resp. Gögänger 80 Pf., die Mädchen 60 Pf. Außerdem hat sich der gnädige Herr großzügig entschlossen, bei guter Führung (soll heißen: wer schuftet, daß er liegen bleibt) jedem Kinde ein Sparbüchlein anzulegen, auf das er im ersten Dienstjahre 40, im zweiten 45 und im dritten 50 M. einlegt. Diese Sparsumme kann erhoben werden von den Angehörigen nach der Entlassung vom Militär, sofern sie sich im Heere und vorher im gräflichen Dienste immer gut geführt haben; von den Mädchen vor der Verheiratung. Doch müssen auch diese fleißig und tugendhaft gewesen sein. Im anderen Falle fällt das Guthaben an den gnädigen Herren zurück. Selbst die auf Grund der famosen ritterchaftlichen Wohlfahrtsvereinbarung nicht gerade scharfsinnigen Landarbeiter erkennen diese den guten Sitten Hohn sprechende und deshalb nichtige Vereinbarung als unannehmlich, agrarischen Schachzug, durch den die Landproletariat an die Scholle gefesselt werden sollen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die weiblichen Handlungsgehilfen im sozialdemokratischen Lager.

Eine Schicht von weiblichen Angestellten, die noch weit mehr wie die Industriearbeiterinnen von Vorurteilen aller Art befangen ist, steht in Wien, soweit sie am öffentlichen Leben Anteil nehmen, in den Reihen der Sozialdemokratie. Die Mädchen in den kaufmännischen Bureaus und Verkaufsläden gingen mit ihren männlichen Kollegen zur Wahl, um den Gehilfenausschuß und den Vorstand der kaufmännischen Krankenkasse zu wählen. Es bewarben sich um die Mandate Sozialdemokraten, die seit 1902 die Funktionen inne haben, die Liste Karl B. i. d. K. und Kollegen, und die vereinigten deutsch-nationalen und Christlichsozialen. Von den weiblichen Angestellten gingen 3228 zur Wahl, davon stimmten 2430 für die sozialdemokratische Liste und nur 798 für die Gegenkandidaten. Daß dieses glänzende Resultat erzielt wurde, ist ein Verdienst der agitatorisch tätigen weiblichen Handlungsgehilfen. Ein ganzer Stab von ihnen arbeitet für die Organisation des weiblichen kaufmännischen Personals. Es sind ausgezeichnete Rednerinnen unter ihnen, die ihre Schulung in der sozialdemokratischen Frauenbewegung empfangen haben, die dort Funktionen bekleiden und außerdem eine Sektion weiblicher Angestellter im Verein der kaufmännischen Angestellten leiten. Auch die Parteischule haben einige von ihnen besucht und sie haben sich dort theoretische Kenntnisse angeeignet, so daß sie nach jeder Richtung befähigt sind, führend und ausführend unter dem weiblichen Handelsproletariat zu wirken. Es mag nach dem Befragten auffällig sein, daß sich auf der Kandidatenliste keine Gehilfin befand. Die Genossinnen haben jedoch angesichts der heftigen Agitation der Gegner von einer Selbstnennung ihres berechtigten Anspruchs abgesehen, um keine Herpflüsterung herbeizuführen und den Sieg der sozialdemokratischen Liste nicht zu gefährden. Bei der nächsten Wahl, wo die Zahl der weiblichen Organisierten noch größer geworden sein wird, werden sicherlich auch weibliche Namen auf der sozialdemokratischen Liste stehen.

### Ein Protest gegen die Volkszählung.

Am 31. März wird in England die alle 10 Jahre stattfindende Volkszählung vorgenommen werden. Die Suffragettes haben diesen Zeitpunkt für passend erachtet, um eine Protestkundgebung zu veranstalten. Was sie mit diesem Protest bezwecken wollen, ist unklar. Vielleicht wollen sie nur aufs neue die Tatsache konstatieren, daß ihre Bewegung, die sich nicht auf die breite Masse der proletarischen Frauen zu stützen wagt, nur durch sensationelle Mittel die Aufmerksamkeit der Welt auf sich zu lenken vermag. Die Damentrotzkundgebungen haben beschlossen, während der Nacht vom 31. März auf den 1. April auf den Straßen spazieren zu gehen oder sich in geschlossenen Gesellschaften zu amüsieren und dem Volkszähler, der sich etwa einstellen sollte, die Türe zu weisen. Der nächste Spaziergang wird wohl zu Zusammenstößen mit der Polizei führen. Denn dieser ist die Aufgabe gestellt worden, alle nachlässigen Dummler und Obdachlose zu zählen. Umherstreifende Suffragettes werden alsdann unter der Fubrik „Obdachlose Wanderer ohne Beschäftigung“ figurieren. Tölpliche Angriffe auf einzelne Minister mögen allenfalls noch erklärlich sein, so wenig Menschenkenntnis die Anwendung dieses Ilerzeugungsmittele auch vertragen mag. Aber der Boykott einer Volkszählung, von der die Sozialpolitiker eine Menge wichtiger Materials über die industrielle Beschäftigung der Frauen und Kinder erwarten, dürfte dem doch an Wahnsinn grenzen.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Mittwoch, den 6. April, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c: Diskussion und Fragestellung über das Thema des vorigen Vereinsabends: „Mutter und Kind, ihre Rechte und Pflichten“. Die Einleitung der Diskussion hat der Referent Dr. Dastar Cohn übernommen. Gäste willkommen.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Frau als Wahlhelferin

wird von den bürgerlichen Parteien immer noch mit Hohn und Haß verfolgt, wenn sie — der Sozialdemokratie dient. Am eigenen Leide erfuhr das bei der Landtagswahl von 1909 eine unserer Genossinnen, die im Berliner Landtagswahlkreis XII (Roabit) als „Schlepperin“ mitarbeitete. In der Willecksstraße wurde Genossin Sattler, als sie mit einem herbeigeholten Wähler zum Wahllokal ging, von dem im Hause Nr. 31 wohnenden Wahlenhändler Radler wegen dieser der Sozialdemokratie geleisteten Hilfe mit beleidigenden Redensarten belästigt. Es kam dann zwischen diesem Herrn Radler und Frau Sattler zu einem Austausch von Grobheiten und schließlich auch zu Tätlichkeiten, bei denen Herr Radler im Gesicht ein paar blaue Flecke, Frau Sattler aber auf dem Rücken eine blutende Wunde erlitt. Wir haben jenen Zusammenstoß damals mitgeteilt und haben später auch über die verschiedenen Gerichtsverhandlungen berichtet, die sich daran anschlossen. Herr Radler, der die Staatsanwaltschaft für sein blaues Auge zu interessieren wußte, erhielt im Februar 1910 die Genugtuung, daß Frau Sattler zu 15 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Dieses Urteil wurde auch von der Berufungsinstanz aufrecht erhalten. Frau Sattler, die

Schimmeres erlitten hatte, mußte gegen Radler in einer Privatklage wegen öffentlicher Beleidigung und vorsätzlicher Körperverletzung sich ihr Recht suchen.

Nachdem die Verhandlung ihrer Klagesache zunächst ausgelegt und später einige Male vertagt worden war, kam es erst gestern vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zu einer Entscheidung. Die Beweishebung wurde dadurch erleichtert, daß jener erregte Auftritt nun schon recht weit zurückliegt. Die Aussagen der zehn Zeugen, die von den Parteien aufgegeben worden waren, widersprachen einander in manchen wichtigen Punkten. Immerhin erbrachte aber die Verhandlung noch so viel gegen den Angeklagten Radler, daß dieses Gericht denn doch zu einem anderen Urteil über den Mann gelangen mußte. Radler hatte den Zusammenstoß dadurch provoziert, daß er dem von Frau Sattler herbeigeholten Wähler in den Weg trat, auf ihn einredete, er möge doch nicht wählen gehen, und dabei zu Frau Sattler sagte: „Sie sollten sich lieber die Vollen in Ihren Strümpfen stopfen!“ Der Angeklagte gab selber diese Neuerung zu. Frau Sattler habe aber, sagte er, dann an ihn das Ersuchen gerichtet, er solle ihr usw. Als er daraufhin gescherzt habe: „Na, kommen Sie her!“ habe sie nach ihm geschlagen, so daß er sich wehren mußte. Diese ganze Darstellung leitete er ein mit der in merkwürdiger Betonung vorgelegenen Angabe, daß Frau Sattler für die sozialdemokratische Partei Gelder geleistet habe. Seine Behauptung, daß Frau Sattler als erste geschlagen habe, wurde von einigen Zeugen unterstützt. Andere Zeugen aber schilderten ihn keineswegs als den Unschuldigen, für den er gehalten werden wollte. Sie bekundeten, daß sie zuerst ihn hatten schläge austeilen sehen, und daß er noch, als Frau Sattler weiterging, auf sie eingehauen habe. Mit welcher Wut der hochgewachsene, augenscheinlich sehr kräftige Mann gegen Frau Sattler „sich gewehrt“ haben muß, läßt sich daran erkennen, daß sie die schon erwähnte blutende Wunde auf der Nase erlitt und ihr vom Kopf ein Kopf heruntergerissen wurde. Befundet wurde, daß er auch geschimpft habe: „Die Olle!“ und: „Was das für eine ist, wissen wir ja!“ Auch habe er in schamloser Weise einen recht weitgehenden Versuch gemacht, der Frau Sattler die Röde hochzuheben. Rechtsanwalt Theodor Liebknecht, der der Klägerin Sattler zur Seite stand, sah Beleidigung und auch vorsätzliche Körperverletzung als einwandfrei nachgewiesen an. Radler habe ganz unerschrocken sich hineingemengt, habe mit den Schimpfworten und der Schlägerei den Anfang gemacht und schließlich einen ganz groben Exzess begangen. Der Angeklagte Radler hat, ihn wenigstens von der Anklage der Beleidigung freizusprechen.

Das Gericht fällt das Urteil, daß er freizusprechen sei von der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung, zu verurteilen dagegen wegen Beleidigung. Daß er als erster eingehauen habe, könne bei den Widersprüchen der Zeugenaussagen nicht als einwandfrei festgestellt gelten. Mithin sei seine Behauptung, er habe in Notwehr gehandelt, nicht widerlegt worden, und es dürfe daher in diesem Punkt keine Verurteilung erfolgen. Dagegen sei erwiesen, daß er zuerst Frau Sattler mit beleidigenden Redensarten belästigt habe, weiter auch, daß er ihr die Röde hochgehoben habe. Er sei schuldig

der wörtlichen und tätlichen Beleidigung und habe sie mit 10 Mark Geldstrafe zu sühnen.

Die Strafe ist im Verhältnis zu der vom Beklagten an den Tag gelegten Roheit und Unfittlichkeit gegenüber einer Frau eine auffallend niedrige. Die geringfügige Strafe sieht einem Freibrief für Roheiten und Schamlosigkeiten gegenüber Frauen verzeihlich ähnlich. Die Einlegung der Berufung wäre schon deshalb von Wert, um zu erfahren, ob auch die Rechtsprechung der Strafkammer zu einer derartigen Aufmunterung zu strafbaren, rohen, schamlosen Exzessen gegen ehrenhafte Frauen hinneigt. Gleichviel aber wie das Strafmaß schließlich ausfällt, zeigt dieser Prozeß, daß die Staatsanwaltschaft „im öffentlichen Interesse“ zwar Anklage gegen eine Sozialdemokratin zugunsten eines rohen, schamlosen Exzedenten erhebt, aber das „öffentliche Interesse“ verlagert läßt, wenn es sich um den Schutz einer sozialdemokratischen Frau gegen Roheiten und Schamlosigkeiten handelt.

#### Hochzeiten genehmigungspflichtige Tanzlustbarkeiten?

Beim Gastwirt Potempa in einem Nachbarorte Westens (Oberschlesien) hatte der Besitzer Grabowski seine Hochzeit gefeiert. Es nahmen annähernd 200 Personen teil. Gemäß einer ortspolizeilichen Anordnung war dem Wirt eine Liste vorgelegt worden, auf der etwa 80 Paare von Hochzeitem als Hochzeitsgäste, die eingeladen seien, verzeichnet waren. Es wurden aber auch noch andere Personen, als auf der Liste verzeichnet waren, zugelassen. Außerdem stellte die Polizei fest, daß Freunde des Hochzeitem von einigen Teilnehmern ein Eintrittsgeld erhoben. Wegen dieser beiden Tatsachen wurde Potempa als Mitverantwortlicher einer öffentlichen, nicht genehmigten Tanzlustbarkeit, die im Gegensatz zu geschlossenen Lustbarkeiten der Genehmigung bedürfe, auf Grund einer für den Regierungsbezirk Oppeln erlassenen Polizeiverordnung vom 29. November 1857 zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Urteil des Landgerichts Westens wurde mit der Revision angefochten.

Das Kammergericht hob dieser Tage das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück, indem es ausführte: Daß die Tanzlustbarkeit eine öffentliche war, sei nicht ausreichend festgestellt. Die Tatsache, daß von einigen Teilnehmern ein Eintrittsgeld erhoben wurde, sei ganz gleichgültig. Und wie es sich mit erwähnten Liste verhalte, sei vorläufig ganz unverständlich. Wenn etwa, wie es scheint, hier ortspolizeiliche Vorschriften vorlägen, daß an geschlossenen Lustbarkeiten nur Personen teilnehmen dürften, welche auf einer Liste ständen, dann wären diese Vorschriften unzulässig. Es könne sich lediglich darum handeln, ob die Lustbarkeit einem „nach Zahl, Art und Individualität unbestimmten Personenkreis“ zugänglich gewesen sei. Wäre das der Fall, dann wäre die Lustbarkeit eine öffentliche gewesen. Im anderen Falle nicht. In der Richtung sei die Sache nochmals nachzuprüfen. Und subjektiv würde der angeklagte Gastwirt nur strafbar sein, wenn er wirklich angenommen habe, daß die Lustbarkeit einem unbeschränkten Personenkreis zugänglich gewesen sei, und wenn er sie trotzdem weiter dulde, oder wenn die Nichtwahrnehmung eines strafbaren Tatbestandes auf Fahrlässigkeit beruhe.

#### Ein Opfer unseres Strafsystems.

Als ein vorübergehendes Opfer unseres Strafsystems präsentierte sich der Schlosser Josef Effer vor dem Schwurgericht zu M. Gladbach, vor dem er sich wegen verschiedener räuberischer Diebstähle zu verantworten hatte. Der Angeklagte hatte sich in verschiedenen

Orten in Goldwäschereien betrogen und es immer so einzuwickeln verstanden, daß die Geschäftsinhaber abwesend waren. Von der Frau oder der Tochter der Inhaber ließ er sich nun Schmuckstücken vorlegen, suchte sich einige ihm passende erscheinende Sachen heraus, steckte sie ein, zog dann einen Revolver aus der Tasche, den er den erschrockenen Frauen unter Drohungen unter die Nase hielt und entfernte sich dann schleunigst. Diese an Raub grenzenden Diebstähle führten bald zu seiner Verhaftung. Er gab die Straftaten ohne weiteres zu und entschuldigte sie mit seiner großen Notlage. Er sei aus dem Gefängnis mit wenigem Gelde entlassen worden, das er zur Beschaffung von Kleidungsstücken benutzte. Auch seine Schuhe seien schlecht gewesen. Der Verein zur Unterstützung entlassener Gefangener habe ihm seine Arbeit verschaffen können, er sei ohne Verwandte, von aller Welt verlassen und verstoßen. Um nicht Hunger zu sterben, habe er stehlen müssen, denn zu betteln schäme er sich. Als der Vorsitzende ihm vorhielt, daß er sich, um seinen Hunger zu stillen, mit ein oder zwei Diebstählen hätte begnügen können, erwiderte der Angeklagte, für die Sachen, die er gestohlen habe, bekomme er in den Herbergen nicht viel, er habe daher immer wieder stehlen müssen. Die Geschworenen bejahten sämtliche ihnen vorgelegten Schuldfragen und verurteilten dem Angeklagten mildeeren Umstände. Das Gericht verurteilte ihn darauf zu acht Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust, erkannte auch auf Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ein mißglückter Landfriedensbruchprozeß. Vor der Strafkammer des Landgerichts Mülhausen i. E. standen am Sonnabend unter der Anklage des Landfriedensbruchs und der Körperverletzung, begangen im Januar d. J. während des Holzarbeiterstreiks, der Schreiner Alfred Barbuzzi, die Maschinenarbeiter Franz Flaig und Wilhelm Größ, die Schreiner Josef Ripper und Emil Weckle und der Wirt L. Weingorn. Es wurden gegen 30 Zeugen vernommen. Die Verhandlung endigte damit, daß der Maschinenarbeiter Flaig, der erheblich vorbestraft ist, unter Berufung auf diese Vorstrafen wegen Körperverletzung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, und der Wirt L. Weingorn, ebenfalls wegen Körperverletzung, zu einem Monat. Wegen Landfriedensbruchs erfolgte in allen Fällen Freisprechung. Weingorn hat Revision eingelegt.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, oben vier Treppen — 8 Uhr abends —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Enchiridion und eine Zeile als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. D. 12. 1. Der Reichstag hat dahin zielende Resolutionen wiederholt angenommen. Die Regierung verhält sich ablehnend. 2. Fedals nicht vorauszuheben. — W. G. 9. 1. u. 2. Ausschüttele, da gesetzlich nicht zulässig. 3. An die Schöneberger Stadtkorrespondentenversammlung. — G. S. 12. Nach dem vorjährigen. — M. P. 100. Ein Testament ist erforderlich. — Schilling, Reim. — M. T. Reim. M. G. 50. Lesen Sie den Artikel „Steuerfragen“ in der Nummer des „Vorbilds“ vom 19. d. Mts. — M. R. 85. Sie können, wenn der Schuldner Akzeptant des Bescheides ist, aus dem Bescheide, andernfalls aus dem Darlehensverhältnis klagen. — G. T. 111. Leider nicht. — M. 15. Ja. — Ufer 37. 1. u. 5. Reim. 2. Wegen des nachweisbaren Schadens ja. 3. Reim, aber sich auf Zeugen, eventuell auch auf Sachverständige beziehen. 4. Ja. — G. P. 13. 1. u. 2. Ja. 3. Ja, da wahrscheinlich im Niederschlag vorgelesen, sonst der Wirt. — P. R. 26. 1. Reim, falls der Bank Remittent des Sachverhalts nachgewiesen werden kann. 2. Der Kontokorrentmaler kann abdam in Interpension. 3. An die Bank. — S. Bernau. 1. Eine Frist bestimmt das Gesetz nicht; erinnern Sie. 2. Das Verlangen ist unseres Erachtens unbegründet und eine Klage aussichtslos. Einen Rechtsanwalt bestimmen wir nicht. — Genosse Wilmersdorf. 1. Ja. 2. Antrag bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission. Die Grundbesitz Nr. 63 Einkommensteuergesetz.

**Orts-Krankenkasse**  
**Brig.**  
Mittwoch, den 5. April,  
abends 8 1/2 Uhr, findet die  
Ordentliche

**General-Versammlung**  
der Vertreter der Arbeitgeber und  
Arbeitnehmer in dem Restaurant  
**A. Haddatz, Chausseestr. 39, 1. St.**  
Tagesordnung:  
1. Beschlußfassung über die Annahme  
der Rechnung des Vorjahres. 2. Ergänzungswahl für zwei Vorstands-  
mitglieder der Arbeitnehmer. 3. Ver-  
schiedenheit. 972/16  
**Der Kassen-Vorstand.**  
Behrood, Vorsitzender.

**Wichtig für Händler!** Bei den  
teueren Getränkepreisen ist es von  
allgemeinem Interesse, daß viele  
Tausende Familien sich um 6 Pf.  
das Liter einen gesunden Apfel-  
wein-Ersatz aus reinem  
Mostextrakt herstellen. Groß-  
hältlich in Drog. u. Kolonialwaren.

**Stoffe**  
für Anzüge, Paletots, Kostüme re.  
schon einkaufen, heißt Geld sparen!  
Zuschlager Koch & Seeland G.m.b.H.  
Gertraudenstr. 20-21

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, direkt am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Möbel billig**  
10-20 Proz. teilweise unter  
Verkaufspreis.  
**Moderne bürgerliche Möbel.**  
**Wilhelm Hamann**  
Berlin N. 58.  
42 Schönhauser Allee 42

**Spezial-Einrichtungen**  
500-800 M.

**Schultheiß**  
Charlotten-Strasse 8  
(am Berliner Theater)  
Inß. Franz Schirm  
empfiehlt guten Wittagstisch,  
Sitzungszimmer bis 100 Pers.  
Regelbahnen. 9715

**Kufeké**  
-Kinder-  
nahrung  
-Kranken-  
kost.  
Hervorragend bewährte  
Nahrung.  
Die Kinder gedeihen  
vorzüglich dabei  
u. leiden nicht an  
Verdauungsstörung.

**SINGER ORIGINAL SINGER**  
"66"  
die neueste  
u. vollkommenste  
Nähmaschine.  
Nähmaschinen  
sind durch unsere  
sämtlichen Läden  
zu beziehen.

**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin, Leipziger Str. 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Wo?** ist der schönste Ausflugsort?  
Immer noch **Pichelswerder**,  
an der neuen **Heerstraße** beim **Alten Freund**.

**Kronleuchter**  
kaufen Sie reell und billig  
auf Kredit b. klein. Raten  
in der 161/1\*  
**Lampen-Fabrik**  
**Albert Pöschl, Berlin**  
Gitschinerstr. 15, a. Hallesch. Tor  
Auswahl über 3000 Kronen,  
Ampeln, Lampen etc.

**Achtung!!**  
**Borneo-Deckblatt**  
zweite Länge, Vollblatt, hell,  
hochf. Brand, mit 1 1/2 Pf. Deckrad,  
per Pfund M. 4.20, 5.00 u. 6.00.  
**Hamburger Rohrtabak-Haus,**  
Filiale: Berlin N.  
**Brunnen-Strasse 25.**  
295/4\*

**Verleih-Institut:**  
Friedrichstr. 115/1, a. Oranb.  
Tor. Weg. Frad, Gebrod  
1.50, Hofe 1.00, Weste 50Bf.

Soeben erschien in 6. Auflage:  
**Die HEILUNG DER SYPHILIS** durch  
**ENRICH-NATA 606.** Wicht. Auf-  
klärungsbuch für Gesunde und  
Kranke v. d. bek. Arzt u. Hoch-  
schuldoz. Dr. H. Zikel. Für M. 2,-  
franko durch d. Medizin. Verlag  
E. Schweizer & Co., Berlin NW. 87a.

**Glatt und blank**  
roll. Sie Ihre Wäsche  
mit meinen Lanaj. be-  
kannt u. bewährten  
„Prinzeß“-Wäsche-  
mangeln. Sehr prakt.  
u. bequem. Best G.  
rante f. Dauerhaftig-  
keit u. Leicht. Zild-  
mangeln v. W. 19 an  
Bestellmangel wie

**Abbitz. M. 35.** Preisliste gratis.  
**Rudolf Knapke, Berlin, Seydelstr. 7/8**  
am Spittelmarkt.  
Wasch- u. Wringmaschinen sehr billig.  
**Sargmagen**  
von J. Schumacher, Steinemünder  
Straße 120.

**Stoppdecken**  
in sauberster Ausführung  
empfehlen sich am besten zu  
kaufen nur direkt b. Fabrik  
**Bernhard Strohmandel,**  
Berlin, Wallstr. 72.  
Reparaturen u. Umarbeitungen billigst.  
Jahreszeiten Preisatolag grat. u. franco.

**Josefetti JUNO**  
BESTE 2 Pfg. CIGARETTE

**Kaiser's Malz-Kaffee** unübertroffen das Pfund nur 25 Pf.  
Zu haben in allen Filialen und Niederlagen von  
**Kaiser's Kaffee-Geschäft, G. m. b. H.**  
Europas größter Kaffee-Rösterei-Betrieb.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wags, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Ein Extrazahlabend im 4. Wahlkreise

Ist zu heute abend anberaumt. Die bevorstehende Reichstagswahl im 4. Wahlkreise erfordert die Teilnahme aller organisierten Genossen und Genossinnen.

Zur Lokalliste!

In Südende T. B. steht uns das Lokal von Drebered zu allen Veranstaltungen zur Verfügung. In Datendorf b. Posen ist das Lokal von Georg Wichmann gespart. Das gleiche trifft zu in Cliestow mit dem Lokal von Piefeld. Wir machen Vereine und Ausflügler besonders darauf aufmerksam. Die Lokalkommission.

Vierter Kreis.

Wegen des Extra-Zahlabends bleibt die Bibliothek am Mittwoch, den 29. d. M., geschlossen. Nächste Bücherausgabe am 1. April d. J., abends 8-9 1/2 Uhr, bei Neumann, Behmestraße, Ecke Rotherstraße. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Osterblumen.

Die Bestrebungen zur Festlegung des Osterfestes auf ein bestimmtes Datum haben noch keinen Erfolg gehabt. Erst in der Mitte des April werden die Osterglocken in diesem Jahre läuten. Nun ist zwar auch in der freien Natur das Osterfest, wenn man die Befreiung von winterlichen Banden so nennen will, nicht festgelegt und jenen Schwankungen unterworfen, wie sie die allgemeine Wetterlage mit sich bringt. Aber im allgemeinen treffen die Osterboten der Natur doch mit größerer Regelmäßigkeit ein als die kalendermäßigen Feiertage. Daher kommt es, daß wir in der Natur bereits Ostern haben, obwohl wir noch einige Wochen nach dem Kalender darauf zu warten hätten. An allen Sträuchern ziehen vor allen anderen Blumen die ungewöhnlich leuchtenden gelben Büsche der Narzissen, im Volke vielfach Osterblumen genannt, die Blüte auf sich. Gern nimmt man sich für ein Nadelstück einen Bund nach Hause, denn die Blume ist im Glase Wasser recht ausdauernd. Aus einem sechsstrahligen gelben Stern erhebt sich in der Mitte eine ebenso gefärbte glockenförmige Lüte, die der Botaniker als Nebentrone bezeichnet. In dieser Röhre erblüht man Staudenpflanzen und Stempel. Die Insekten, die den Nektar am Grunde der Blüte ergattern wollen, müssen wohl oder übel in die Röhre kriechen und diese ist eng genug, um zu bewirken, daß die Insekten sich bei ihrem Herumtrabbeln von oben bis unten und von vorn bis hinten mit Blütenstaub einpudern. Indem sie so von Blüte zu Blüte fliegen, besorgen sie die geheimen Absichten der Natur, die die Insekten als Kostgänger der Blumen bewirkt und für diese gute Bezahlung von ihnen dafür die Verbreitung des Blütenstaubes erlangt. Feinlich ist diese Blume leider nicht im märkischen Sande, aber schon auf den Bergwiesen des mittleren und mehr noch des südlichen Europas leuchtet sie überall den Frühling ein.

Eine andere Frühlingsblume ist die Tulpe, die ebenfalls im Süden heimisch ist. Das gleiche gilt für die Crocusarten, die bei uns viel in Gärten und aus Knollen in Schalen im Zimmer gezogen werden. Gelbe, violette und weiße Arten stammen aus Südeuropa und dem Kaukasusgebirge. Der weiße Frühlingscrocus wächst in den Alpen, an den Rändern des ewigen Schnees und tritt gleich nach der Schneeschmelze an seinen Standorten in Menge auf. Es ist ein überraschender Anblick, unmittelbar an den Rändern von Schneefeldern weißblühende Crocusfelder zu erblicken und sich dabei wieder bewußt zu werden, daß die Blumen, die an solchen Stellen wachsen, nicht gerade für das Auge des Menschen entstanden sein können.

Begnügen wir uns mit den Reizen des herben norddeutschen Frühling. Sie drängen sich nicht auf, sie müssen gesucht werden, aber jeder Hund erfrucht uns so mehr. In den Kiefernwäldern prangt noch keine Blume, und die Mischwälder, in denen jetzt die blauen und weißen Anemonen blühen, sind nicht so bequem zu erreichen, wie der Grunewald. So muß der Großstädter sich notgedrungen an seine Straßendäume halten, deren Knospen sich immer dicker gegen den Himmel abzeichnen, an seine kleinen Vor- und Hintergärten, wo die Stachelbeersträucher schon ganz grün geworden sind und an ähnliche Vorposten, die der Frühling ihm in die Stadt hineinschickt, bis er endlich sich aufrafft und ihm am freien Sonntag in Wald und Feld entgegen wandert.

Gegen die Lustbarkeitssteuer

wird angeführt der bevorstehenden Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung heftig Sturm gelaufen. Der Generalintendant der königlichen Schauspiele Graf v. Hülßen hat auf eine Anfrage des Vorsitzenden des Verbandes Berliner Bühnenleiter Direktor Dr. Brahm sich in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Bühnenvereins wie folgt brieflich geäußert:

Die von der Stadt geplante Lustbarkeitssteuer schädigt alle beteiligten Bühnenleiter. Gerade in Berlin haben die Theaterverhältnisse der letzten Zeit sich dahin zugespitzt, daß die von den Direktoren zu tragenden Lasten ständig anwachsen, ohne daß eine entsprechende Vermehrung der Einnahmen stattfindet. Es ist zu befürchten, daß die neue Steuer den Zusammenbruch einzelner Bühnen zur Folge haben wird. Aber auch die anderen Bühnen müssen eine schwere Einbuße dadurch erleiden, daß die Bedienung der neuen Ausgabe nur durch solche Maßnahmen möglich ist, welche künstlerische oder wirtschaftliche Schäden bedingen. Eine Abwälzung der Steuer auf das Publikum ist nach meinem Dafürhalten nicht allgemein durchführbar. Insofern sie zum Teil gelingen sollte, ergibt sich daraus die notwendige Folge einer Steigerung der Eintrittspreise zum Theater. Es ist aber eine berechtigende Klage, daß diese Preise ohnehin für einen großen Teil der Bevölkerung, der ein lebhaftes Bedürfnis nach Bildung durch die Kunst hat, zu hoch sind. Mag man sich aber auch auf den Standpunkt stellen, daß ein Teil der Eintrittspreise noch gesteigert werden kann, so läßt es sich doch auf keinen Fall von der Hand weisen, daß dadurch gerade solchen Schichten der Bevölkerung, deren Teilnahme an Kunstleben zu wünschen ist, der Zugang zu den theatralischen Darbietungen wesentlich und zum Schaden der Kunst selbst erschwert werden wird.

Ich weiß nun sehr wohl, daß man den Bühnenleitern den Ausweg empfiehlt, die neue Steuer durch Kürzungen an ihren Etats einzubringen. Ihnen, mein verehrter Herr Direktor, als dem Sachmann, brauche ich keine längere Auseinandersetzung nach der Richtung zu machen, daß die einzige Kürzung, die

auf die Dauer in Frage kommen wird und die nachhaltig zu wirken vermag, die Kürzung des Gagenetats sein würde. Eine solche wäre aber im Interesse der Bühnenmitglieder auf das äußerste zu beklagen. Wer da glaubt, daß die Gagen der allerersten Kräfte unbeschadet derartig verringert werden könnten, daß hierdurch die Lustbarkeitssteuer gezahlt wird, hat keine Kenntnis von den wahren Zuständen des Theaterbetriebes. Die Einnahmen der in mittlerer Lage und der gering bezahlten Bühnenglieder sind aber so bemessen, daß ihre Herabsetzung ein schweres Unrecht gegen den Stand der Künstler sein würde.

Ueber die Unbeliebtheit der Steuer, an die das Publikum täglich erinnert werden wird, und über alle daraus abzuleitenden Konsequenzen möchte ich mich lieber nicht äußern.

Auch der Zentralausschuß Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat erneut zu der Magistratsvorlage Stellung genommen und erklärt:

„Der Zentralausschuß hält es für undenkbar, daß, nachdem nicht nur die beteiligten Interessenten, sondern auch sämtliche Handelsvertretungen, die gesamte Presse und die erdrückende Mehrheit der Berliner Bürgerschaft ihren Unwillen und ihren Protest gegen diese Steuer bekundet haben, diese Steuer zur Annahme gelangt. Er richtet in letzter Stunde an die Stadtverordnetenversammlung die eindringliche Bitte, im wohlverstandenen Interesse der Berliner Bürgerschaft und weiter Kreise des Berliner Gewerbes die Vorlage abzulehnen.“

In der Dienstagsnummer bringt der „Börsen-Courier“ einen Leitartikel, in welchem gegen die Lustbarkeitssteuer Front gemacht und die Ablehnung dieser Sondersteuer gefordert wird.

Unsere Kommunalratsmitglieder im Roten Hause, die für die Steuer sind, mag diese Stimmung in weiten Kreisen der Berliner Bevölkerung manche Kopfschmerzen machen, zumal sie am letzten Donnerstag den vorausschätzlichen Betrag der Lustbarkeitssteuer bereits als Einnahme in den Etat eingestellt haben.

Die Geschäftserledigung auf dem Polizeipräsidium erscheint durch zwei uns vorliegende Schriftstücke in einem recht eigentümlichen Lichte. Ein in Rixdorf wohnender Arbeiter J. wandte sich im September vorigen Jahres an das Berliner Polizeipräsidium mit dem Antrag um Erteilung der Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen. Unten 23. Oktober erhielt der Antragsteller vom Polizeipräsidium im Hinblick auf einige Verstrafungen einen ablehnenden Bescheid. Im März, also fünf Monate nach der ablehnenden Antwort, erhielt J. ein neues Schreiben — datiert vom 9. März 1911 —, in dem er ersucht wird, daß mit dem Antrag auf Erteilung eines Führerscheines als Kraftwagenführer eingereichte ärztliche Gutachten des Kreisarztes mit 3 Mark zu verstopfen und dann das Gutachten wieder zurückzusenden. Für 3. Lag natürlich kein Grund mehr vor, diesem Ersuchen nachzukommen, da er ja bereits seit fünf Monaten die Ablehnung seines Antrages vom Polizeipräsidium in den Händen hatte. Auffallen muß es nur, wie das Polizeipräsidium dazu kam, im März 1911 die Verstopfung des Gutachtens zu verlangen, nachdem der Antrag des Antragstellers im Oktober bereits seine Erledigung gefunden hatte, und das doch gar keinen Wert mehr für den Antrag hatte. Im übrigen möchten wir bemerken, daß das Polizeipräsidium in seinem Verlangen nach Verstopfung des ärztlichen Gutachtens sich zwar auf Entscheidungen des Finanzministers stützt, daß aber diese Entscheidungen mit dem Befehle nicht in Einklang stehen, was bereits auch durch ein Urteil des Landgerichts in Köln festgestellt ist.

Die Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter werden in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag endlich zur Verhandlung kommen, da in dieser Sitzung der Ausschußbericht erstattet wird. Außerdem stehen noch eine Reihe anderer wichtiger Punkte auf der Tagesordnung, unter denen auch die Lustbarkeitssteuer sich befindet. Es wird von dem Umfange der Debatte über die Arbeiterfragen abhängen, ob die Lustbarkeitssteuerfrage noch zur Verhandlung und Erledigung kommen kann.

Reichsbank und Gemeindesteuern. Vor dem Bezirksausschuß zu Berlin wurde heute über die Frage verhandelt, ob die Gewinnanteile des Reiches an dem Reineinkommen der Reichsbank der Gemeindefiskus unterliegen oder nicht. Die Reichsbank, welche die Ansicht vertritt, daß diese Gewinnanteile vom Reineinkommen abzuziehen seien, beantragte die Ermäßigung des Steuerfußes um mehr als 300 000 M. Der Magistrat von Berlin bestritt die Abzugsfähigkeit. Die Klage der Reichsbank wurde vom Bezirksausschuß abgewiesen.

Eltern schwachbrennender, seelisch eigentümlicher oder schwer erwerbsfähig werdender junger Mädchen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die städtische Fortbildungsschule für Schwachbrennende, Brunnenstr. 186, 2. Hof, Schulhaus, am 1. April das Sommerhalbjahr beginnt. Die Mädchen erhalten Unterricht in Deutsch, Rechnen, Hauswirtschaft, weiblicher Handarbeit, Gesang und Turnen. Fast sämtliche der zu Ostern abgehenden Schülerinnen werden eine leichte Arbeitsstelle übernehmen oder sich im eigenen Haushalte mit gutem Erfolge nützlich betätigen können. Anmeldungen werden Dienstags und Freitags von 5 bis 6 Uhr angenommen.

In den Kassenräumen der Ortskrankenkasse der Gutmacher, Gollnowstraße 40, haben in vergangener Nacht Eindrehler wie die Bandalen gehaust. Nachdem sie die mit starkem Eisenblech beschlagene und mit Sicherheitsbeschloß versehenen äußere Tür mittelst Stenmeißel aufgesprengt hatten, verjagten sie den großen Gelächran im Kassenlokal sowie den in den hinteren Räumen stehenden keinen Gelächran aufzubrechen. Beide Schränke widerstanden jedoch allen Anbohrungsversuchen auf beste. Nunmehr ließen sie ihre Mut an die Kulte der Beamten aus, welche sämtlich erbrochen wurden, ohne jedoch bares Geld zu erbeuten. Nur an den für Kassenmitglieder abzugebenden Vorräten an Malzextrakt taten sie sich gütlich und nahmen außerdem 23 große und kleine Flaschen mit.

Die „Jellerhaus-Zeitung“. In der Notiz hierüber in Nr. 63 des „Vorwärts“ schreibt uns die Verwaltung des Jellerhauses erst jetzt, daß es sich nicht um eine Tages- oder Wochenzeitung handelt, sondern um ein monatlich einmal veranschaulicht erscheinendes Blättchen, das in erster Linie bestimmt sei, die Beratungen der Mütterkonferenzen des Jellerhauses wiederzugeben. Die Kosten des Blättchens würden von dritter Seite gedeckt, dem Jellerhaus und seinen Pöglern würde also hierdurch nichts entzogen. Auch liege der Verwaltung des Jellerhauses und den Leitern der Mütterkonferenzen jeder Personalkultus völlig fern. Dazu ist zu bemerken, daß wir, wie auch schon in obiger Notiz angeben, dem Prinzip der Rettung von Trinkerkindern nach wie vor Interesse entgegenbringen, und aber mit der Art, wie diese Rettungsarbeit mit den periodisch im Berliner Rathaus abgehaltenen Mütterkonferenzen des Jellerhauses verknüpft wird, nicht recht besondern können. Seitdem das Jellerhaus endlich im Rettungshafen hochgestellter Protokollen gelandet ist, hat es ein wesentlich anderes Gesicht angenommen. Das ist ja der bekannte

Werdengang aller dieser Institutionen, die zunächst bei der Plutokratie keine offene Tür finden und sich erst über die Empfehlung der Arbeiterpresse hinweg, die man nachher gar zu gern verleugnet, zu einiger Bedeutung entwickeln.

Eine teure Nacht. An eine gefährliche Bebedame geriet der Fabrikant F. aus der Liebmännstraße. Am Oranienburger Tor machte F. die Bekanntheit eines hübschen jungen Mädchens, das kaum zwanzig Jahre alt war. Die Holbe erzählte ihm, sie sei Empfangsdame bei einem bekannten Berliner Zahnarzt, und da sie heute frei habe, wolle sie sich einmal tüchtig amüsieren. F. glaubte auch den Schwindel, und er unternahm mit der Schönen eine ausgedehnte Bierreise. Später folgte ihm die angebliche Empfangsdame, die auch eine falsche Adresse angab, in die Wohnung, und als F. morgens erwachte, war sie spurlos verschwunden. Aber es sollte noch andere Ueberraschungen für ihn geben. Mit der Begleiterin waren auch seine sämtlichen Brillantringe, die einen Wert von über tausend Mark haben, verschwunden. Ferner hatte die Person das Portemonnaie mit annähernd hundert Mark und die Taschenuhr des F. mitgehen lassen. Die Diebin ist eine ihrer raffinierten Halbweltbuden, die es sich zur Aufgabe machen, ihre Opfer nach Möglichkeit zu bestehlen. Die Räuberin hat bereits eine ganze Reihe ähnlicher Taten verübt. Die Kriminalpolizei interessiert sich infolgedessen recht lebhaft für sie.

Der Frauenmord in der Bohnenstraße. An der Aufklärung des Frauenmordes in der Bohnenstraße arbeitet die Berliner Kriminalpolizei im stillen weiter, doch konnten bis jetzt handgreifliche Spuren noch immer nicht gefunden werden. Neuerdings wurden zwar zwei Eistierungen vorgenommen, aber nach dem augenblicklichen Stand der Untersuchung hat es den Anschein, als ob die Eistierungen nicht aufrechterhalten werden können, da sich bisher nichts Belastendes ergeben hat. Die Eistierten sind zwei junge Leute im Alter von 19 und 20 Jahren. Der eine von ihnen wohnt im Hause Bohnenstraße 14, wo auch die Behausung der ermordeten Frau Schramm lag; der andere wohnt im Hause Bohnenstraße 18. Beide wurden nach dem Polizeipräsidium geschafft und eingehend verhört. Hierbei machten sie sich dadurch verdächtig, daß sie sich in Widersprüche verwickelten. Nach den polizeilichen Feststellungen ist die Ermordete, wie berichtet, in der Nacht vom 27. auf den 28. März d. J. im Hof des Grundstückes Bohnenstraße 14 gegangen. Diese Männer sind von einem Ehepaar, das in demselben Hause wohnt, vor der Haustür angetroffen worden, und später sah eine andere Hausbewohnerin die beiden jungen Leute auf dem Hofe an einigen Stufen, die für eine Gartenanlage benutzt werden sollten, stehen. Der eine trug einen grauen Ullster und der zweite eine dunkelblaue Mütze. Die Eistierten sollen nun jene beiden Männer sein. Nach längerem Zeugnissen gaben sie zu, in der fraglichen Zeit vor der Tür gestanden zu haben, doch wollen sie mit dem Verbrechen in keinerlei Verbindung stehen. Ihre anfänglichen Zeugnisse erklären sie damit, daß sie Angst hatten, in die Untersuchung verwickelt zu werden. Eine Durchsuchung ihrer Wohnungen förderte nichts zutage, was sie belasten könnte.

Im Untersuchungsgefängnis erhängt hat sich der 50 Jahre alte Kesselpfuder Wilhelm Marten aus der Driesener Str. 27, der wegen verachteten Mordes verhaftet worden war. Marten hatte sich, wie wir damals berichteten, aus Eifersucht von seiner Geliebten, einer 36 Jahre alten Arbeiterin Marie Ketter, getrennt, lauerie ihr, als sie seine Wiederannäherungsversuche zurückwies, am 1. dieses Monats auf dem Wege von der Wohnung nach dem Ringbahnhof an der Schönhauser Allee morgens früh an der Ecke der Driesener- und Dänischenstraße auf und stieß ihr, als sie ihn wieder abwies, sein Messer zweimal in den Rücken und dann noch einmal in die Stirn. Er wurde noch am Abend desselben Tages in einer Schankwirtschaft in Pogrow festgenommen und behauptete, er habe der Frau „nur“ ein Auge ausstechen wollen, um sie häßlich zu machen. Frau Ketter ist im Birkow-Krankenhaus vollständig wieder hergestellt worden und hat die Anstalt bereits verlassen.

Aus dem Fenster gekürzt hat sich gestern abend gegen 8 Uhr die Frau des in der Dömitz 4 wohnhaften Nachtwächters Krause. Der Sturz, der aus der dritten Etage auf den Hof erfolgte, führte den sofortigen Tod herbei. Die Tat soll in einem plötzlichen Anfall von Schremlut ausgeführt worden sein.

Die gestohlene Amtskette. Necht unliebsame Eindrehler haben in der Nacht vom Montag zum Dienstag dem Bezirksvorsteher Wilhelm Blankenburg, Rankstr. 42, eine Visite abgestattet. Mittels Nachschlüssels verschafften sich die Diebe Einlaß in die Wohnung des Vorstehers, und sie durchsuchten sämtliche Räume nach Geld und Wertgegenständen. Alle Behälter rissen sie auf und durchwühlten sie von oben bis unten. Die dreisten Burschen erbeuteten eine Geldsumme von 50 M., sowie die Amtskette des Vorstehers. Der Besondere ist jetzt bemüht, die silberne Kette wieder in seinem Besitz zu bekommen.

Die Spur im Wasser. Ein Automobil Diebstahl, der am 4. Januar verübt wurde, beschäftigt nach wie vor die Kriminalpolizei. An jenem Tage hielt ein Wagenführer des Kraftwagenbesizers Reich aus der Driesenburger Straße 1 zu Schöneberg mit einer Opel-Droschke am Oranienburger Tor und legte einen Augenblick bei einem Gastwirt ein, um sich zu stärken. Als er zurückkehrte, war sein Wagen verschwunden. Niemand hatte gesehen, wer mit ihm davongefahren war. Alle Nachforschungen nach dem Auto blieben erfolglos. Erst jetzt hat durch einen Zufall ein Schiffer eine Spur von ihm gefunden, und zwar im Spanbauer Schiffahrtskanal. Der Mann stieß dort mit einem Bootstohlen auf den Grund. Als er ihn wieder herauszog, hing an dem Haken ein Saal, in dem er dann die Zigarettenruhr, den Schlauch, die Augen und den metallenen Namenszug „Opel“ von dem gestohlenen Wagen fand. Die Kraftdroschke ist ohne Zweifel auseinander genommen worden. Das Gestell hat einen neuen Aufbau erhalten und der gestohlene Wagen läuft jetzt unter neuer Flagge wieder im Verkehr. Leider hat der Schiffer den Saal wieder ins Wasser geworfen, weil er stark verflammt war. Es war ein kleiner Yemtschad. Vielleicht hätte man an ihm einen Anhalt für weitere Nachforschungen gefunden.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt die Kriminalpolizei. Auf dem Müllabladepark an der Reuseltstraße wurde die Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden. Bisher konnte nur festgestellt werden, daß sie in einem der Müllkisten gelegen hat, die vom Hofsteiner Ufer stammen. Die kleine Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Nachforschungen nach der Mutter des Kindes wurden von der Kriminalpolizei alsbald eingeleitet.

In dem großen Geldschrankbruch, der in der Nacht zum Montag voriger Woche bei Jacob u. Valentin in der Holzmarktstraße 63 verübt wurde, wird mitgeteilt, daß weder von den Tätern noch von dem Verbleib ihrer Leute bisher auch nur eine Spur gefunden ist. Nach den genaueren Feststellungen fielen den Dieben 14 469 Mark in deutschem Papiergeld, Gold und Silber, über 11 Pfund Sterling in englischem Geld, 450 Pfund in schweizerischer Münze, für 2400 Mark Coupons 3 1/2-prozentiger preussischer Staatsanleihen, für 201 Mark 65 Pfennig Orieinmarer, staatliche Marken zu 5 Pfennig und Frachtbriefstempelmarken zu 10 Pf. in die Hände. Der Verbleib der Diebe ist noch unbekannt, jede Reihe zu 97 Stück. Das Geld ist mit einem ungewöhnlich großen Sahbir besetzt, den Diebstahl umgeben. Dazu kommen noch ein antikes silbernes Kollier, dessen Silberwert allein 3000 M. beträgt, und eine kleine Brosche, die aus einem länglichen, von Brillanten umgebenen Opal besteht. Das Kollier ist aus etwa acht Löwenköpfen zusammengesetzt, die jeder eine birnenförmige Perle

tragen und einen Ring im Maul halten. Zwischen den Köpfen befinden sich Rabbinen.

Mehrere Stürze ereigneten sich beim Sechslagerrennen. Trend und v. Nahmer stürzten und brachen sich das Schlüsselbein. Beide mussten infolge dessen endgültig aufgeben.

Der Zoologische Garten hat seine schon aus mehreren Hundert verschiedenen Arten bestehende Sammlung ausländischer Kleinvögel jetzt noch um ein Paar allerdings noch nicht in Farbe befindlicher Papua-Paradiesvögel und um einen eigenartig schönen, schwarz-schwarzen Sechsfeder-Paradiesvogel aus Neu-Guinea vergrößern können. Während die erstere Art, deren Männchen die bekannten goldgelben Schwanzfederbüschel erhält, schon früher, wenn auch sehr selten, lebend hier eingeführt worden ist, bedeutet der Sechsfeder-Paradiesvogel, der seinen Namen nach je drei langen, dünnen, nur am Ende befiederten Federtielen in der Ohrgegend erhalten hat, eine vollkommen neue Erscheinung auf dem Tiermarkt. In einem der mittleren Glasfächer des großen Vogelhauses ist diese merkwürdige Paradiesvogelart zum ersten Mal zu sehen.

## Vorort-Nachrichten.

### Richtenberg.

In einer Dauerstimmung, die sich bis kurz vor 1 Uhr nachts hinzog, wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung der gesamte Etat durchgeprüft. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde die Dringlichkeit einer Petition der Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung anerkannt, welche die Aufhebung der der Firma Andewig u. Wätter erteilten Konzession zur Errichtung eines Schlachthofes auf dem Grundstück Herzbergstr. 21 fordert. Zur Begründung betonte Genosse Grauer, daß zweifellos der üble Geruch, der mit einer solchen Schlachthausanlage verbunden ist, zur größten Belästigung und auch Gesundheitsschädigung der Anwohner jener Gegend führen müßte. Insbesondere trifft dies aber für die Mieter der vom Konsumverein in der Ritterstraße erbauten Häuser zu. In der Debatte betont Bürgermeister Ziechen, daß der Magistrat mit der Sache gar nichts zu tun habe, da ja lediglich der Stadtschulz hierfür in Frage komme. Er wurde daraufhin von allen Rednern auf die Tatsache hingewiesen, daß doch der Stadtschulz aus Magistratsmitgliedern gebildet sei und es darum auch die Pflicht der betreffenden Herren sei, bei allen ihren Beschlüssen das Interesse der Bürgerschaft im Auge zu behalten. Genosse Brühl wies noch auf die Widersprüche hin, welche sich für die Anwohner des Berliner Zentralviehhofes ergeben haben und ersuchte ebenfalls, die Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen, was alsdann auch die Versammlung beschloß. — Für den 21. Bezirk, umfassend Trabe-, Ober- und Weiserstraße, wird Herr Lehrer F. Schmidt, Scharnweberstr. 52, als Armenkommissar gewählt. — Eine Vorlage des Magistrats erregt um die Anstellung zweier Hilfslehrerinnen an der höheren Mädchenschule. In der Begründung wies Direktor Kluth auch darauf hin, daß erhaltungsgemäß bei einer größeren Schülerzahl in einer Klasse viel mehr Kinder ihr Pensum nicht erreichen. So habe er beispielsweise festgestellt, daß in einer Klasse mit 48 Schülerinnen 7 sitzen geblieben sind, während beim Unterricht von 30 Kindern nur 1 Kind nicht verfehlt wurde. Unsere Genossen Brühl und Grauer zogen nunmehr eine Parallele zwischen der Volksschule und der höheren, indem sie darauf hinwiesen, daß man in der Volksschule noch teilweise 70 und mehr Kinder in einer Klasse unterrichte. Weiter wurde von unseren Rednern darauf hingewiesen, daß auch finanziell die Stadt in ihren Zuwendungen an die Schüler einen großen Unterschied mache, indem man nämlich für einen höheren Schüler durchschnittlich 181 Mk. und für einen Volksschüler nur 87 Mk. Zuzuschuß leiste. — Alsdann wurde in die Stadtkommission eingetreten. Am liebsten hätten die Bürgerlichen ohne weiteres über den gesamten Etat en bloc abgestimmt, da aber unsere Genossen sich dem energisch widersetzten, gestattete man gnädigst, in eine Generaldebatte einzutreten, um wenigstens noch einen hin den Schein einer „Beratung“ zu wahren. Unser Fraktionsredner Genosse Grauer legte entscheidenden Protest ein gegen das arbeiterfeindliche Vorgehen des Magistrats, welches sich u. a. darin zeigte, daß derselbe Beschlüsse der Stadtverordneten, soweit dieselben auf die Arbeitererschaft Bezug haben, gar nicht zur Ausführung bringe. Redner wies weiter darauf hin, wie notwendig es sei, bei Vergabung von Submissionsarbeiten darauf zu achten, daß die für das betreffende Gewerbe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgeschlossenen Tarife auch von den Submittenten eingehalten werden. So seien die Tischlerarbeiten bei den Neubau des Gymnasiums einer Firma in Henningsdorf bei Veltzen übertragen worden. Diefelbe habe besonderen Wert darauf gelegt, daß ihre Tischlerstellen nicht organisiert waren. Die Fensterflügel seien von den Balken einer auf Abriß gestellten Mühle zugeschnitten, so daß die neuen Fenster bei der Lieferung bereits wurmfressig und aufgerissen gewesen seien, wovon sich ein Nachmann, Genosse Hedert, selbst auf dem Bau überzeugt habe. Zum Schluß brachte Redner namens unserer Fraktion folgende Resolution ein: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, mit ihr in gemischter Kommission zu verhandeln über eine zu machende Vorlage, nach der die städtischen Körperchaften Richtenbergs den gesetzgebenden Instanzen Preußens das Verlangen unterbreiten:

1. An Stelle des bestehenden Dreiklassenwahlrechts das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu setzen,
2. das Wahlrecht auszudehnen auf alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Gemeindeglieder,
3. alle Privilegien oder Vorrechte bei Ausübung des passiven Wahlrechts zu beseitigen,
4. die Wandalldauer auf 3 Jahre zu beschränken,
5. das Einkammersystem in Stadt und Land einzuführen,
6. den gewählten Vertretern der Bürgerschaft Entschädigung in Form von Vätern oder Anwesenheitsgeldern zu zahlen.

Von den Bürgerlichen eröffnete Herr Schachtel den Reigen, indem er es als besonders glücklich hinstellte, daß die Mehrheit die Erhöhung des Kommunalsteuerzuschlages auf 110 Proz. abgelehnt habe; dabei entschlopfte ihm auch der wahre Grund der Ablehnung, er erklärte nämlich, „man kann doch nicht die Reichen auspoornen zugunsten der Armen“. Sein Nachfolger Herr Krüppgang allerdings wollte Herrn Schachtels Ausführungen lediglich als einen falschen Zungenflug hinstellen, da es den Herren peinlich war, daß ihr Führer mit dem wahren Grund der Ablehnung herausgerückt war. Zu unserer Resolution erklärte der „liberale“ Herr: „Wir Bürgerlichen haben nicht das Interesse wie Sie an allgemeinen und gleichen Wahlrecht und überdies ist eine solche Resolution nur eine leere Demonstration.“ Nachdem unsere Genossen Hedert, Grauer und Seidel die Einwände der Bürgerlichen, daß die von uns eingebrachten Anträge nur wegen Geldmangels abgelehnt würden, als leere Nebenartikeln gekennzeichnet hatten, stimmten die Bürgerlichen, einschließlich der sogenannten Liberalen, mit Ausnahme eines einzigen, gegen unsere Resolution. Kapitel I, Allgemeine Verwaltung, wurde mit Ausnahme der Zulage für den Stadtbaurat, über welche in geheimer Sitzung beraten wurde, mit den von der Staatskommission beschlossenen Änderungen angenommen. Unter anderem sollen die Beitragsgebühren am Gewerbe- und Kaufmannsgericht von 5 auf 8 Mk. pro Sitzung erhöht werden. Ein von unseren Genossen gestellter Antrag, die Versteigerungsgebühren auf 8 Mk. zu erhöhen, war bereits in der Staatskommission abgelehnt worden. — Bei Kapitel II, Baubewirtschaftung, wird wiederum auf unseren Antrag beschlossen, dem Arbeiterturnverein die Schulturnhallen zu überlassen. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Magistrat und die Schulverwaltung diesmal dem Beschluß der Stadtverordneten nachkommen wird.

Die Kapitel Fleischschauamt, Grundstücke und Gebäude, sowie Kapital- und Schuldenverwaltung werden ebenfalls angenommen.

Beim Kapitel Volksschulen wies Genosse Gräber auf die Einigung der Sitzung vom Direktor Kluth gemachten Feststellungen hin und beantragte, die außerordentlich hohe Klassenfrequenz der Volksschulen bezuschuligen, des Weiteren müßte die Zahl der Schulärzte vermehrt werden, da es jetzt unmöglich sei, im Laufe des Jahres wenigstens einmal sämtliche Kinder zu untersuchen. Herr Bürgermeister Ziechen sprach sich dafür aus, daß der Magistrat zu den geäußerten Wünschen Stellung nehmen werde. Ein Antrag, die Direktoren der Lehrpersonen der Berliner Säulen gleichzustellen, sowie den unterrichteten Lehrern dieselbe Mietschuldigung zu gewähren wie den verheirateten, wurde abgelehnt. Zum Kapitel Armenverwaltung beantragte Genosse Spiederemann für Speisung armer Schulkinder 2000 Mk. statt der vorgesehenen 1000 Mk. einzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt. Redner wies weiter darauf hin, wie notwendig es sei, Frauen zur Armen- und Waisenfürsorge heranzuziehen, allerdings sehr er voraus, daß es nicht nur Damen seien. Dieser Antrag wurde angenommen. Bemerkenswert war hierbei die Stellung der Bürgerlichen. In der Staatskommission war der Antrag auf Hinzuziehung der Frauen abgelehnt worden. Als nun im Plenum der Antrag unserer Genossen erneut gestellt wurde, sahen die bürgerlichen Herren erwartungsvoll nach Herrn Plonz. Dieser winkte ihnen denn auch ermunternd mit den Worten zu „das können wir ja annehmen“, dem Herr Kluth noch hinzufügte „das kostet ja nichts“ und daraufhin wurde der Antrag angenommen.

Beim Kapitel Parkverwaltung wies Genosse Brühl auf die überaus lange Arbeitszeit der Gärtnere hin und beantragte, dieselbe auf 9 Stunden festzusetzen. Der Antrag wurde abgelehnt. Tagesgenossen beantragte, wonach die Arbeitszeit an den Sonnabenden nur 9 Stunden betragen soll. — Beim Kapitel Steuerverwaltung beantragten unsere Genossen, die Biersteuer und Betriebssteuer sowie das Soll der fingierten Normalgröße der Einkommen von 600-900 Mk., welche mit 15 000 Mk. in den Etat eingeseht sind, zu streichen. Unsere Genossen Grauer und Vintke führten zur Begründung aus, wie ungerecht diese Steuern wirkten und wie insbesondere der fingierte Normallohn von 4 Mk. die allerärmsten Schichten der Bevölkerung treffe. Weiter sei es auch notwendig, eine Änderung im Rahmenverfahren zu treffen, da es in der jetzigen Handhabung oft gerabuz rigoros wirke. Alle unsere zum Kapitel Steuerverwaltung gestellten Anträge wurden jedoch abgelehnt. Der Kommunalsteuerzuschlag wurde wiederum auf 100 Proz. festgesetzt. Damit war die Stadtkommission beendet.

### Schöneberg.

In der Stadtverordnetenversammlung am Montag wurde der zum ersten Bürgermeister gewählte, bisher als Beigeordneter in Stralsburg tätige Alexander Dominicus vom Regierungspräsident v. d. Schulenburg in sein Amt eingeführt. Bürgermeister Blankenstein und der Stadtverordnetenvorsitzende begrüßten hierauf den Leiter des Gemeinwesens. Bürgermeister Dominicus betonte, daß er weder große Worte noch große Versprechen zu geben die Absicht habe, es komme lediglich darauf an, im Sinne des verstorbenen Oberbürgermeisters Wilde weiter zu wirken. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

### Eichwalde.

Bei der am Sonnabend stattgefundenen Gemeindevertreterwahl erhielt unser Kandidat der dritten Abteilung, Genosse Karl König, 68, der Gegenkandidat, Kollereibesther Franz Weutling, ebenfalls 68 Stimmen, und ein anderer bürgerlicher Kandidat eine Stimme. Da kein Kandidat die Mehrheit hatte, findet am Sonntag, den 2. April, vormittags von 8-9 1/2 Uhr, im Gemeindegemeinschaftsaal die Stichwahl statt. Genossen! Es muß eines jeden Ehrenpflicht sein, bei der Stichwahl unserem Kandidaten Karl König zum Sieg zu verhelfen. Nützt die kurze Frist bis zur Stichwahl aus, agitiert unablässig bei den uns noch fernstehenden Einwohnern. Denkt daran, daß es auf jede einzelne Stimme ankommt. Das Komitee.

### Groß-Dichterfeld.

#### Zur Gemeindegewahl!

Heute Mittwoch, den 29. März, findet im Westen die Wahl zur Gemeindegewahl statt.

Wahllokal: Wolffs Kasino, am Viktoriaplatz.

Wahlzeit: 2 bis 8 Uhr nachmittags.

Wir fordern die Arbeitererschaft in letzter Stunde nochmals auf, ihrer Pflicht eingedenk zu sein, ausnahmslos zur Wahl zu erscheinen und dem sozialdemokratischen Kandidaten Zeitungsexpedient Benzler ihre Stimme zu geben.

Die Parteigenossen in den umliegenden Orten, die mit Dichterfelder Arbeitern zusammenkommen, werden ersucht, diese auf die Wahl nochmals aufmerksam zu machen. Da nur zwei Kandidaten einander gegenüberstehen, fällt die Entscheidung im ersten Wahlgang; es muß daher alles ausgeboten werden, den Sieg unseres Kandidaten herbeizuführen.

Das Wahlbureau befindet sich bei S. Brotnicki, Ring, Ecke Holbeinstrasse.

Die Genossen werden ersucht, sich nachmittags von 2 Uhr ab im Wahlbureau zur Verfügung zu stellen.

### Friedrichshagen.

Aus der Gemeindegewahl. In geheimer Sitzung wurde zunächst den verheirateten Gemeindebeamten eine nach der vorhandenen Kinderzahl steigende Haushaltungszulage bewilligt. — Bei der dann folgenden Stadtkommission führten die Genossen Stephan und Sonnenburg Beschwerde über die Straßenbahnverwaltung, die wiederholt verschiedenen Arbeiterkategorien die Verfolgung von Arbeiterverordnungen verweigert hat. Bürgermeister Dr. Stiller sagte eine Untersuchung der Angelegenheit und eventuelle Abhilfe zu. Genosse Sonnenburg wünscht, daß, nachdem nun der Vertrag mit der Gasanstaltsbestreiterin rechtskräftig geworden, die Übergangsbedingungen öffentlich bekannt gegeben werden. Der Bürgermeister spricht hierzu seine Vereinstüchtigkeit aus. Genosse Frau beschwerte sich, daß der Arbeiterturnverein „Vorwärts“ auf wiederholte Gesuche um Ueberlassung der Gemeindegymnastikhalle keine Antwort erhalten habe. Genosse Sonnenburg neigt zu der Ansicht, daß wohl von nahegelegener Stelle dem Turnverein „Vorwärts“ Tendenzen unterworfen würden, die jedoch in keiner Hinsicht zutreffen. Der Bürgermeister erklärte die Nichtbeantwortung des Gesuchs damit, daß zurzeit Verhandlungen schwebend darüber, ob es angängig sei, die Turnhalle des Realgymnasiums zu bemerken. Bei den Klein „Biersteuer“ und „Lustbarkeitssteuer“ beantragte Genosse Barth, dieselben zu streichen und an deren Stelle die Einkommensteuer um 10 Proz. zu erhöhen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der fünf Sozialdemokraten und des Vertreters Geselebracht abgelehnt. Ein Antrag des Vertreters Geselebracht, die Zuschläge zur Gewerbesteuer für die 3. und 4. Klasse zu ermäßigen, wurde von unseren Genossen unterstützt. Auf Vorschlag des Bürgermeisters bleiben jedoch die Zuschläge für dieses Jahr unverändert. Im nächsten Etatsjahr soll jedoch der Antrag Berücksichtigung finden. Vertreter Dr. Dehling glaubte zur Rettung der Kleinverdienenden als Alibi für die Einschränkung oder das gänzliche Verbot des Straßenhandels empfehlen zu können. Dieser Ansicht trat Genosse Sonnenburg entgegen und der Bürgermeister schloß sich dem an. Genosse Sonnenburg schied dann in scharfen Worten den traurigen Zustand der Kasaniennalle. Diesen Zustand durch die Pflasterung der Straße zu beseitigen, habe der Gemeindegewahl die Pflicht und wenn sich die Anwohner noch so sehr gegen die Zahlung der Pflasterkosten sträubten. Der Bürgermeister erwiderte, daß bezüglich der Pflasterung der Kasaniennalle und der Zugangstraßen zu dem östlichen Zusammenlegungsgebiet der Vertretung zu gebender Zeit eine Vorlage gehen werde. Bei dem Titel „Aufbewal-

lung“ flüg Genosse Sonnenburg an, ob dem Bürgermeister als Polizeichef etwaige vorchriftswidrige Handlungen seitens der Beamten oder Strafanträge gegen dieselben bekannt seien, da in dieser Hinsicht allerlei Gerüchte umherzufliegen. Der Bürgermeister antwortete im verneinenden Sinne. Die Anfrage, welche Vorkahrungen der Gemeindevorstand getroffen habe, um einen geeigneten Krankentransport nach dem Oberschönweider Krankenhaus zu sichern, beantwortete der Bürgermeister dahin, daß jederzeit auf telephonischen Anruf vom Oberschönweider Krankenhaus oder vom benachbarten Köpenick ein Krankenwagen zu erhalten sei. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, für die Freischüler des Realgymnasiums freie Lehrmittel zu bewilligen, wurde angenommen. Bei dem Titel „Arbeitslosenunterstützung“ erklärten die Genossen Barth und Sonnenburg, daß für den Fall im Etatsjahr die ausgeworfene Summe von 3000 Mk. nicht ausreichen sollte, ihre Fraktion eine Nachbewilligung beantragen werde. Der Antrag des Genossen Sonnenburg, den am 3. Februar d. J. gefassten Beschluß, alljährlich am 27. Januar aus Gemeindegeldern das Rathaus zu illuminieren, wieder aufzuheben, wurde, nachdem der damalige Antragsteller Harde wiederum die Illumination aus dem Gemeindegeld befürwortete, gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Neue Etatspositionen sind: Erteilung von Schwimmunterricht an Schulkinder (Betrag 800 Mk.), Ertraunterstützungen wegen vorübergehender Notlage oder Beihilfe zu den Kosten des Jahrestages für arme Schulkinder (Betrag 1000 Mk.), ein Stiftungsfonds für wohltätige Zwecke (Betrag 1225 Mk.). Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 706 900 Mk. Die Einkommensteuer bleibt wie im Vorjahr 140 Proz.

Ein entsetzlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag am hiesigen Ort. Bei dem Friedrichstr. 26 wohnhaften Schlächtermeister Pfeil war seit einigen Tagen der 24jährige Hermann Krawatzki aus Berlin als Kutscher beschäftigt. Vorgestern nachmittags sollte K. in der Schlächtereier aufraumen und machte sich dabei unbefugterweise an dem Gasmotor der Betriebsanlage zu schaffen. Er drehte den Motor an und geriet dabei mit dem Oberkörper in die Speichen des großen Schwungrads. Ehe noch die Gesellen zur Hilfe herbeieilen und die Maschinen zum Stillstand bringen konnten, wurde der Unglückliche mehrere Male herumgeschleudert und entsetzlich zugerichtet. Der Kopf wurde ihm glatt abgetrennt und der Oberkörper vollständig zermalmt. Der Tod war auf der Stelle eingetreten.

### Adlershof.

Der Vorschlag der Gemeindeverwaltung schließt in der Einnahme und Ausgabe mit 797 320 Mk. ab. Davon fallen auf die ordentliche Verwaltung 644 900 Mk. und auf die Nebenverwaltungen 152 420 Mk. Gegenüber den Vorjahren hat der vorliegende Vorschlag dahingehend eine Änderung erfahren, daß die Verzinsungen und Amortifikationen von Anleihen auf die einzelnen Titel verteilt erscheinen, während diese in den Vorjahren nur unter Kapital- und Schuldenverwaltung aufgeführt wurden. Es ist dadurch eine größere Übersichtlichkeit herbeigeführt für die einzelnen Titel erfolgten Ausgaben erreicht worden. Für die Verzinsung und Amortifikation der Anleihen sind in diesem Jahre 13 029,84 Mk. mehr als 1910 eingestellt; die Gemeinde muß insgesamt 71 021,49 Mk. für diesen Zweck aufbringen. Die Kreissteuer ermäßigt sich von 50 000 auf 48 000 Mk. Für die Unterhaltung von Straßen usw. werden 64 888,99 Mk. gegen 30 000 Mk. gefordert. Für die öffentlichen Volksschulen sind 172 429,80 Mk. (122 102,50 Mk.) am Ausgaben eingestellt. Darunter befinden sich an Lehrgehältern 92 632,50 Mk., an anderen persönlichen Ausgaben 30 712,50 Mk., für die Hilfsschule für schwachbegabte und geistig minderwertige Kinder 2707,50 Mk. und für sächliche Kosten 11 400 Mk. Für Verzinsung und Amortifikation von Anleihen sind 34 671,20 Mk. vorgesehen. Als Einnahmen stehen diesen Ausgaben nur 24 610 Mk. (11 290 Mk.) gegenüber. Darunter 7650 Mk. als Beitrag aus der Staatskasse zu dem Dienstlohn der Lehrer und Lehrerinnen, 3000 Mk. widerrechtlicher Beihilfe und 13 000 Mk. für Miete, Heizung, Beleuchtung, Reinigung usw. der höheren Schule. Die Gemeindeverwaltung erfordert 103 942,90 (80 737) Mk. und die Polizeiverwaltung 13 500 (12 046) Mk. Für Unterhaltung des Feuerlöschwesens sind 8145,10 (3752,10) Mk. eingestellt, darunter 2865 Mk. für die Verzinsung und Amortifikation der Hauslasten des Feuerwehrgeschäftsgebäudes. Für die Walfahrtverwaltung, welche in diesem Jahre als Neubei stand vorstellt, sind 2410 Mk. vorgesehen und für die Armen- und Waisenvverwaltung 21 854,07 (15 931,97) Mk. In diesem Betrage sind 2407,27 Mk. zur Verzinsung und Amortifikation der Anleihen für die Zuchtanstalt enthalten. Nach Abzug dieses Postens verbleibt noch eine Steigerung der Armenlasten gegenüber dem Vorjahre von 3014,93 Mk. Auf den Kopf der Einwohnerschaft entfällt eine Armenlast von 2,03 Mk. An sonstigen Ausgaben kommen noch 25 224,87 Mk. in Betracht. Darunter befinden sich: Rechtsauskunftsstelle 275 Mk., öffentliche Volksschule 500 Mk., Kosten des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts 425 Mk., Ankosten des Gemeindebades 500 Mk., für Restamezwecke 1000 Mk., Desinfektion 800 Mk., Zuschuß zur Unterhaltung der Regenwasserungsanlagen 8096,71 Mk., Verzinsung und Amortifikation des Anlagekapitals für letztere 6218,75 Mk. Bei der außerordentlichen Vermoegung sind 5200 Mk. für Erweiterung des Gemeindefriedhofes vorgesehen. — Die höhere Schule hat an Ausgaben 44 000 Mk. und an Einnahmen 11 002 Mk. aufzuweisen, so daß zur Unterhaltung der Anstalt 32 998 Mk. Zuschuß von der Gemeinde benötigt wird. Jedes diese Schule besuchende Kind kostet der Gemeinde 254,00 Mk., während für das Kind der Gemeindegeldschule nur 92,88 Mk. verausgabt werden. — Die Sanitätsverwaltung erfordert in Einnahmen und Ausgaben 48 950 Mk. Davon entfallen bei den Ausgaben auf Verbandsgeldern 29 907,70, Betriebslohn 1300, Gehälter und Löhne 10 200 und sächliche Kosten 5452,30 Mk. An Einnahmen sind zu verzeichnen: Ueberfluß aus dem Vorjahre 3000, Zinsen aus hinterlegten Geldern 19 257,17, Gebühren 2 Proz. des Gebäudeverwertungswertes 19 800, sonstige Einnahmen 4892,83 Mk. — Die Ausgaben des Vorschlages werden gedeckt durch den Vortrag des vorhandenen Betriebsfonds in Höhe von 45 000 Mk., aus Zinsen der Kapital- und Vermögensverwaltung und Gerechtigkeiten mit 106 288,95 Mk. Der sonstige Steuerbedarf wird verteilt: 150 Proz. Kommunalsteuerzuschlag auf die Staatseinkommensteuer usw. in Höhe von 107 250 Mk. (im Vorjahre 160 Proz. 112 000 Mk.), 4 pro Mille Grundsteuer für bebauten 81 552 Mk. und 5,2 pro Mille für unbebaute Grundstücke 134 498 Mk., insgesamt 216 050 (163 870,80) Mk., Gewerbesteuer 250 Proz. in der ersten und zweiten Klasse 19 500 Mk. und 175 Proz. in der dritten und vierten Klasse 7700 Mk., insgesamt 27 200 (28 580,80) Mk., Gemeindebetriebssteuer 600 Mk., Hundsteuer 3400 (2700) Mk., Lustbarkeitssteuer 1700 (1239,80) Mk., Biersteuer 5500 (5000) Mk., Umfabsteuer 30 000 (20 000) Mk., Wertzuwachssteuer 4500 (4500) Mk. Außerdem sind als Einnahmen in Aussicht genommen: Bauaufsichtsgebühren 13 080 Mk., Mietszins für vorübergehende Inanspruchnahme des Bürgersteiges oder Straßenbambes durch Privatpersonen 1200 Mk., erhaltete Beleuchtungskosten 2221,50 Mk., durch die Verpackung des Kartons und der Anschlagtafeln 7900 Mk.

Die Gemeindevorstandswahl für die zweite Abteilung, die gestern stattgefunden hat, endete mit folgendem Ergebnis. Abgegeben wurden 290 Stimmen, davon erhielten der Kandidat der Grundbesitzervereine 172 Stimmen, der Kandidat des Bürgervereins 58 und der sozialdemokratische Kandidat 49 Stimmen. Gewählt ist der Kandidat des Grundbesitzervereins, bemerkt sei, daß die Grundbesitzervereiner 62 Stimmenstimmen abgaben.

### Mahlsdorf an der Dsbahn.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins entstand, nachdem Genosse Käning über die Gemeindevorstandswahl den Bericht erstattet hatte, über die Kaiserfeier eine recht lebhaft debattierte. Genosse Dertel bezeichnete die durch die beiden Resolutionen neu aufgeworfene Kaiserfrage als ein totes geborenes Kind. Er sprach sich gegen die Annahme beider Resolutionen aus und empfahl, lieber darüber abstimmen zu lassen, ob in Zukunft überhaupt noch eine Kaiserfeier stattfinden sollte. Nach seiner persönlichen

Ueberzeugung und Beobachtung habe die Raiffeisen schon längst den größten Teil ihres idealen Charakters eingebüßt und zwar wohl hauptsächlich wegen der sehr veränderten Verhältnisse im Gewerkschaftsleben, namentlich der in letzter Zeit sich sehr gut entwickelten Unternehmungsorganisationen. Wiedemann und Käning sprachen sich für die Annahme der Resolution der Gewerkschaftskommission aus. Die Abstimmung ergab, daß beide Resolutionen mit Stimmengleichheit abgelehnt wurden. In der Diskussion über den Punkt: Montagsausgabe des „Vorwärts“, zeigte es sich, daß im hiesigen Bezirk ein Bedürfnis für eine solche Ausgabe nicht vorliegt. Der Antrag wurde einstimmig abgelehnt.

### Erkner.

Einen gründlichen Reifall erlebten die hiesigen Bürgerlichen am Sonntag in einer von ihnen einberufenen Versammlung, in der das Thema: „Die sozialdemokratische Jugendorganisation und ihr Zweck“ zur Verhandlung stand. In der Versammlung hatten sich auch eine Anzahl Jugendlicher aus Friedrichshagen eingefunden. Bei Eröffnung der Versammlung verhielten sich die Teilnehmer dem Vortrage der Bürgerlichen gegenüber das Bureau zu beisehen. Der Einberufer ließ jedoch eine Bureauwahl nicht zu. Unter diesen Umständen verließen die Jugendlichen und noch etliche anwesende Genossen aus Erkner den Saal, so daß nur noch ein halbes Dutzend Deutschen um den Einberufer versammelt blieb. Da es sich nicht lohnte, für eine so kleine Besucherzahl die Reichsverbandstaxen vom Stapel zu lassen, schloß der Einberufer die Versammlung wieder.

### Pankow.

Bei der Spezialberatung des Etats teilte auf eine Anfrage unserer Genossen der Bürgermeister mit, daß das neue Wasserwerk im Monat Juli den Betrieb aufnehmen werde. — Das Gehalt des einen Bauhüters am Bürgerpark beantragte Genosse Prall von 900 auf 1000 M. zu erhöhen. Es gelang leider nicht, die bürgerliche Mehrheit von der Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen. Der Antrag wurde abgelehnt. Eine Bemerkung des bürgerlichen Vertreters Apothekenbesitzer Niemann gelegentlich einer Aussprache über die Arzneimittellieferung an das Krankenhaus gab unserem Genossen Rudig Veranlassung, die Ansicht zurückzuweisen, wonach Herr Niemann in erster Linie Geschäftsmann und dann erst Gemeindevertreter sei. — Einem von unseren Genossen geäußerten Wunsch, daß die Gemeindevertreter über die Tätigkeit der hiesigen Schulärzte unterrichtet werden möchten, soll nachgekommen werden, indem den Vertretern ein spezieller Bericht hierüber in nächster Zeit unterbreitet werden wird. — Da die Turnhallen den bürgerlichen Turnvereinen als Orte zur Benutzung überlassen werden, nahmen unsere Genossen Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es ein ungerechter Zustand sei, wenn dem hiesigen Arbeiterturnverein die Benutzung verweigert werde und verlangten Abänderung dieser ungerechten Behandlung nach zweifacher Maß. Der Bürgermeister erwiderte, daß er grundsätzlich auf dem Standpunkt stehe, daß die Turnhallen der Schulen nur für die Schüler bestimmt seien. Dagegen sei er für Erbauung einer besonderen Gemeinde Turnhalle, die allen Bürgern ohne Ausnahme zur Benutzung freistehende. Die Angelegenheit wurde dem Kuratorium überwiesen. — Schließlich kamen noch die hiesigen Wochenmarktwahlverhältnisse zur Sprache. Wie unsere Genossen dies im letzten Sommer bei der Entfernung der Wollwarenhandler von diesem Markt vorausgesagt hatten, ist ein ganz beträchtlicher Rückgang — um 4000 Mark — an Einnahmen für die Gemeinde zu verzeichnen. Es wurde deshalb von unseren Genossen beantragt, den früheren Zustand wieder herzustellen. Während ein Teil der bürgerlichen Vertreter wieder zugab, mit dem damaligen Beschluß eine Unklugheit begangen zu haben, vermochte dies der damalige Hauptmacher in dieser Angelegenheit, Herr Schwien, nicht einzugehen; er hielt sein Recht immer noch für einen höchst weisen Akt kommunaler Politik. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß eine Wiederherstellung des früheren Zustandes am Widerstand des Kreisassessors scheitern dürfte, worauf der Antrag zurückgezogen wurde. — Hierzu wurde der Etat gegen die Stimmen unserer Genossen unterbreitet angenommen; ebenso wurde über die Höhe des Grundwertsteuerfahes sowie über die Verteilung des Bedarfs an direkten Steuern für das Rechnungsjahr 1911 auf die einzelnen Steuerarten formell Beschluß gefaßt. — Hierzu geheime Sitzung.

### Lübars-Waldmannslust.

Zwei Gemeindevertreterkandidaturen hatten sich hauptsächlich mit der Beratung des Gemeindeetat zu beschäftigen. Der Voranschlag balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 119 700 M. Hieron entfallen auf die Gemeinde- und Amtverwaltung 25 900 M. Rund 3/4 dieser Summe beträgt allein das Gehalt des Amtes- und Gemeindevorsethers, das in diesem Jahre um 867 M. erhöht wurde. Dieser Titel gab unseren Genossen Gelegenheit, die Verwaltungspraktiken unseres Amtsvorsethers in das rechte Licht zu rücken. Genosse Dufcher wollte auf die Vorkommnisse, die sich bei der Gehaltsbesprechung in der nichtöffentlichen Sitzung abgespielt haben, näher eingehen, um Aufklärung zu verlangen, wurde aber vom Gemeindevorsether daran gehindert. Dann wies Genosse Dufcher auf die am 2. März 1910 erfolgten und für ungültig erklärten Gemeindevahlen hin. Bei den am 27. Mai desselben Jahres stattgefundenen Neuwahlen hatte der als Vorsitzender des Wahlvorstandes fungierende Gemeindevorsether Müller trotz des Protestes der Wähler es zugelassen, daß Stimmzettel abgegeben wurden auf Grund von alten Vollmachten, die Müller den auf dem Tisch liegenden Wahlakten vom 2. März entnahm und die das Datum für die erste Wahl trugen. Genosse Reitin kritisierte, daß der Arbeiterturnverein von der Benutzung der Turnhalle ausgeschlossen ist, trotzdem die Gemeindevertretung und der Schulvorstand die Vergabe beschlossen hatten. Warum? Der Landrat will es nicht! Die Antwort, die Herr Müller hierauf von unseren Genossen bekam, wird dem Herrn wenig behagt haben. Ein Antrag, gegen den Gemeindevorsether das Verwaltungsstreitverfahren einzuleiten, wurde abgelehnt. Für die Gemeindekasse sind 37 000 M. angesetzt. Unsere Genossen beantragten, 300 M. für Lieferung unentgeltlicher Lehr- und Lernmittel für die unteren drei Klassen einzusetzen, ferner 500 M. zu bewilligen, um erholungsbedürftige Kinder unserer Volksschule in die Ferienkolonie zu schicken; beide Anträge wurden abgelehnt. Ebenso ein Antrag, der die Vergabe von leerstehenden Räumen für die Volks- und Schülerbibliothek bezweckte. Im Gegensatz hierzu ist beschlossen worden, der reichen Kirchengemeinde 10 000 M. als Kirchenbaubeitrag zu schenken. Um diesen Beschluß ausführen zu können, mußten 10 000 M. Schulden gemacht werden. Auch für Festgeschenke an Private hatte die Gemeindevertretung Geld übrig. Ebenfalls wurde beschlossen, auf Kosten des Gemeindefiskus einen Kostenaufschlag anzusetzen zu lassen, um der Wittenauer Wodenaktiengesellschaft nachweisen zu können, wie hoch sich die Kosten bei der Ueberführung ihres Ansehungsleibes über die Waldmannstraße stellen würden. Die Gemeindeangehörigen ersehen hieraus, daß noch viel überflüssiges Geld in dem Gemeindefiskus vorhanden ist — nur nicht für Kulturaufgaben. Und trotzdem wurden unsere Anträge abgelehnt.

### Reinickendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Bei der Fortsetzung der Etatsberatung wurde zunächst der in der letzten Sitzung zurückgestellte Etat der „Höheren Schulen“ beraten. Er stellt sich in Einnahme auf 39 500 M. (im Vorjahre auf 32 000 M.) und in Ausgabe auf 197 750 M. (92 850 M.), erfordert mithin einen Zuschuß von 88 250 M. (60 850 M.). Um die Kosten zu vermindern, sollen, wenn irgend möglich, statt der bisher beschäftigten wissenschaftlichen Lehrer Mittelschullehrer eingestellt werden. Für die Fortbildungsschule waren 2500 M. in den Etat vorgesehen. Der Gemeindevorstand beantragte, diese Summe zu streichen, um auf die Regierung, die die Errichtung der Anstalt gefordert hatte, einen Druck auszuüben, daß diese einen möglichst großen Zuschuß leisten. Damit waren die Bürgerlichen natürlich sehr zufrieden. Es war eine Gelegenheit, am Etat zu sparen; als Uebergeber sparen sie das Schulgeld und können ihre jugendlichen Arbeiter weiter nach Dergenslust un-

gestört ausüben. Sie waren daher nicht wenig erzürnt, daß unsere Genossen diese Vor schläge nicht kritisch hinnehmen wollten, besonders als Genosse Dornid Vergleiche anstellte über die Begehrlichkeit der Reichen. War doch seinerzeit das Gymnasium gegen den Willen der Regierung errichtet worden. Diese hatte sofort erklärt, daß sie der Errichtung Schwierigkeiten bereiten würde, da ein Bedürfnis absolut nicht vorliege. Ueber 300 M. Zuschuß erfordere jeder Schüler des Gymnasiums, gegen etwa 90 M., die die Gemeinde für jeden Gemeindefürer an Zuschuß leiste. Und für die Fortbildungsschüler habe man nicht einmal die vorgesehenen 2500 Mark übrig. Herr Beder behauptete, die Reichen wären es ja, die die ganzen Steuern ausbrächten, und sie hätten auch ein Anrecht, daß sie in ihrem Interesse verwandt würden. Weiter aber, „die Arbeiter können ja auch an den hohen Aufwendungen für das Gymnasium partizipieren; sie brauchen ihre Kinder ja auch bloß ins Gymnasium zu schicken.“ Wiederum spendete ihm die Majorität Beifall. Ganz selbstverständlich wurde die Errichtung der Fortbildungsschule abgelehnt, aber erst nachdem die Genossen Ohl und Köpfer die Ausführungen des Genossen Dornid zur Beträgnis der Bürgerlichen kräftig und deutlich unterstrichen hatten. Daß die Majorität und ganz besonders der Gemeindevorstand unter diesen Umständen der Etatsberatung alljährlich mit gemischten Gefühlen entgegen sieht, ist nur zu begreiflich. Um die Etatsberatungen wesentlich abzukürzen, läßt man jetzt den Gemeindevorstand als Etatsberatungsorgan in solcher Verbünnung zugehen, daß erst mühsam dem Gemeindevorstand das Erforderliche abgefragt werden muß. So z. B. beim Krankenhauset. Dieser behauptet einfach: Die Gesamtkosten betragen 421 625 M. Davon werden von den Kranken erhoben 231 625 M., vom Kreis 40 000 M., von den Verbandsgemeinden 150 000 M., und davon zahlt Reinickendorf 73 063 Mark; außerdem es allein noch 80 000 M. für Grundschuldentilgung und Verzinsung. Und als dieser Etat in der letzten Sitzung zur Beratung kommen sollte, erklärte ihn der Bürgermeister für „ungenau“. Wie sehr das zutrifft, beweist, daß der von Reinickendorf zu tragende Beitrag in der letzten Sitzung des Verbandsausschusses um 38 000 M. höher bestimmt wurde. Jeder wird nun erwarten, daß den Gemeindevorstand ein neuer Etat zugegangen wäre, in dem spezialisiert dargestellt wird, aus welchen Aufwendungen heraus sich die erwähnten Schlußsummen ergeben, oder zumindest doch der erste abgeklärte Entwurf mit den neuen Zahlen. Rein, in Reinickendorf verlangt der Gemeindevorstand, daß die Etats beraten werden müssen, die doch nun mal gedruckt sind. Das ging nun aber selbst den Bürgerlichen über die Guckohr. Allerdings konnten sie sich nicht zur vorläufigen Ablehnung entschließen, wie es unsere Genossen beantragten, aber fürs nächste Jahr wollen auch sie einen ausführlichen Etat mit richtigen Zahlen haben. In diesem Jahre mußte ihnen der Vorsitzende den Spezialetat, den er hatte, ausführlich vorlesen. Dadurch erhielten unsere Genossen Gelegenheit, an diesem Etat die Kritik zu üben, die dieser reichlicher verdient als jeder andere. Hat doch der Verbandsausschluß beschlossen, den Verpflegungsfah der dritten Klasse von 3 M. auf 3,50 M. zu erhöhen. Und das, obgleich die dritte Klasse zugunsten der ersten und zweiten Klasse stark benachteiligt und zurückgesetzt wird, so auch ganz besonders beim Essen, über das stark geklagt wird. Wenn diese Klasse auch in anderen Krankenhäusern oft erhoben wird, so erfährt sie bei und ganz besondere Bestätigung dadurch, daß der Durchschnittsverpflegungsfah in Reinickendorf am niedrigsten ist, ein Ergebnis, das bei so neuen Krankenhäusern nur dadurch erreicht werden kann, daß stark gekaufert wird. Diese Ausführungen des Genossen Kühn, wie auch die Anfrage des Genossen Ohl nach dem Schicksal der Anträge des Krankenhauspersonals in bezug auf ihre Arbeitsverhältnisse, waren dem Gemeindevorstand höchlich sehr unangenehm; da aber der Vertreter der Gemeinde im Verbandsausschusse, der Bürgermeister, nicht anwesend war, konnte man sich mit der billigen Phrase, daß man sich um das alles kümmern werde, aus der Schlinge ziehen. Der Beigeordnete Reichhelm glaubte mit der Bemerkung, daß Reinickendorf für jeden dem Krankenhaus überwiesenen Einwohner pro Jahre circa 1000 M. Zuschuß leiste, die Behauptung aufstellen zu können, daß Reinickendorf sozialpolitisch doch nicht ganz so unfruchtbar sei, wie stets — mit einem Blick auf unsere Genossen — behauptet werde. Der Zuschuß der Gemeinde wurde auf 103 000 M. festgesetzt.

### Notawes.

Der Gemeindevorstand für das Rechnungsjahr 1911 schlägt in Einnahme und Ausgabe mit der ganz respektablen Summe von 1 181 500 M. Wie aus den einleitenden Worten des Bürgermeisters bei der ersten Lesung zu entnehmen ist, hat der Etat noch in seinem Jahre so viel Schwierigkeiten gemacht wie in diesem. Er hat sich zwar ohne Erhöhung der Steuerzuschläge aufstellen lassen, aber nur nach größeren Abstrichen bei einzelnen Kapiteln und unter einseitiger Fortfallung der beabsichtigten Aufbesserung der Beamten- und Arbeiterlöhne, deren Betrag auf circa 8000 M. gekürzt wird. In der Diskussion nahm zunächst der Gemeindevorsether Nathan das Wort. Der Gemeindevorsetzer schloß sich dem Anknüpfungspunkt; wenn er auch nicht so hoch sei, so müsse doch in Betracht der immer Berliner Vororte mit ihren wesentlich geringeren Zuschlägen eine Herabsetzung angestrebt werden, wenn der Ort eine gute Zukunft haben soll. Bezüglich der Gehaltserhöhung erklärte er, die Finanzkommission erlerne zwar die Berechtigung an, müsse aber trotzdem empfehlen, die Erhöhung auf eine Zeit zu verschieben, in der sie möglich ist, ohne Erhöhung der Zuschläge; wenn sich nach vier bis sechs Wochen die Einnahme aus den Poren übersehen lassen, werde er der erste sein, der die Aufbesserung beantragt. Die Ortsfeuerwehr sei ein Luxus, der von der Gemeinde auf die Dauer nicht getragen werden könne. Die Gemeindefürer bilde die bei weitem größte Ausgabe, die jedoch notwendig und deshalb von der Gemeinde weit über die gesetzliche Verpflichtung hinaus erhöht worden sei. Das Gymnasium werde sich für den Ort als zugunsten wertvoll erweisen; „wenn es nicht da wäre, müßte es geglaubt werden“. Bei der Fortbildungsschule, deren Etat noch nicht feststeht, äußerte er den Wunsch, daß es dem Kuratorium gelingen möge, die Frage der Anstellung eines Leiters glücklich zu lösen. Für den Wertzuwachs empfahl Redner, nicht dem Tarife der Reichwertzuwachssteuer zu folgen, welcher Objekte bis zu 20 000 M. außer Ansoy läßt, sondern es bei unserer Ordnung, die jederzeit geändert werden könne, zu belassen. — Genosse Reumann protestierte gegen die Art der Etatsaufstellung, da verschiedene Forderungen, wie Aufgabe der Müllabfuhr und Ablehnung der Lohnaufbesserung der Arbeiter der Vertretung nicht zur Beratung vorgelegt wurden. Bei gutem Willen wäre es wohl möglich gewesen, den verhältnismäßig geringen Betrag für die Gehaltserhöhung der Beamten sowohl wie der Arbeiter in den Etat einzusetzen. Bei der heutigen Forderung sei ein Aufschlag von 21,50 M. völlig unzureichend und einer Gemeinde von 24 000 Einwohnern geradezu unwürdig. Der Beschluß, die Müllabfuhr wieder aufzugeben, sei aus hygienischen Gründen wie mit Rücksicht auf die Selbstverwaltung im höchsten Grade bedauerlich. In seiner Erwiderung versicherte der Bürgermeister, daß die Aufbesserung ja nicht abgelehnt sei, sondern nur hinausgeschoben werden soll, da wegen der Aufgabe der Müllabfuhr sowie der voraussichtlichen Aufhebung der Ortsfeuerwehr sich eine Reorganisation der Arbeitsverhältnisse und demgemäß eine anderweitige Regelung der Gehälter notwendig machen werde. — In geheimer Sitzung wurde bei der zweiten Lesung denn auch der Beschluß gefaßt, die Gehaltsregelung auf etwa sechs Wochen hinauszulassen. — Ein Kapitel Grundstücks- und Straßenvorwaltung sprach der Gemeindevorsetzer Schneider den Wunsch aus, im nächsten Jahre die Abschreibungen dazuzusetzen, um den wahren Wert leichter zu erkennen. Beim Kapitel Feuerlösch- und Feuerwehrwesen fragte Gen. Köhler an, auf welche Art und Weise vom 1. April ab die Müllabfuhr geordnet soll. Der Bürgermeister erwiderte, daß die Gemeinde weder ein Monopol noch Privileg an irgend jemand verleihe habe. Es stehe jedem Besitzer frei, sein Müll durch die Genossenschaft oder vom Privatunternehmer abfahren zu lassen. — Die Gemeindefürer erfordern einen Zuschuß von 175 904 M., also gegen das Vorjahr

ein Mehr von 20 167,32 M.; für die beiden Schulärzte sind je 400 M. angesetzt. Das Realgymnasium erfordert einen Zuschuß von 81 085 Mark, die höhere Mädchenschule einen solchen von 23 518 M. — Die Armenverwaltung kostet die Gemeinde 29 170 M., pro Kopf der Bevölkerung ist das eine Ausgabe von 1,20 M. — Für Verzinsung der Hypotheken und Darlehen im Betrage von 3 584 424,50 M. müssen 131 888,77 M. aufgebracht werden. Von den Amalations-schulden konnten bis jetzt 500 000 Mark getilgt werden. — Das Kapitel „Elektrizitäts- und Straßenbahnverwaltung“ stellt sich etwas günstiger als im Vorjahre. Der anteilige Ueber-schuss aus der Elektrizitäts- und Straßenbahnverwaltung ist mit 16 243 M. angesetzt, das Mehr gegen das Vorjahr beträgt 10 402,50 M. Die direkten Steuern sollen 574 900 M., die indirekten 78 500 M. bringen. An den Kreis sind abzuführen 82 000, gegen das Vorjahr 4629,48 M. weniger. — Die Steuerzuschläge werden wie folgt erhoben: Gemeindecinkommensteuer mit 150 Proz., Gewerbesteuer mit 225 und 175 Proz., Betriebssteuer mit 50 Proz., Grundwertsteuer mit 2,5 pro Tausend des gemeinen Wertes der bebauten Grundstücke und mit 5,8 pro Tausend des gemeinen Wertes der unbebauten Grundstücke. Ein Antrag des Gemeindevorsetzers Häberer, die Steuer für letztere Grundstücke herabzusetzen, wurde abgelehnt.

## Aus aller Welt.

### Zur Brandkatastrophe in New York.

In der New Yorker Morgue spielen sich fortwährend erschütternde Szenen ab. Die trauernden Hinterbliebenen der bei dem Brande Verunglückten suchen in den Reihen der aufgebahrten noch nicht identifizierten Leichname nach ihren Angehörigen. Von Zeit zu Zeit unterbricht ein schmerzlicher Aufschrei die Stille; wieder hat jemand an einem Schmelzfäß, an der Kleidung oder dergleichen einen teuren Toten erkannt. Vor der Totenhalle warteten die Menschen Stundenlang auf Einlaß. Bisher sind noch 37 Leichname nicht identifiziert. Mehrere Totenglaubte, die sich retten konnten, fanden sich nachträglich bei ihren Angehörigen ein. Unter den Toten sind vier Angehörige des einen, eine Nichte des zweiten Besitzers der Triangle-Waifen-Compagny.

Die Untersuchung, die die Behörden unermüßlich einleiteten, ergab mehrfach Verletzungen der Bauvorschriften, aber auch die Befehle stellen sich als recht unzulänglich heraus. Bei dem ersten öffentlichen Verhör über das Brandunglück sagten die Zeugen aus, es habe sofort die größte Panik geherrscht; die Treppen des Gebäudes seien zu eng und die anderen Ausgänge angeblich verschlossen gewesen. Die einzige Feuerleiter sei unbrauchbar gewesen. Das Baudepartement wird in der Durchführung der Feuerbauvorschriften der Nachlässigkeit beschuldigt. Man erklärt, daß zahlreiche Wollenträger in New York ebenso feuergefährlich seien.

Zur Unterstützung der Hinterbliebenen wurde eine Sammlung eingeleitet; bisher sind gegen 15 000 Dollar gezeichnet worden. Carnegie, der alle Welt mit seinen Milionenstiftungen in Staunen setzt, hat für diesen Zweck von seinem sauer verdienten Reichtum auch ganze 5000 Dollar abgestiftet.

### Attentat auf einen türkischen Militärinstruktoren.

Der in türkischen Diensten stehende deutsche Oberstleutnant v. Schlichting ist am Dienstagvormittag von einem albanesischen Soldaten aus zwei Schritt Entfernung angeschossen und schwer verwundet worden. Oberstleutnant v. Schlichting schritt in Begleitung des Korpskommandanten die Konstantinopeler Wachmannschaft ab und richtete mit der Hand den Kopf des Täters grade. Dieser glaubte sich geschlagen und feuerte die Kugel ab, die den Magen und Darm durchbohrte und die Wirbelsäule und das Rückenmark verletzte. Trotz einer sofort vorgenommenen gut verlaufenen Operation ist der Verwundete noch im Laufe des Tages gestorben. Der Sultan und die Minister übermittelten dem Botschafter ihr Bedauern über den Vorfall. Der Täter soll heute, Mittwoch, erschossen werden.

### 127 000 M. durch einen Bürgermeister unterschlagen.

In Stolberg im Harz hat sich der dortige Bürgermeister Dr. Wampel nach Unterschlagung von 127 000 M. Sparlasten gelassen erschossen. Die Unterschlagungen reichen mehrere Jahre zurück. Durch Fälschung von Unterschriften zweier Mitglieder des Kuratoriums hat er seit etwa fünf Jahren vom Magdeburger Bankverein aus Konto der Sparkasse zu Stolberg größere Beträge erhoben, die den Gesamtbetrag von 127 000 M. erreichten. Die Fälschungen kamen erst am Montag abend durch Zufall an den Tag.

### Schutztatowierung für Ehefrauen.

Der Rev. Francis Rawel, Pastor an einer Methodistischen Kirche in Chicago, ist ein energischer Verteidiger ehelicher Tugend, und um die verheirateten Frauen vor den Nachstellungen der bösen Männer zu schützen, hat er nun, wie der „Kralbo italiano“ aus New York berichtet, ein eigenartiges Verfahren entdeckt, um die Ehefrauen abzukürzen. Er will den allzuzeitigen Verheiraten weiblicher Schönheit die Möglichkeit der Ausrede nehmen, daß sie in gutem Glauben gehandelt hätten, weil es ihnen unbekannt gewesen wäre, daß die angebetete Frau bereits verheiratet sei. In einer Predigt hat der Rev. Francis Rawel seine Idee der verarmten Gemeinde unterbreitet. „Um die verheirateten Frauen zu erkennen und sie zu schützen vor den Nachstellungen jener Männer, die der Anmut des weiblichen Geschlechts nicht widerstehen können, schlage ich vor, daß jede Ehefrau an deutlich sichtbarer Stelle tätowiert wird, so daß Mißverständnisse nicht mehr möglich sind. Diese Methode ist keineswegs neu, sie wird in Rußland längst geübt, und ich glaube, daß sie unseren Pflichten entsprechen wird.“ Aber der Redner will nicht nur die Ehefrauen tätowieren, er will auch den Ruß besitzigen, zum mindesten den Ruß mit den Lippen. Daher hat er auch seine Gemeindeangehörigen ermahnt, den Pflichten zu unterlassen und statt dessen alle Weibliche der Fälschlichkeit im Ruß zu zusammenschließen, der darin besteht, daß man die Rußspitzen aneinanderreißt. Ob mit der „äußerst zeitgemäßen“ Erneuerung des Tätowierens alle — Frauen einverstanden sein werden?

### Kleine Notizen.

Explosion in einem Feuerwerkslaboratorium. In den Werkstätten des Feuerwerkslaboratoriums zu Lagoubron in Frankreich ereignete sich während der Entleerung von Gefäßpatronen eine Explosion, wodurch sechs Arbeiter verletzt wurden. Das ausgebrochene Feuer war rasch gelöscht.

Entgleisung eines Eppreßzuges. Nahe der spanischen Stadt Tarrasa ist der Eppreßzug Barcelona-Madrid entgleist. Dabei wurden drei Personen getötet und sieben verletzt.

Panik im Kunsttheater. Während der Vorstellung eines Kinetographentheaters in der englischen Ortschaft Middleborough entstand infolge Feueralarm eine Panik, bei der drei Personen getötet und dreizehn verletzt wurden.

# B. FEDER

Brunnen-Strasse 1  
Frankfurter Allee 89  
Kottbuser Damm 103

## Wer

wusste wohl nicht, dass es in ganz Berlin nur ein Kredithaus gibt, welches Millionen Umsätze macht, ca. 140 Angestellte beschäftigt, dessen Geschäftsbetrieb sich in sieben grossen Geschäftshäusern Berlins abwickelt und somit einzig und allein das Prädikat Deutschlands grösstes Kredithaus verdient. Jeder, der sich elegant kleiden will oder zum 1. April

## umzieht

und unter wirklich günstigen Bedingungen, d. h. mit jeder gewünschten Anzahlung und gegen allerkleinste Wochen- und Monatsraten Waren oder Möbel zu kaufen beabsichtigt, gehe nur nach meiner Zentrale Brunnenstr. 1 oder nach einer meiner Filialen: Frankfurter Allee 89 oder Kottbuser Damm 103. Dort bekommt man in reichhaltigster Auswahl und zu wirklich billigen Preisen alles, was man

## braucht

vom einfachsten bis zum elegantesten Genre, geliefert. Niemand ist jedoch etwa gleich zum Kaufe verpflichtet, man kann vielmehr ruhig anderweitig Umschau halten und wird alsdann zu der Ueberzeugung gelangen, dass es nirgends so zuvorkommende fachmännische Bedienung gibt, nirgends so kolossale Auswahl in Garderobe u.

## Möbel

wie in den 3 Geschäften der Firma B. FEDER

# 10%

der geleisteten Anzahlung erhält ein jeder noch zu kommender Kunde sofort vergütet, wenn er sich auf dieses Inserat bezieht.

## Arbeiter-Baugenossenschaft „PARADIES“

zu Berlin

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).  
Bureau: 50. 26, Kottbuser Ufer 44, Hof r. 1, Geöff. v. 11-2, Sonnab. v. 5-8 Uhr.

### Bekanntmachung.

Bei der Auflösung der Schuldschreibungen im März 1911 sind folgende Nummern gezogen: 11, 24, 57, 63, 119, 22, 26, 43, 223, 37, 48, 65, 204, 24, 44, 66, 68, 85, 405, 33, 48, 59, 98, 500, 508, 25, 31, 33, 64, 73, 78, 602, 4, 9, 13, 15, 31, 41, 78, 708, 63, 68, 75, 78, 888, 944, 58, 78, 1008, 17, 34, 38, 66, 74, 1153, 54, 58, 84, 1212, 37, 44, 47, 48, 49, 84, 91, 1301, 14, 21, 53, 54, 60, 69, 71, 82, 1400, 7, 42, 70, 1502, 14, 69, 1616, 17, 46, 56, 1702, 14, 44, 70, 1834, 59, 74, 80, 1904, 29, 39, 69, 74, 2000, 117, 75, 86, 247, 57, 97, 317, 21, 28, 29, 55, 57, 62, 75, 83, 85, 86, 89, 91, 400, 78, 93, 98, 509, 41, 44, 52, 53, 54, 56.

Inshaber dieser Schuldschreibungen können vom 1. Juli d. J. ab den Betrag, gegen Abgabe der Scheine bei unserer Kasse erheben.  
Der Vorstand. A. U. G. Dörner, Vorsitzender.

### Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

- Berlin C. H. Fabrich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
 W. G. Schmidt, Kirchbachstr. 14.  
 O. H. Gabelschütz, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Kopenstr. 83, H. Wengels, Gr. Frankfurter Str. 120.  
 NO. L. Jucht, Immanuelstr. 12, J. Reul, Dammstr. 42.  
 N. W. Baumann, Bernauer Str. 2, H. Trapp, Sietziner Str. 10, Karl Mars, Vogeler Str. 123, Karl Weihe, Rogauerstr. 49, H. Vogel, Vorplatzstr. 37, H. Tisch, Invalidenstr. 124, V. Dehrend, Aufsehlstr. 24.  
 NW. Karl Anders, Seligendelstr. 8, Wedert, Goltzstr. 29.  
 SW. G. Werner, Sneydenaustr. 72, Daehn, Hagedorfer Str. 27, S. St. Fris, Brinzenstr. 31, F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.  
 SO. Paul Böhm, Kaufstr. 14/15, P. Horst, Engländer 15.  
 Adlershof. Karl Schwarze, Hoffmannstr. 9.  
 Baumschulenweg. G. Hornig, Röntgenstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienak, Röntgenstr. 10.  
 Charlottenburg. Gustav Schramberg, Seifenheimer Str. 1, Friedrichshagen. Ernst Werkmann, Köpenicker Str. 18.  
 Grünau. Franz Klein, Bahnhofsstr. 6, III.  
 Johannisthal. Bieleke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.  
 Karlshorst. Richard Ritter, Köpenicker Str. 11.  
 Köpenick. Emil Wihler, Kiefernstr. 6, Laden.  
 Lichtenberg. Otto Seifert, Kronprinzstr. 4, I.  
 Nieder-Schöneweide. Max Priebke, Drieger Str. 14 II.  
 Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.  
 Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmstr. 17 II.  
 Pankow. Otto Rihmann, Köpenicker Str. 30.  
 Reinickendorf. P. Gursch, Provinzstr. 55, Laden.  
 Rixdorf. W. Heinrich, Redarstr. 2, Conrad, Hermannstr. 60, G. Rohr, Siegfriedstr. 29/30.  
 Rummelsburg. H. Rosenkrantz, Alt-Borsig 56.  
 Schöneberg. Wilhelm Dämmert, Martin-Luther-Str. 51 im Laden.  
 Spandau. Köpcke, Seelitzstr. 64.  
 Steglitz. G. Berner, Seelitzstr. 119.  
 Tempelhof. Albert Thiel, Berliner Str. 41/42.  
 Treptow. Robert Gramenz, Kiefernstr. 412, Laden.  
 Weißensee. Rudmann, Sedanstr. 103, Schiller, König-Thausen 39a.  
 Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilhelmstr. 26, Hof parieret.



**Persil**  
Zarte Haut  
Ist nicht beim Waschen mit Persil, daher keine zersprungenen Hände. Persil gibt schöne fettsaure Lauge, löst Staub und Schmutz spielend.  
Wäscht von selbst  
ohne jeden andern Waschnusatz, ohne Reiben und Bürsten, nur durch einmaliges, etwa viertel- bis halbstündiges Kochen.  
Schließlich nur in Original-Paketen.  
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Alleine Fabrikanten auch der weltberühmten

Fabrik-Niederlage für Berlin und vorort: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.

## Paul Obiglos Festsäle

Schwedter Str. 23/24. Amt III 33.  
Empfehle meine Lokalitäten zu Festlichkeiten jeder Art. Die Säle sowie der herrliche schattige Naturgarten, 1000 Personen fassend, mit großer Theaterbühne, ist noch einige Sonnabende und Sonntage in der Saison zu vergeben.  
Ergebenst  
P. Obiglo.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garant. Teils wöchentl. 1 M. Plomben 1,50 M. Fast vollk. schmerzlos Zahnziehen. Um- arbeitsung schlecht sitzender Gebisse. Reparaturen sofort.  
Zahn-Arzt Wolf, Potsdamer Str. 55. (Hochbahnstr. Bulowstr.) 8-7.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 27. März verstarb unser Genosse, der Tischler  
**Paul Schulz**  
Fehrdellner Str. 32.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verhand der Tapezierer.**  
Todes-Anzeige.  
Am 27. März verstarb unser langjähriges Mitglied  
**Georg Dirks**  
im vollendeten 52. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, den 29. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligkreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Eilenberger Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
178/8 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Paul Schulz**  
am 27. März gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde in der Pappelallee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
81/2 Die Ortsverwaltung.

Am Samstag verstarb plötzlich am Herzschlag mein innig geliebter Mann, der Kupfermeister  
**Paul Ziebarth**.  
Dies zeigt tiefbetäubt an  
**Alwine Ziebarth**  
nebst Tochter.  
Die Beerdigung findet heute Mittwochs, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Rummelsburg, Kantstraße 1, aus auf dem Gemeindefriedhof, Mühlstraße, statt. 9606

**Todesanzeige.**  
Am 26. d. Mts. entschlief nach langem, schwerem Leiden im Alter von 46 Jahren mein lieber Mann, der Gastwirt  
**Johannes Heinmüller**.  
Um stille Teilnahme bitten die  
**Witwe Emilie Heinmüller**  
geb. Weck.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause nach dem Himmelsfahrtskirchhof in Nordend aus statt.

Am 27. d. Mts. entschlief nach langem, schwerem Leiden im Alter von 49 Jahren mein lieber Mann und Vater, der Badermeister  
**Karl Kahlfuß**.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die Witwe Johanna Kahlfuß  
geb. Zeuko nebst Sohn.  
Berlin, Löwenstr. 1.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. 96202

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
Am 28. März verstarb unser Genosse, der Gastwirt  
**Johannes Heinmüller**  
Kollastr. 8.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof der Himmelsfahrts-Gemeinde, Nordend, statt.  
226/10  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Fuhrherr  
**Ernst Schneider**  
im 45. Lebensjahre verstorben ist.  
Um stille Teilnahme bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 30. März, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Rixdorscher Friedhofes in Wilmersberg aus statt. 9776

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Gastwirt  
**Johannes Heinmüller**  
im Alter von 46 Jahren verstorben ist.  
Die Genossen des 585. Bezirks.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Himmelsfahrtskirchhofe, Nordend, statt. 36292

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines Bruders  
**Gustav Pentzlin**  
sage allen Kollegen, Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
**August Pentzlin**.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener  
**Heinrich Hemm**  
am 26. d. Mts. im Alter von 53 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.  
67/4 Die Bezirksverwaltung.

Für die zahlreichen Kranzspenden und Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters  
**Wilhelm Schulz**  
sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Bergmann, Wdt. M. der Slangerei, unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Kranzspenden und Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters  
**H. Littmann**  
sage ich hiermit allen Bekannten und Verwandten, den Kollegen der Firma Schmidt u. Co., sowie dem Verband der Schneider und Schneiderinnen meinen herzlichsten Dank.  
9676  
**Helene Littmann.**

**Dankfagung.**  
Für die herrliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Beteiligten, insbesondere dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem Sozialdemokratischen Wahlverein Rixdorf, der Deutschen Wagenbauersasse und den Kollegen der Firma Otto Hägel unseren herzlichsten Dank.  
9666  
Witwe Stodnick nebst Kindern.

Allen Teilnehmern bei der Beerdigung meines lieben Mannes, insbesondere den Genossen des 4. Wahlkreises sowie den Kollegen der Firma Witz u. Genest, der Keiten Automobil-Gesellschaft Oberschöneweide und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sage ich hiermit meinen tiefgefühlten Dank.  
36212 Witwe Elisabeth Strauch.

**Lesen hier!**  
Da die große Goldbutterflut jetzt hier angekommen ist, bin ich in der Lage, Ihnen prima lebendige, gepulverte Goldbutter zu einem Preise von 12-20 Pf. pro Pfund nach Größe zu liefern.  
Versendet über ganz Deutschland gegen Nachnahme vom Fischporteur J. C. Sörensen, Gøteborg, Dänemark. Telegr. Adr.: Sörensen, Fernsprecher Nr. 25.

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-Str. 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstr.)  
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre. Überst niedrigsten Preisen.  
Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

**Angebot nur 3 Tage**  
vom 29. bis 31. März inkl. bis 8 Uhr abends  
soweit Vorrat reicht!

**Westmann, Mohrenstrasse 37** nahe der Jerusalemstr.  
**Gr. Frankfurterstr. 115** an der Andreasstr.

**ca. 1500 Kostüme**  
auf Ständer gehängt, soweit Vorrat, das Feinste, Elegante der Saison, blau Kammgarn, echt englische Tailor made, auch für sehr starke Figuren.  
Modelle zu 15, 27, 42, 60, 100 M., sonst 22,50, 40, 65, 90, 155 M.

**ca. 2000 Paletots**  
schwarz und farbig, auf Ständer gehängt, soweit Vorrat, auf Reide, mit und ohne angewobenen Futter, Tuch, Kammgarn, Reide, Blumina, englisch, darunter Original französische Modelle für stärkere Figuren zu 12, 15, 18, 24, 30, 38, 50, 95 M., sonst 18, 22,50, 27, 30, 45, 67, 75, 142 M.

**ca. 1000 Röcke, Blusen, Gesellschaftskleider**  
auf Ständer gehängt, vornehm, apart, dezent, beste Stoffe, eleganteste Schnitt, keine Dutzendware, Modells auch für starke Figuren zu 10, 15, 20, 30, 40, 45, 60 M., sonst 15, 22,50, 30, 45, 65, 95, 155 M.

**Damen! Warten Sie nicht, beeilen Sie sich, die Sachen werden schnellstens vergriffen.**  
Plüsch- und Pelzkonfektion zu jedem annehmbaren Preise.



Verfammlungen.

Die Steinarbeiter - Sektion I (Bau- und Grabsteinbranche) besprachen am Sonntagmorgen in einer Versammlung, die im Gewerkschaftshause stattfand, einige Bestimmungen des Tarifs, die Arbeiter betreffend, die der Vereinbarung unterliegen. Für solche Fälle ist im Tarif vorgelesen, daß wenigstens der Minimallohn garantiert sein soll. Die Bestimmungen darüber lauten:

Das Versehen sämtlicher Werksteinarbeiten mit Ausnahme der Stufen und Podeste darf nur in Tagelohn ausgeführt werden. Das Versehen von Stufen und Podesten, das Löcher schlagen und sonstige Arbeiten am Bau sind ebenfalls in Tagelohn auszuführen resp. nach Vereinbarung unter Garantieung des Minimallohnes. Arbeiten im gotischen oder romanischen Stil, Valuster und Dreharbeiten, sowie solche Arbeiten, welche nach vorliegendem Tarif nicht zu berechnen sind, werden in Tagelohn oder nach Vereinbarung bei garantiertem Minimallohn ausgeführt.

Der Vorsitzende Winkler wies in seinem Referat darauf hin, daß jeder Steinarbeiter das in Anspruch zu nehmen habe, was in dem Tarif festgelegt ist. Die Bedeutung der angeführten Bestimmungen über die Garantieung des Minimallohnes werde häufig nicht genügend gewürdigt. Viele Arbeiter haben den Wert dieser Waffe noch nicht erkannt, manche betrachten sie sogar mit Mißtrauen, indem sie fürchten, daß das Akkordsystem dadurch gefördert würde. Sollen sie aber vielmehr als Vorstufe zum allgemeinen Lohn dienen, so werde es sich darum handeln, ob die Organisation die Erfüllung dieser Bestimmungen durchzusetzen vermag. Dazu ist die Organisation in der Lage, denn nach einer - nicht ganz vollständigen Statistik sind von 308 Steinarbeitern (darunter 20 Schleifern), die bei 14 Sandsteinfirmen und zwar bei den maßgebenden, beschäftigt sind, gehören 289, also 94 Prozent, dem Verbands an.

In der Baubranche liegen die Verhältnisse so günstig, daß die tarifmäßige Erhöhung des Lohnes vom 1. April ab nur eine Festlegung der bereits bestehenden Löhne ist. Anders ist es in der Grabsteinbranche. Obgleich in der letzten Zeit gute Fortschritte gemacht worden sind, begegnet die Durchführung des Tarifs noch manchen Schwierigkeiten. Etwa ein Drittel der Berliner Geschäfte, allerdings die größeren, sind tariffrei, und man erwartet die baldige Vermehrung dieser Geschäfte, die schneller kommen würde, wenn die Arbeiter besser organisiert wären. In 49 Geschäften wurden 130 Steinarbeiter gezählt, von denen 80 organisiert, 50 unorganisiert waren.

In der Sandsteinbranche ist bisher - im Gegensatz zur Marmorbranche - die Aufnahme der Hilfsarbeiter in den Verband nicht üblich gewesen. Das soll jetzt nachgeholt werden. Der Vorstand empfiehlt, die Organisierung der Hilfsarbeiter auf den Plätzen wie auf den Bauten unverzüglich vorzunehmen. „Aubenrechte“ (ein alter Kunstausdruck für Werkstattgesprächen, der unter den Steinarbeitern noch üblich ist) sollen abgehalten werden, um die Hilfsarbeiter aufmerksam zu machen und sie dem Verbands zuzuführen. In einigen Betrieben ist bereits ein guter Anfang gemacht worden.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Filiale Groß-Berlin hatte am Freitag im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“ eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung, in der der Schriftsteller Simon Rabe eine interessante Vorlesung über die modernen wirtschaftlichen Organisationsformen hielt, der lebhaften Beifall fand. Darauf nahm die Versammlung Stellung zur Frage des Raifeier-Unterstützungsfonds für Groß-Berlin. Der Vorsitzende Winkler faszierte kurz die Verhandlungen, die zwischen Partei und Gewerkschaften in dieser Frage gepflogen wurden, sowie die Stellung, die die Berliner Gewerkschaftskommission und der Verband der Wahlvereine dazu genommen haben. Er empfahl

der Versammlung im Namen des Vorstandes, sich mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskommission einverstanden zu erklären und für den Fall, daß die Durchführung in diesem Jahre nicht mehr möglich sein sollte, der Ortsverwaltung Auftrag zu erteilen, wie bisher selbständig Raifeieren herauszugeben, und zwar zu 25 und 50 Pf. In der Diskussion über diese Frage zeigte es sich, daß man allgemein gern gewillt war, diese Beiträge und eventuell auch höhere für den Raifeier zu zahlen. Die Versammlung erklärte sich mit allen gegen nur eine Stimme mit den Vorschlägen einverstanden. - Der preussische Finanzminister Dr. Lenge, der früher in Magdeburg Bürgermeister war und dort, wo der Gemeindearbeiterverband ebenfalls eine starke Filiale hat, wohl Kenntnis von den Einrichtungen dieses Verbandes haben mußte, richtete bekanntlich vor einigen Wochen im preussischen Abgeordnetenhaus gänzlich ungerechtfertigte Angriffe gegen den Verband und stellte die wahrheitswidrige Behauptung auf, daß Wochenbeiträge bis zu 1,40 M. erhoben würden, ja daß selbst die Leute, die von den Gemeinden nur aus Barmherzigkeit beschäftigt würden, noch 48 Pf. und mehr an den Gemeindearbeiterverband bezahlen müßten. Mit diesen Behauptungen suchte der Minister das Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion auf Befreiung der Einkommen unter 1200 M. von der Steuerleistung zu bekämpfen. Die Versammlung wandte sich gegen die Behauptungen des Ministers in folgender Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

„Die Mitgliederversammlung der Filiale Groß-Berlin protestiert ganz energisch gegen die Auslassungen des preussischen Finanzministers Dr. Lenge in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. Februar über die Beitragsleistung in unserem Verbands und stellt fest, daß sie der Wahrheit nicht entsprechen. Die Versammlung hält derartige Praktiken mit der Würde eines Staatsministers für unvereinbar und erwartet deren Nichtgeltung seitens des Herrn Finanzministers.“

Deutscher Transportarbeiterverband (Bezirk Groß-Berlin.) Die Fortsetzung der ordentlichen Generalversammlung vom 12. März fand am Donnerstagabend in Freyers Saal, Koppenstraße, statt und war ebenso wie die erste Versammlung stark besucht. Ein Antrag zur Geschäftsordnung, zuerst die Neuwahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission vorzunehmen, wurde gegen eine starke Minderheit angenommen. Die Verwaltung besteht aus 21 Mitgliedern, deren Wiederwahl - mit Ausnahme von dreien, die auschieden - von der erweiterten Bezirksverwaltung und der Versammlung der Funktionäre empfohlen wurde. Eine längere Debatte entpinn sich über die Verteilung der Sitze in der Verwaltung, soweit es sich um die Weisiger, resp. um eine Vertretung der Sektionen und auch einzelner Branchen handelte. Die Sektion I (Handelsarbeiter) beanspruchte zwei Sitze, die ihr auch zugebilligt wurden. Dagegen brachten die Jugendlichen ihren Kandidaten, für den sie eifrig eintraten, nicht durch. Die Namen der neun Angestellten, die einstimmig wiedergewählt wurden, lauten wie folgt: Berner, erster Vorsitzender; Anütter, zweiter Vorsitzender; Liebenow, Schriftführer; Steinicke, Kassierer; Wappler, Leiter der Sektion I; Hthes, Sektion II; Ortman, Sektion III; Weker, Sektion IV; Fromle, Sektion V. Nachdem dann noch zwölf Weisiger, fünf Mitglieder der Revisionskommission und zwei Revisoren für die Hauptklasse gewählt waren, begann nach einigen Mitteilungen des Vorsitzenden die Fortsetzung der Diskussion über den Jahresbericht der Verwaltung. Einige Redner kritisierten den Bericht über den Arbeitsnachweis; sie waren mit den Einrichtungen im Nachweis in verschiedener Beziehung unzufrieden. Von anderen Rednern wurde die Einführung der freiwilligen 60 Pf.-Beiträge als unbedeutend angegriffen. Ueber mancherlei Punkte des Berichts mußte der Vorstand Auskunft geben, was bereitwillig geschah. Die Frage von Arbeitslosen lehrte immer wieder, daß sie auf dem Nachweis nicht die gewünschte Berücksichtigung fanden. Die erhobenen Vorwürfe wies der Arbeitsvermittler Hiller sehr bestimmt zurück und erklärte, daß

er sich an die vorgezeichnete Ordnung halten müsse, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. - Erst nach Mitternacht wurde die Diskussion über den Bericht geschlossen. Sechs Anträge aus der Mitte der Versammlung, die zum Teil die Wünsche von Arbeitslosen, zum Teil geschäftliche Angelegenheiten betrafen, fanden noch auf der Tagesordnung. Die Versammlung hatte sich aber schon stark gelichtet und die vorgelegten Anträge wurden schließlich bis zur nächsten Generalversammlung verlagert.

Der Zweigverein Berlin des deutschen Bauarbeiterverbandes hielt am Mittwoch seine erste Generalversammlung ab. Sie hatte ein Ortsstatut des Zweigvereins zu beraten. Der Vorstand legte einen Entwurf vor, der sich in vielen Punkten an die Bestimmungen anlehnt, welche vordem im Zweigverein des Maurerverbandes galten. Neu ist der Vorschlag eines Vertretersystems zur Generalversammlung. Dasselbe soll in der Hauptsache so gestaltet sein: Das Gebiet des Zweigvereins, welches sich mit dem Tarifgebiet Groß-Berlin deckt, umfaßt außer Berlin einen sehr großen Kreis der Vororte. Die Mitglieder eines Ortes bilden eine Zahlstelle. Größere Zahlstellen gliedern sich in eine Anzahl von Bezirken. Jede Zahlstelle und jeder Bezirk wählt sich eine aus vier Personen bestehende Leitung. Als Generalversammlung fungiert die Vertreterversammlung. Diese besteht aus den Obmännern der Zahlstellen und Bezirke mit mehr als 100 Mitgliedern, sowie aus Vertretern der Zahlstellen und Bezirke, die alljährlich zu wählen sind, und zwar je einer auf 100 Mitglieder, ferner einem Vertreter der Weisigerkommission, den Mitgliedern des Zweigvereinsvorstandes und einem Vertreter des Bauvorstandes. - Die Kompetenz der so zusammengesetzten Generalversammlung ist gegenüber dem bisher geltenden Zustand wesentlich eingeschränkt, denn durch Mitgliederabstimmung sind alle außergewöhnlichen Angelegenheiten zu entscheiden, wie Lohnbewegungen, Einführung örtlicher Beitragszuschläge, Wahl von Delegierten zu Verbandstagen und Arbeiterkongressen, Wahl des Zweigvereinsvorstandes, falls mehr Kandidaten, als zu wählen sind, sich zur Annahme bereit erklärt haben. Die Kandidaten werden in den Zahlstellen und Bezirken vorgeschlagen.

Die Debatte drehte sich lediglich um die Frage der Einführung des Vertretersystems. Der Vorstand empfahl es mit Rücksicht auf die große Mitgliederzahl, besonders aber mit der sehr großen räumlichen Ausdehnung des Zweigvereins. Diesem Standpunkt traten mehrere Redner bei, während andere sich gegen den Vorschlag wandten und sich für Beibehaltung des bisherigen Zustandes erklärten. Schließlich wurde beschlossen, daß die Abstimmung über das Ortsstatut in den Zahlstellen und Bezirksversammlungen vorgenommen werden soll.

Die Dachbeder und Dachbederhilfsarbeiter versammelten sich am Sonntag vormittag im Gewerkschaftshause, um Stellung zur Raifeier zu nehmen. Gornig legte nach einem kurzen Referat die folgende Resolution im Namen des Vorstandes den Versammelten vor. Diese Resolution lautet:

„In Erwägung, daß es uns in diesem Jahre mit Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse in unserem Gewerbe nicht möglich ist, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern, beschließt die heutige Versammlung: die Begehung der Raifeier ist jedem einzelnen Mitgliede nach seinem freien Ermessen zu überlassen.“

In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern hervorgehoben, daß eine rege Beteiligung an der Raifeier recht wünschenswert wäre, und daß die einzelnen sich hoffentlich recht zahlreich bereit finden werden, den 1. Mai zu feiern. Die Resolution des Vorstandes wurde angenommen, ebenso stimmte die Versammlung den getroffenen Abmachungen in bezug auf die Weissteuer zum Raifeier zu. - In vielen einzelnen Werkstätten wird die Beteiligung an der Raifeier noch besprochen werden. Wo man in einer Werkstatt die Arbeitsruhe nicht für tunlich hält, steht es natürlich dem Einzelnen immer noch frei, am 1. Mai zu feiern.

FRAU KURZ, Frau Schlank, FRAU STARK, Fr. Breit, FR. SCHMAL, v. Lang, FRAU GROSS, FR. KLEIN

**ALLE FINDEN BEI UNS ETWAS PASSENDES ZU BILLIGEN PREISEN!**

KAMMGARNSTOFFEN  
IN MODERNEN GESTALTEN  
FRÜHJAHRSKOSTÜME  
3075

**C. & A. Bremminkmeyer**  
Berlin C, Königstraße 33 Am Alexanderplatz.



Felix Brückow, Köpenick. Die berühmte Feisenwache, Batst 44.
Magazin England. Köln 12/17, Grödenstr. 162.
E. Radisch, Altona 16.
Kornblüthe, Altona 16.
Krause, Wilh., Altona 16.
Ad. Mahneke, Altona 16.
Prinzenstr. 31, Bellerf.
Scholz, Osw.
Sprengel, A.

Herren- u. Knabenmod. Amerikan. Verkaufshaus.
J. Baer.
Besser.
Max Flatow.
Hamburg-Steglitz 103.
Hirschfeld.
Herren-Konfektionshaus.
Mehrer, A. Spandau.
Nöke, J. Spandau.
S. Hoffmann, Charl., Wilmsstr. 11.
Paul Hiesfeld, Thurmstr. 44.
Inhaber Perleberg.
Max Kaplan.

S. Hainer.
D. Kempinski.
Marcus, S.
D. Perleberg.
S. Posner.
Heinr. Frester.
Rosner, Max.
77 Kottbuserdamm 77.
Joseph Warschawski.
Nöte, Mützen u. Pelz.
Bazar Norden.

Rosenthaler.
Casper, Ed., Rixd., Bergstr. 129.
Cohn, Simon, Goltzstr. 22.
Dreus, Alwin, Kottb.-Damm 177.
M. Grund.
Hansen.
Huf-Centrale.
Kehr-Hüte.
Alfr. Krug, Hutfabr.
Lieber, R., Rosenthaler.

Lieber, R., Rosenthaler.
Lieber, R., Rosenthaler.
Lieber, R., Rosenthaler.
Lieber, R., Rosenthaler.

Lieber, R., Rosenthaler.
Lieber, R., Rosenthaler.
Lieber, R., Rosenthaler.
Lieber, R., Rosenthaler.

Lieber, R., Rosenthaler.
Lieber, R., Rosenthaler.
Lieber, R., Rosenthaler.
Lieber, R., Rosenthaler.

Kaufhäuser.
Z. Alexander & Co., Badstr. 55.
Adolf Hirsch, Ober-Schöneweide.
Holz & Ascher.
Adolph Lewinski.
Kaufh. Herm. Levy.
Kaufhaus Gebr. Preuß.

Gustav Levy, Spandau.
Kautabakfabrik.
Kinematograph-Theater.
Kohlen, Koks, Briketts.
Kud. Beier & Co.
Gerslberger & Müller.
Perd. Gränig.
Aug. Grimberger.
M. F. Leyke.

J. Ferdinand Leyke sen.
P. Hante.
Loebell, L.
Georg Knöpfel & Sohn.
J. Mannheim.
Gebr. A. & J. Podzuweit.
L. Sager & Co.

Heinr. Schupke.
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.
Simon, A. R.
Kolonialwaren.
Abend, R., Humboldt.
Otto Albrecht, Lychnenstr. 11.
H. Ehrig, Fehmannstr. 7.

Heinr. Schupke.
Herm. Schupke & Co. G. m. b. H.
Simon, A. R.
Kolonialwaren.

Abend, R., Humboldt.
Otto Albrecht, Lychnenstr. 11.
H. Ehrig, Fehmannstr. 7.

Abend, R., Humboldt.
Otto Albrecht, Lychnenstr. 11.
H. Ehrig, Fehmannstr. 7.

H. Hartung, Reichh. W.
Hassel, W., Rodenbergstr. 33.
Albert Hasbe, Dunkerstr. 25.
Max Häusler & Co.
Kaffee- und Kolonialwaren.
Ad. Hedwig, Auguststr. 51.
Helmut, W., Markgrafend. 27.

Heinrich, R.
Gustav Henschel, Siemensstr. 16.
Herf. Eng.
Herm. Bernsdorf.
Herrmann, Alfr.
Hilfrich, A.
Rich. Höbner, Wöllnerstr. 11.

Emil Hübner, Allee 81.
Fritz Hübner, Schleimannstr. 11.
H. Jacobi, Köpenick, Anst. Markt.
Paul Imhoff, Ramlerstr. 13.

Janik, L.
Georg Jonas, Reymstr. 41.
Oscar Just, Pastorenstr. 41.
Paul Just, Müllerstr. 158a.
Fritz Jurack, Rixd., Neue Bänke 31.
Kamm, Max, Grüner Weg 80.

Kaseltz.
Kastier, M.
Max Kelm.
Kiebowitz, C.

Willy Knobe.
Max Kahlheim, Stralauerstr. 24.
Kraatz, Georg, Schönholzerstr. 11.
Kramer, Rich., O. Kreuzstr. 27.
Krüger, O., Friedrichsbergerstr. 23.

Max Kelm.
Kiebowitz, C.
Willy Knobe.
Max Kahlheim, Stralauerstr. 24.

Max Häusler & Co.
Kaffee- und Kolonialwaren.
Ad. Hedwig, Auguststr. 51.
Helmut, W., Markgrafend. 27.
Heinrich, R.
Gustav Henschel, Siemensstr. 16.

Herf. Eng.
Herm. Bernsdorf.
Herrmann, Alfr.
Hilfrich, A.
Rich. Höbner, Wöllnerstr. 11.
Hoffmann, R., Adlershof.

Emil Hübner, Allee 81.
Fritz Hübner, Schleimannstr. 11.
H. Jacobi, Köpenick, Anst. Markt.
Paul Imhoff, Ramlerstr. 13.

Janik, L.
Georg Jonas, Reymstr. 41.
Oscar Just, Pastorenstr. 41.
Paul Just, Müllerstr. 158a.

Kaseltz.
Kastier, M.
Max Kelm.
Kiebowitz, C.

Willy Knobe.
Max Kahlheim, Stralauerstr. 24.
Kraatz, Georg, Schönholzerstr. 11.
Kramer, Rich., O. Kreuzstr. 27.

Max Kelm.
Kiebowitz, C.
Willy Knobe.
Max Kahlheim, Stralauerstr. 24.

Grossien, Gebr.
Hammerstadt, G.
Heinrich, R.
Herrmann, Alfr.
Hilfrich, A.
Rich. Höbner, Wöllnerstr. 11.

Emil Hübner, Allee 81.
Fritz Hübner, Schleimannstr. 11.
H. Jacobi, Köpenick, Anst. Markt.
Paul Imhoff, Ramlerstr. 13.

Janik, L.
Georg Jonas, Reymstr. 41.
Oscar Just, Pastorenstr. 41.
Paul Just, Müllerstr. 158a.

Kaseltz.
Kastier, M.
Max Kelm.
Kiebowitz, C.

Willy Knobe.
Max Kahlheim, Stralauerstr. 24.
Kraatz, Georg, Schönholzerstr. 11.
Kramer, Rich., O. Kreuzstr. 27.

Max Kelm.
Kiebowitz, C.
Willy Knobe.
Max Kahlheim, Stralauerstr. 24.

Max Kelm.
Kiebowitz, C.
Willy Knobe.
Max Kahlheim, Stralauerstr. 24.

Misch.
Nobel-Fabrik.
Rebsch, E., Spandau.
Rob. Seelisch.
Stargard, O.
K. Thomas.
Wendland, Ernst.
Herm. Wendland.
Werthers.

Wendland, Ernst.
Herm. Wendland.
Werthers.
Molkereien.
Milch Schmidt.

Milch Schmidt.
Musikinstrumente.
Braun, Emil.
Kaufmann, Richard.
Klitz, Rich., Brunnenstr. 40.

Ed. Hrudka.
Pfaff.
Lindemann.
W. Schoppa.
Nähmaschinen.
G. A. Böttner.

Ed. Hrudka.
Pfaff.
Lindemann.
W. Schoppa.
Nähmaschinen.

Ed. Hrudka.
Pfaff.
Lindemann.
W. Schoppa.
Nähmaschinen.

Ed. Hrudka.
Pfaff.
Lindemann.
W. Schoppa.
Nähmaschinen.

Schuhwaren, Schuhm.
Ernst Adam, Friedrichsbergerstr. 11.
Herrn Adler, Sieglitz, Schleifstr. 319.
Amerikaner, Frinzen-Allee 43/43.

Ascher.
H. Bekkers.
Benedik.
Demaschke.
Franziska Demick.
Rich. Deckert, Gartenstr. 2.

Ed. Drechsler.
Engel, W., Königsbergerstr. 13.
Floer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, E., Turst. 33.

Ed. Drechsler.
Engel, W., Königsbergerstr. 13.
Floer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, E., Turst. 33.

Ed. Drechsler.
Engel, W., Königsbergerstr. 13.
Floer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, E., Turst. 33.

Ed. Drechsler.
Engel, W., Königsbergerstr. 13.
Floer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, E., Turst. 33.

Ed. Drechsler.
Engel, W., Königsbergerstr. 13.
Floer, Friedr., Sparr-Str. 17.
Formanowitz, E., Turst. 33.



Gerichts-Zeitung.

Ein tolles Polizeifüchsen.

Was zu werden in Gerichtsverhandlungen Polizeimädchen... geheimnisse gelüftet, aber zu den größeren Seltenheiten gehört es...

gutstuierten Bürgers. Der junge Mann war auf die Wache gegangen, um eine Sache „richtigzustellen“.

Der Rißhandelte ließ aber nicht locker. Er verklagte den „Kriminal“ auf Zahlung eines Schmerzensgeldes von 20 M.

die Gewissenhaftigkeit des Beamten, und es sei Pflicht der Behörde, sich eines pflichtgetreuen Beamten anzunehmen...

Da ist es allerdings kein Wunder, wenn das Kopiel der „Polizeimädchengeheimnisse“ noch um manches Blatt erweitert wird...

Amlicher Marktbericht der kgl. Reichs-Hallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 29. März. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Sinfonie-konzert.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Dr. Graboin: Aus dem Reiche der schwarzen Diamanten

Kaiser-Panorama. Luftschloß Schönbrunn u. Gemälde. Letzte Woche: Im Bannkreis des Vesuv.

Berliner Volkoper. Belle-Alliancestraße 7/8. - 1/2, 9 Uhr: Don Juan.

Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Anfang 8 Uhr: Fernands Ehekontrakt.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Aus erster Ehe.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Die grüne Neme.

Metropol-Theater. Surra! Wir leben noch! Große Aufführungsdreier in 7 Akten...

Schiller-Theater O. (Ballner-Theat.) Mittwoch, abends 8 Uhr: Nathan der Weise.

„Prachtsäle des Ostens“ Inhaber: Oskar Kraus. Frankfurter Allee 151-152. Freitag, den 31. März cr., abends 8 1/2 Uhr...

65 Wiener Künstlern bestehendes Orchester. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf.

Brauerei Friedrichshain. Am Königstor. Größter Konzertsaal Berlins. Am 29., 30. und 31. März 1911: Gastspiel von Johann Strauß Wien

Excelsior - Lichtspielhaus. Rixdori, Bergstr. 151/152 (Passage Richardstraße). Von jetzt ab bringen wir jede Woche etwas Außergewöhnliches.

Schwarzer Adler. Richard Arnold. Frankf. Chaussee 5. Jeden Sonntag: Großer Ball.

Das Mädchen von Arles. Dramatische Sensation im Wedding. Reinickendorfer Straße 14. U. T. Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Hippolyte's Abenteuer.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.

„CLOU“ BERLINER KONZERTHAUS. Maustr. 82. Zimmerstr. 90-91. Heute: Gastspiel des K. K. Hofball-Musik-Direktors C. M. Ziehrer

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Hedi Herdina. Loi-Hoi-Tschen

Casino-Theater. Postinger Straße 37. Täglich 8 Uhr: Nur noch bis 30. März: Julie Wippchen.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum letzten Male: Kühlekes Varieté-Theater

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Soll und Haben. Ein lediger Chemann.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum letzten Male: Kühlekes Varieté-Theater

Zirkus A. Schumann. Mittwoch, den 29. März 1911, abends 7 1/2 Uhr: Automobilenrennen in d. Luft

Der große Coup der Schmuggler sowie die übrigen Spezialitäten.

Herrnfeld Theater. Sensations-Erfolg der drei Komitäten mit Anton Herrnfeld

LICHTSPIELE. MOZART-SAAL. Nollendorf-Platz. Beginn 6 Uhr.

Karl Haverland-Theater. Kommandantenstr. 8. Heute neue Burleske

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Donnerstag, den 30. März 1911: Der Trompeter von Säckingen.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Soll und Haben. Ein lediger Chemann.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum letzten Male: Kühlekes Varieté-Theater

Zirkus Busch. Mittwoch, 29. März, abds. 7 1/2 Uhr: Suggestion oder Wille.

Königstadt-Kasino. Goldmarkstr. 72. Novität! Der Novität! Weltmeister-Boxer.

Theatera Weddings. Neuer Spielplan. Musikkapelle: Dir. Max Neumann, Wien.

Burgtheater. Feste und Kinematograph vom Groterjan, Inhab.: Rud. Herz.

Bosporus am Moritzplatz. Heute: Das neue Programm

Noachs Theater. Direktion: Robert Dill. Berlin N., Brunnenstraße 16.

Der Dampf von London. (Ehrlich Holmes 2. Teil) Entschloßener Detektiv-Schauspiel in vier Akten...

Germania-Pracht-Säle. Carl Richter. N. Chaussee-Straße 110. Heute Mittwoch, Paul Mantheys lustige Sänge.

Lessing-Theater. 8 Uhr: Glauze und Helmat. Donnerstag und Freitag 8 Uhr: Glauze und Helmat.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Bummelstudenten.

Neues Theater. Abends 8 Uhr zum 50. Male: Mein erlauchter Ahnherr.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustigen Abteilungen.

Modernes Theater (früher Heibeltheater). Abends 8 1/2 Uhr: Der Feldherrnhügel.

Apollo Theater. Abends 8 Uhr: Sechste Tage des phänomenalen Bühnenprogramms.

Alwin Neuß. Tony Tetzlaff in Bregis.

WINTERGARTEN. Letzte Woche Olga Desmond Robert Steidl

Passage-Panoptikum. Die zusammengewachsenen Schwestern Blazek und ihr Kind!

U. T. Wedding. Reinickendorfer Straße 14. Trianon-Theater. Abends 8 Uhr: Hippolyte's Abenteuer.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro: Col. I. Amt 3, 1289. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 30. März, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, großer Saal, Alexanderstr. 27c:

## Branchen-Versammlung d. Elektromonteuere u. Helfer

Tages-Ordnung:  
1. „Das Koalitionsrecht in Gefahr.“ Referent: Reichstagsabgeordneter Wolfgang Heine. 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Neuwahl der Branchenleitung und der Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 114/11  
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Donnerstag, den 30. März 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Drebbener Garten, Drebbenerstr. 45:

## Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernheim über: „Hygienische Erziehung“. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
Um zahlreichen und pünktlichen Besuch wird ersucht.

Donnerstag, den 30. März, abends 6 Uhr, im Lokal von Meyer, Damanstr. 103:

## Branchen-Versammlung aller in Buchdruckereimaschinen-Fabriken beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: „Genossenschaftswesen und Gewerkschaftsbewegung.“ Referent: Kollege Wulfsch. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der freien Händler, Hausierer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Sitz: Essen-Ruhr. Ortsverwaltung Berlin.

## Bezirks-Versammlungen

- finden statt:
- Bezirk 1, Norden: Mittwoch, den 29. März, abends 9 Uhr, im Lokal Otto Böhm, Riesenstr. 12.
  - Bezirk 2, Norden: Donnerstag, den 30. März, abends 9 Uhr, im Lokal Hermann Pösch, Pappelallee 80.
  - Bezirk 3, Osten: Donnerstag, den 30. März, abends 9 Uhr, im Lokal Karl Kott, Straßmannstr. 29.
  - Bezirk 4, Südost: Donnerstag, den 30. März, abends 9 Uhr, im Lokal Julius Haupt, Adalbertstr. 4.
  - Bezirk 5, Südwest: Donnerstag, den 30. März, abends 9 Uhr, im Lokal Paul Klempig, Nordstr. 37.
  - Bezirk 6, Moabit: Donnerstag, den 30. März, abends 9 Uhr, im Lokal Schröder, Stromstr. 36.
  - Bezirk 7, Zentrum: Donnerstag, den 30. März, abends 9 Uhr, im Lokal Adolf Götzling, Brenzlauer Str. 29.
- Tages-Ordnung in allen Bezirken: Unser kommender Verbandstag. Diskussion. 9702  
Kollegen und Kolleginnen als Gäste willkommen.  
Die Ortsverwaltung.

## Steinarbeiter.

Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

## Mitglieder-Versammlung der Sektion III (Marmorarbeiter).

Tages-Ordnung:  
Bericht von den Tarifverhandlungen mit dem Verband der Steinmetzgeschäfte und Stellungnahme hierzu.  
Jeder organisierte Marmorarbeiter ist verpflichtet, in der Versammlung zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Heute, Mittwoch, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Volks-Haus“, Rosinenstr. 3 (II. Saal):

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Städtische Arbeitslosenversicherung.“  
2. Bericht über den neuen Tarifvertrag. 3. Verbandsangelegenheiten.  
4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
81/1 Die Ortsverwaltung.

## Zentral-Verband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Berlin.

Heute Mittwoch, den 29. März 1911, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3:

## Bau-Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Situation auf den Bauten und im Gewerbe.  
2. Verschiedenes. 192/9  
Kein Bau darf unterbreiten sein.  
Der Vorstand.

## Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, 30. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3: 54/4

## Versammlung der Dachdecker-Hilfsarbeiter

Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zum 1. Mai. 2. Verbandsangelegenheiten.  
Das Erscheinen aller Berufsgruppen erwartet. Der Vorstand.  
Berantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Fernsprecher Amt IV Nr. 4787.

## Mitgliederversammlung.

Donnerstag, den 30. März 1911, abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel's Festsälen, Neue Friedrichstraße:  
Tages-Ordnung:  
1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in München (Stichwahl).  
2. Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.  
Nur Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt. Die Beiträge müssen bis zur achten Woche 1911 geklebt oder gestundet sein.  
Die Ortsverwaltung.



## Amerikanische Schutz hose

mit selbsttätigen Trägern.  
D. R. G. B.  
Bester Schutz gegen Betriebsunfälle.  
Jeder Versuch ist lohnend!  
Praktische Erfindung!  
Obige Abbildung stellt Vorder- und Rückansicht dar.  
Prima erst indigoblauer Körper.  
Die Schutz hose reicht bis an die Kniehöhle heran und wird durch praktische verstellbare Träger befestigt.  
Hinten 2 Taschen.

Preis für normale Mannesgrößen . . . 3 Mk. 95  
Extra weite oder extra lange Größen . . . 4 Mk. 50  
Burschen-Größen . . . 3 Mk. 45  
Bei Entnahme von 6 Stk. 5% Rabatt.

## Kleider-Werke Baer Sohn

11 Bräcken-Strasse 11.  
Chaussee-Strasse 29/30.  
Gr. Frankfurter Str. 20.  
Schöneberg, Hauptstr. 10.

Haupt-Katalog kostenfrei.

Rahmdruck verfahren.

Schuhputz  
**Servus**  
das Beste

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.  
Fabrik: Lubzynski & Co., Bolla-Lichtenberg.

Sie sparen  
Zeit und Geld und haben keinen Verdruß bei regelmäßigem Gebrauch von Dr. Thompson's Seifenpulver

Erstklassige Herrengarderobe  
nur nach Maß  
anerkannt best. Ausführung, garantiert tadelloser Sitz, liefert auf Teilzahlung zu Kassapreisen wöchentlich von 1 Mark an.  
Martin Katz,  
Schneidermeister,  
76 Dresdener Straße 76  
nehe Thalia-Theater.  
2. Geschäft:  
Schöneberg, Hauptstr. 158.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Maß, schick, dauerh. Zeichnen von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 1, II. (Stadtth. Bän.)

## Bremen-Hannoversche Lebensversicherungs-Bank A. G.

An Antrags-Summe gingen ein:

1903:	Mk. 8.346.000
1905:	Mk. 12.704.000
1907:	Mk. 18.848.000
1909:	Mk. 20.776.000
1910:	Mk. 27.524.000

Diese enorme Steigerung innerhalb acht Jahren ist der beste Beweis für das Vertrauen, das unserer Bank entgegengebracht wird.

Hiermit zeige ergebenst an, daß ich mein seit 16 Jahren innegehabtes Etablissement

## Raabe's Festsäle,

23. Kolberger Str. 23,  
mit dem heutigen Tage an Herrn Hugo Schoppa hierüber verkauft habe. Ich bitte, das mir erwiesene Vertrauen auf meinen Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.  
Hochachtungsvoll  
Bernhard Raabe.

Auf Obiges bezugnehmend halte ich mich dem geschätzten Publikum sowie den werthen Vereinen unter Zustimmung realer, aufmerksamster Bedienung bestens empfohlen.  
Berlin, den 25. März.  
Kolberger Str. 23.  
Hochachtungsvoll  
Hugo Schoppa.

# EXO

## Bouillon-Würfel

der Compie.

# LIEBIG.

Für Beamte, Angestellte in Konfor und Fabrik, Arbeiter in der Werkstatt etc. das ideale Mittel zur schnellen Herstellung einer guten Bouillon.

Preis 5 Pfg. das Stück.

## Möbel auf Kredit

15 M. Anzahl. Stube u. Küche 1.50 M. Woche  
3 M. Anzahl. Einzelne Möbelstücke 1 M. Woche  
5 M. Anzahl. Moderne farbige Küchen 1 M. Woche

Teppiche, Betten, Steppdecken, Uhren, Bilder und Garderoben.  
Gustav Gärisch, Stralauer Platz 1-2  
Frucht- und Mühlenstraßen-Ecke.  
Telephon 7, 1991.  
2 Minuten vom Schlesischen Bahnhof